



# BERICHT DER LANDESREGIERUNG

über die Umsetzung des Konversionsprogramms des Landes zur Bewältigung der Folgen  
des Truppenabzugs in den Jahren 2010 und 2011





## GRUSSWORT DES MINISTERPRÄSIDENTEN KURT BECK

Liebe Leserinnen und Leser,

alle zwei Jahre legt die Landesregierung von Rheinland-Pfalz dem Landtag einen Konversionsbericht vor und gibt damit Auskunft über den Stand der Umwandlung ehemals militärisch genutzter in zivil genutzte Flächen und Liegenschaften. Der Bericht richtet sich aber nicht nur an den Landtag, sondern auch an die Öffentlichkeit und informiert transparent über alle mit der Konversion im Zusammenhang stehenden Zahlen (Stellenabbau, Flächengrößen, Ausgaben u.a.). Er ist erstmals nur als PDF-Dokument erhältlich. In den Gesamtausgaben sind die Kosten der Hochschulkonversion nicht mehr enthalten. Sämtliche Hochschulprojekte sind zwischenzeitlich abgeschlossen und wurden in die klassischen Hochschulhaushalte überführt. Dazu hat die Landesregierung einen eigenen Bericht vorgelegt.

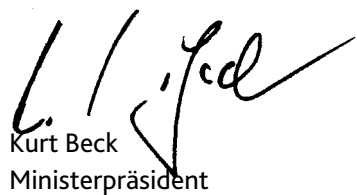
Die Konversion gehört zu einer der größten politischen Herausforderungen für Rheinland-Pfalz und hat enorme Anstrengungen gekostet, aber auch beachtliche Erfolge gebracht. Seit dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Spaltung Europas hat Rheinland-Pfalz sein Gesicht verändert: Vom „Flugzeugträger der NATO“ wurde zu es zu einem modernen Hochtechnologie-Land mit gut aufgestellter Wissenschafts- und Forschungslandschaft. 1989 waren über 7,6% der Landesfläche militärisch genutzt. 659 Liegenschaften und Objekte mit rund 13.200 ha Fläche mussten seitdem in eine neue Nutzung überführt werden – viele davon für Hochschul- und Wissenschaftsprojekte.

Bei den sechs großen Projekten im Hochschulbereich fielen bis zu deren Abschluss folgende Investitionskosten an:

- Universität Trier, André–Genet–Gebäude: 52 Mio.€,
  - Universität Koblenz-Landau, Standort Koblenz (Metternich): 88 Mio.€,
  - Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Zweibrücken: 50,4 Mio.€,
  - Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens: 17 Mio.€,
  - Fachhochschule Trier, Standort Birkenfeld: 66 Mio.€,
  - Fachhochschule Worms, ehemalige De-la-Police-Kaserne: 45 Mio.€.
- In der Summe sind somit rund 320 Mio.€ Investitionskosten aufgewendet worden.

Nach wie vor sind die Bundeswehr und die US-Streitkräfte ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbilder in Rheinland-Pfalz. Aber der Truppenabbau geht weiter. Im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr werden in den kommenden Jahren weitere fünf Standorte (Bad Neuenahr-Ahrweiler, Birkenfeld, Daaden/Emmerzhausen, Kusel und Speyer) geschlossen und über 8.000 Dienstposten abgebaut. Auch bei den US-Streitkräften setzt sich der Konzentrations- und Reduktionsprozess fort. Konversion wird also auch in den kommenden Jahren eine wichtige politische Herausforderung bleiben.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre dieses Berichts. Wenn Sie weiter gehende Informationen zur rheinland-pfälzischen Konversionspolitik benötigen, besuchen Sie uns im Internet unter [www.konversion.com](http://www.konversion.com).



Kurt Beck  
Ministerpräsident

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. Entwicklung ausgewählter Projekte im Berichtszeitraum . . . . .</b>	<b>6</b>
1. <b>Bad Kreuznach:</b> Hospital, Rose-Barracks und Housing-Bereiche I-III . . . . .	7
2. <b>Bitburg:</b> Flugplatz, Alte Kaserne und US-Housing. . . . .	8
3. <b>Diez:</b> Wilhelm-von-Nassau-Park . . . . .	11
4. <b>Germersheim:</b> Stadtkaserne II, Theobaldkasere und Weißenburger Tor. . . . .	11
5. <b>Hahn:</b> Flughafen Frankfurt-Hahn . . . . .	13
6. <b>Hermeskeil:</b> „Hochwaldkaserne“ und Standortübungsplatz . . . . .	15
7. <b>Kaiserslautern:</b> PRE-Park und PRE-Uni-Park . . . . .	15
8. <b>Koblenz:</b> TechnologieZentrum Koblenz (TZK). . . . .	17
9. <b>Landau:</b> Jeanne d’Arc-Kaserne, Quartier Vaubin und Kaserne Estienne-Foch . . . . .	18
10. <b>Mendig:</b> Gunther-Plüschow-Kaserne mit Heeresflugplatz. . . . .	20
11. <b>Morbach:</b> Morbacher Energielandschaft . . . . .	22
12. <b>Münchweiler:</b> Gräfensteiner Park. . . . .	24
13. <b>Neustadt an der Weinstraße:</b> Kaserne Edon . . . . .	24
14. <b>Nierstein:</b> Anderson Barracks & Housing . . . . .	25
15. <b>Pferdsfeld:</b> Flugplatz . . . . .	26
16. <b>Pirmasens:</b> Husterhöf-Kaserne . . . . .	27
17. <b>Rheinböllen:</b> Munitionsdepot . . . . .	28
18. <b>Saarburg:</b> Französische Kaserne und Standortübungsplatz . . . . .	29
19. <b>Sembach:</b> NATO-Flugplatz. . . . .	30
20. <b>Speyer:</b> Quartier Normand. . . . .	31
21. <b>Traben-Trarbach:</b> Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr. . . . .	32
22. <b>Trier:</b> Petrisberg . . . . .	33
23. <b>Westerburg:</b> Wäller-Kaserne und Standortübungsplatz . . . . .	34
24. <b>Worms:</b> Prinz-Carl-Anlage, Liebenauer Feld und De-La-Police-Kaserne . . . . .	35
25. <b>Zweibrücken:</b> Flughafen und Vier-Säulen-Konzept. . . . .	36
<b>Ausblick:</b> Neuausrichtung der Bundeswehr – die Konversionsaufgabe der kommenden Jahre . . . . .	41
<b>II. Beschäftigungskonversion . . . . .</b>	<b>42</b>
<b>III. Besondere Konversionsbereiche . . . . .</b>	<b>48</b>
1. <b>Altlasten . . . . .</b>	<b>49</b>
2. <b>Wohnraumkonversion . . . . .</b>	<b>49</b>
3. <b>Regenerative Energien . . . . .</b>	<b>51</b>

<b>IV. Statistik</b> . . . . .	<b>54</b>
<b>Vorbemerkung</b> . . . . .	<b>55</b>
<b>Gesamtvolumen</b> . . . . .	<b>55</b>
<b>Anlage 1/2010: Landesprogramm Konversion 2010</b> . . . . .	<b>60</b>
<b>Anlage 1/2011: Landesprogramm Konversion 2011</b> . . . . .	<b>61</b>
<b>Anlage 2/2010: Auswertungen nach Regionen/Kreisen 2010</b> . . . . .	<b>63</b>
<b>Anlage 3/2010: Auswertungen nach Kreisen 2010</b> . . . . .	<b>64</b>
<b>Anlage 4/2010 a: Auswertungen der Ressorts 2010</b> . . . . .	<b>65</b>
<b>Anlage 4/2010 b: Auswertungen der Ressorts 2010</b> . . . . .	<b>66</b>
<b>Anlage 4/2010 c: Auswertungen nach Kreisen 2010</b> . . . . .	<b>67</b>
<b>Anlage 2/2011: Auswertungen nach Regionen/Kreisen 2011</b> . . . . .	<b>68</b>
<b>Anlage 3/2011: Auswertungen nach Kreisen 2011</b> . . . . .	<b>69</b>
<b>Anlage 4/2011 a: Auswertung der Ressorts 2011</b> . . . . .	<b>70</b>
<b>Anlage 4/2011 b: Auswertung der Ressorts 2011</b> . . . . .	<b>71</b>
<b>Anlage 4/2011 c: Auswertung Ressorts 2011</b> . . . . .	<b>72</b>
<b>Anlage 5: Truppen- und Stellenabbau</b> . . . . .	<b>73</b>
<b>Anlage 6: Konversionsliegenschaften</b> . . . . .	<b>77</b>
<b>Anlage 6: Konversionsliegenschaften</b> . . . . .	<b>78</b>
<b>Anlage 7: Konversionsliegenschaften</b> . . . . .	<b>79</b>

# I. ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER PROJEKTE IM BERICHTSZEITRAUM



## 1. BAD KREUZNACH: HOSPITAL, ROSE-BARRACKS UND HOUSING-BEREICHE I-III

Bei den ehemaligen militärischen Liegenschaften Hospital, Housing II, Housing III und Rose-Barracks, die Gegenstand des städtebaulichen Vertrags zwischen der Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH, der Stadt Bad Kreuznach und dem Land Rheinland-Pfalz sind, stand im Berichtszeitraum die Durchführung weiterer Ordnungs- und Erschließungsmaßnahmen sowie die Vermarktung der Flächen und Bestandsgebäude im Vordergrund.

Im Bereich des Musikerviertels (ehemals Housing II) wurde mit dem Bau eines Nahversorgungszentrums der Anstoß für eine gelungene städtebauliche Entwicklung gegeben. Hierzu gehört neben dem größtenteils bereits realisierten Projekt „Seniorenresidenz Musikerviertel“ mit bezahlbaren, altersgerechten, barrierefreien und betreuten Eigentumswohnungen auch das Mehrgenerationenwohnprojekt „WohnArt“, dessen erster Bauabschnitt bereits fertig gestellt wurde. Mit den Bauarbeiten für den zweiten Bauabschnitt wurde Ende 2011 begonnen. Sehr erfolgreich ist auch der Verkauf der Baugrundstücke für Einfamilienhäuser (Einzel- und Doppelhäuser), die bis Ende 2011 eine Vermarktungsquote von nahezu 70 % aufweist. Ein Großteil der veräußerten Grundstücke ist bzw. wird zurzeit bebaut.

Von den Wohnblocks im „Rheingaublick“ (ehemals Housing III) wurde ein Block aufgrund seines schlechten Gebäudezustands abgerissen und wird durch einen Neubau ersetzt werden. Die erhaltenswerten Gebäude sind komplett an einen Bauträger veräußert worden, der diese – teils mit höchsten energetischen Standards – saniert und als Eigentumswohnungen veräußert. Ein Großteil dieser Wohnungen ist verkauft und bereits bezogen. Die Fertigstellung der letzten Wohnanlagen soll bis 2013 erfolgen.

Für die bereits erschlossenen Grundstücke des hochwertigen Neubaugebietes „Rheingrafblick“ (ehemals Hospital-Gelände) hat die Vermarktung begonnen. Die Erfahrungen aus dem Verkauf der ersten Grundstücke lassen auch hier eine positive Entwicklung erwarten.

Durch die innenstadtnahe Lage und die gute Infrastruktur schreitet im GewerbePark „Generale Rose“ (ehemals Rose-Barracks) die Entwicklung und Vermarktung ebenfalls erfolgreich voran. Der Landesbetrieb Mobilität und eine Softwarefirma sind zwischenzeitlich in sanierte Kasernengebäude eingezogen. Auf dem Gelände daneben befinden sich mittlerweile der Bundesleistungsstützpunkt Trampolinsport, der Neubau eines Ingenieurbüros und die Verkaufsräume eines Heizungs- und Ofenbauunternehmens.



*Rheingaublick, Wohngebäude*

## Airfield, Minick- und Marshall-Kaserne

Im Gewerbegebiet „Airfield“ (ehemaliger militärischer Hubschrauberlandeplatz), das die Stadt Bad Kreuznach selbst vermarktete, konnte das letzte Gewerbegrundstück nunmehr veräußert werden. Hier entstand in den letzten Jahren eine Mischung aus Handels- und Dienstleistungsbetrieben, die zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Bad Kreuznach beiträgt.

Auf der durch einen privaten Bauträger entwickelten Fläche der ehemaligen „Minick-Kaserne“ konnten weitere Dienstleistungsbetriebe, Einzelhandelsgeschäfte und ein großer Baumarkt angesiedelt werden. Mit der Errichtung des Baumarktes wurde hier ebenfalls die letzte freie Fläche bebaut.

Die noch im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben befindlichen Flächen der ehemaligen „Marshall-Kaserne“ wurden in Teilbereichen saniert und dienen einem lokal ansässigen Produktionsunternehmen als betriebliche Erweiterungsfläche und der Ansiedlung eines der modernsten Print- und Medienhäuser im Rhein-Main-Gebiet.

## 2. BITBURG: FLUGPLATZ, ALTE KASERNE UND US-HOUSING

Bei der Konversion des früheren Militärflugplatzes Bitburg (Gesamtfläche 497 ha) liegt der Schwerpunkt überwiegend bei der Entwicklung von Gewerbe-, Dienstleistungs- und Freizeitnutzungen (ca. 307 ha). Das Flugbetriebsvorhaben (etwa 190 ha) ist eine regional bzw. kommunal getragene Initiative, an welcher das Land Rheinland-Pfalz weder gesellschaftsrechtlich noch vertraglich beteiligt ist.

Die größere Teilfläche des ehemals US-genutzten NATO-Flugplatzes Bitburg mit rund 307 ha wurde 1994 aus der militärischen Nutzung entlassen und wird vom Zweckverband „Flugplatz Bitburg“ erfolgreich als Konversionsgelände entwickelt. Es handelt sich hier um die bedeutsamste Konversionsmaßnahme im Eifelkreis Bitburg-Prüm.

Der Zweckverband (Ortsgemeinden Röhl und Scharfbillig, Stadt Bitburg, Verbandsgemeinde Bitburg-Land, Eifelkreis Bitburg-Prüm) plant und baut die Infrastruktur und siedelt Unternehmen an. Bundesweiten Modellcharakter hat der 1995 zwischen dem Bund, dem Land Rheinland-Pfalz und dem Zweckverband „Flugplatz Bitburg“ abgeschlos-



*Ehemalige Marshall-Kaserne*



sene städtebauliche Vertrag als „Bitburger Modell“. Kern des Modells ist die gemeinsame Entwicklung der Konversionsfläche mittels bedarfsgerechter Investitionen in den Ausbau der Erschließungsinfrastruktur. Die vom Vertrag umfasste gewerbliche Fläche zuzüglich Straßen-, Grün- und Renaturierungsflächen ist zwischenzeitlich fast vollständig vermarktet, so dass ein Nachtragsvertrag die Gewerbe- und Industrieansiedlung auf der übrigen Fläche fortführt. Mit Abschluss der entsprechenden Nachträge in den Jahren 2004 und 2010 haben die Vertragsbeteiligten insbesondere die Finanzierung der Erschließungskosten und ein kooperatives Vorgehen der am Konversionsprozess beteiligten

teilt. Derzeit sind rund 250 ha entwickelt oder weitgehend erschlossen und zum ganz großen Teil auch vermarktet. Der Gewerbepark gilt als einer der wichtigsten Gewerbestandorte in der Region. Die Entwicklung des Flugbetriebes wird seit 1995 durch die Entwicklungs- und Betriebsgesellschaft Flugplatz Bitburg - EBFB, später durch die Flugplatz Bitburg GmbH - FBG betrieben. Der Eifelkreis Bitburg-Prüm und die Stadt Bitburg haben derzeit die Mehrheit der Gesellschaftsanteile. Der private Projektentwickler Frank Lamparski ist seit 2010 als Gesellschafter wegen eines umfassenden Ausbauprojektes zu einem internationalen Passagier- und Frachtflughafen in die FBG eingetreten. Für die



*US-Housing Bitburg*

Dienststellen vereinbart. Damit wird sichergestellt, dass der Fortgang der Konversion durch die Liegenschaftsentwicklung und Unternehmensansiedlungen nahtlos weitergehen kann.

Das Gesamtinvestitionsvolumen ist auf 28 Mio. € begrenzt, wovon gegenwärtig etwa 26,65 Mio. € verausgabt sind. Vertragsgemäß sind der Bund, das Land Rheinland-Pfalz und der kommunale Zweckverband an den entstehenden Kosten be-

etwa 190 ha große Flugbetriebsfläche sieht die Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertretern des Landes Rheinland-Pfalz, dem kommunalen Zweckverband sowie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben keine Umsetzungschance im Hinblick auf eine größere flugbetriebliche Anschlussnutzung. Mehr als 180 Unternehmen und Institutionen mit weit mehr als 1.200 Arbeitsplätzen konnten auf dem Gelände angesiedelt werden. Damit beste-

hen heute auf dem Flugplatz mehr Arbeitsplätze als durch den Truppenabzug verloren gegangen sind (1992: 620 zivile Arbeitskräfte bei den US-Streitkräften). Unter anderem führte die erfolgreiche Konversion zu einer solchen konjunkturellen Entwicklung, dass sich die Einwohnerzahl der Stadt Bitburg seit Mitte der 90er Jahre von 12.000 auf etwa 14.000 erhöhte.

### Alte Kaserne und US-Housing

Im Zuge der Erweiterung der amerikanischen Air Base Spangdahlem ist damit zu rechnen, dass die Liegenschaften der Alten Kaserne sowie der jetzigen amerikanischen Wohnsiedlung (US-Housing) in der Stadt Bitburg alsbald freigegeben werden. Die Freigabe des Geländes der Alten Kaserne ist voraussichtlich im Herbst 2012 zu erwarten, die Freigabe der US-Housing frühestens im Jahr 2016.

Im Blick auf diese Freigabetermine werden von der Stadt Bitburg seit geraumer Zeit Überlegungen zu zivilen Nachnutzungsmöglichkeiten für beide Konversionsliegenschaften angestellt, wobei sich die Überlegungen gegenwärtig zunächst auf das Gelände der Alten Kaserne konzentrieren.

Das Areal der Alten Kaserne liegt an der Mötscher Straße, unmittelbar angrenzend an das Stadtgebiet von Bitburg und umfasst eine Gesamtfläche von ca. 11 ha.

Im Zuge der Fortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Bitburg wird derzeit ein Grobkonzept erarbeitet, das im nördlichen, zur Mötscher Straße gelegenen Bereich einen Nutzungsmix aus Dienstleistungs- und Bildungseinrichtungen vorsieht, während die hinteren Flächen und Gebäude einer gewerblichen Nutzung zugeführt werden sollen.

Als nächste planerische Schritte sind vorbereitende Untersuchungen vorgesehen, auch um Beurteilungsgrundlagen über die Festlegungsvoraussetzungen für ein städtebauliches Sanierungsgebiet oder ein städtebauliches Entwicklungsgebiet zu gewinnen.

Die amerikanische Wohnsiedlung (US-Housing) grenzt unmittelbar an das Areal der Alten Kaserne

an. Die Liegenschaft umfasst eine Gesamtfläche von ca. 64 ha. Für dieses Areal gibt es derzeit noch keine konkreten Nachnutzungsüberlegungen, weil zunächst für das Gelände der Alten Kaserne eine städtebaulich verträgliche Folgenutzung gefunden werden soll.



Alte Kaserne

### 3. DIEZ: WILHELM-VON-NASSAU-PARK

Die Wilhelm-von-Nassau-Kaserne der Bundeswehr in Diez mit einer Fläche von rund 6 ha wurde 1993 aufgegeben. 1994 erwarb die Stadt Diez rund 55 % der Flächen der Kaserne vom Bund. Die übrige Fläche veräußerte der Bund an den „Optonia e.V.“ (Verein für audio-visuelle Fortbildung für Augenoptiker e.V.). Die Entwicklungsstrategie setzt auf Umbau und Modernisierung der vorhandenen Gebäude und zielt auf einen Nutzungsmix mit dem Schwerpunkt im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Zentraler Baustein war und ist die Optonia, die bundesweit führende private Fachschule für Augenoptik und Optometrie mit angegliedertem Wohnheim für Schülerinnen und Schüler.

Das Entwicklungskonzept wird ergänzt durch Einrichtungen wie Waldorfkindergarten, Waldorfschule, Erweiterung der Karl-von-Ibell-Grundschule, Dependance der Nicolaus-August-Otto-Schule BBS Diez, verschiedene Gemeinbedarfseinrichtungen (Haus der Vereine, Jugendzentrum) und Büroräume für Existenzgründer. Auf der Grundlage eines preisgekrönten Entwurfs wurden 18 Reihenhäuser für kostensparendes, elementiertes Bauen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus errichtet. Seit 2005 wird ein Gebäude durch die Bundesagentur für Arbeit zur Betreuung von Arbeitssuchenden genutzt. Die Geschäftsstelle Diez der Agentur für Arbeit Montabaur und des Job-Centers Rhein-Lahn ist Anlaufstelle für Arbeitssuchende aus den Verbandsgemeinden Diez, Hahnstätten und Katzenelnbogen.

Die schulische Einrichtung Optonia ist nach wie vor Hauptnutzerin der Flächen, die heute von einer erziehungswissenschaftlichen Schule ergänzt wird. Trägerin ist die Bildungspark Diez GmbH. Die vorhandenen Gebäude auf der Konversionsfläche sind belegt. Bisher konnten über 110 Arbeitsplätze geschaffen werden.

### 4. GERMERSHEIM: STADTKASERNE II, THEOBALDKASERE UND WEISENBURGER TOR

Die Stadtkaserne II ist eine am südlichen Innenstadtrand gelegene, ca. 3,7 ha große Fläche. Zu den Bestandsgebäuden zählen insbesondere zwei Großgebäude der ehemaligen Bundesfestung, die Mitte des 19. Jahrhunderts errichtet wurden. Dies sind zum einen das am Paradeplatz gelegene ehemalige Lazarettgebäude mit einer Nutzfläche von ca. 5.200 m<sup>2</sup> sowie das ehemalige Proviantamt. Beide Gebäude sind förmlich denkmalgeschützt.



Stadtkaserne

Aufgrund der Architektur, der Größe und denkmalpflegerischer Aspekte des die Fläche dominierenden Lazarettgebäudes ist eine Folgenutzung der Stadtkaserne II nur mit einem hohen städtebaulichen Aufwand möglich. So wurden in der Vergangenheit unterschiedliche Nutzungsalternativen diskutiert. Ende September 2007 wurde durch den Stadtrat ein Rahmenplan verabschiedet, der für die Liegenschaft eine großflächige Einzelhandelsnutzung mit ergänzenden Dienstleistungen vorsieht.

Im Dezember 2009 hat die Stadt Germersheim die Stadtkaserne II vom Bund erworben. Gemeinsam mit dem Bund führt die Stadt derzeit unter Beteiligung der Generaldirektion Kulturelles Erbe ein kooperatives Verwertungsverfahren mit dem Ziel einer Grundstücksveräußerung ohne öffentlichen Bauauftrag durch, jedoch mit einer Entwicklungsverpflichtung zu einer zivilen Nachfolgenutzung als Handels- und Dienstleistungszentrum. Eine Realisierung würde nicht nur die Nachnutzung dieses äußerst komplexen Baukörpers bedeuten, sondern

könnte lage- und nutzungsbedingt in erheblichem Maße auch zur Attraktivierung der Innenstadt von Gernersheim beitragen und weiterer Flächeninanspruchnahme am Stadtrand auf der grünen Wiese entgegenwirken.

### **Theobaldkaserne und Weißenburger Tor**

Das Bundeswehr-Depot Theobaldkaserne unmittelbar südöstlich der Kernstadt mit einer Fläche von ca. 7,6 ha wurde im Jahr 1996 fast vollständig freigegeben. Die Stadt Gernersheim hat das Gelände im Jahr 1998 vom Bund erworben. Die Entwicklung erfolgt über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Im Vordergrund stehen Nutzungen wie innerstädtisches Wohnen, Wohnen für ältere Menschen, Gemeinbedarfseinrichtungen, nicht störendes Gewerbe und Dienstleistungen sowie eine großzügige Grünanlage, die der Nah- und Feierabenderholung der Bevölkerung dient. Die Sanierung des überwiegenden Teils der Theobaldkaserne ist weitgehend abgeschlossen.

Das Weißenburger Tor ist eines der beiden früheren Festungstore der ehemaligen Bundesfestung, 1839 erbaut durch den bekannten Münchener Architekten Friedrich von Gärtner. Das Weißenburger Tor ist eines der Wahrzeichen der Stadt Gernersheim. Der dort befindliche Parkplatz wird bereits heute als zentraler Ausgangspunkt für Stadt- und Festungsführungen genutzt. Aus diesem Grund plant die Stadt, im Erdgeschoss des Tores die Stadtinformation und das Tourismusbüro einschließlich Ausstellungsräumen zur Festung unterzubringen. Darüber hinaus ist eine Nutzung als „Festungsstandesamt“ vorgesehen, um den vermehrt auftretenden Anfragen nach einer standesamtlichen Trauung in den Festungsräumen gerecht zu werden.

Zur Verwirklichung der beabsichtigten Nutzungen und als Voraussetzung für die künftige Verwertung hat die Stadt Gernersheim mit Unterstützung des Landes im Jahr 2009 in einem ersten Schritt das Weißenburger Tor vom Bund erworben und mit Modernisierungsarbeiten begonnen.



*Weißenburger Tor*

## 5. HAHN: FLUGHAFEN FRANKFURT-HAHN

Der auf einem Höhenzug des Hunsrücks gelegene Flughafen Frankfurt-Hahn entstand aus einem NATO-Flugplatz, den die US-Luftwaffe bis in die 1990er Jahre als Stützpunkt nutzte. Mit der Freigabe des Standorts bestand erstmals die Möglichkeit, einen internationalen Verkehrsflughafen in Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Seit dem Jahr 1993 wird dieses Projekt eines zivilen Verkehrsflughafens realisiert.

### Der Bereich Passage

Insbesondere mit der Ansiedlung der irischen Fluggesellschaft Ryanair im Jahr 1999 wurde das Segment „Low-Cost“, also das Fliegen zum günstigen Preis und „ohne Extras“ am Flughafenstandort etabliert. Der Hahn konnte mit diesem konsequent umgesetzten Low-Cost-Prinzip, das auch andere Fluggesellschaften am Hahn als Geschäftsmodell haben, an die zehnte Stelle unter den großen deutschen Verkehrsflughäfen aufrücken.

Im Berichtszeitraum hat die irische Fluggesellschaft Ryanair ihr Engagement am Standort verstärkt, indem sie im Jahr 2011 einen Wartungshangar in Betrieb nahm, der zeitgleich zwei Flugzeuge vom Typ Boeing 737-800 aufnehmen kann. In einem Anbau sind zwei Simulatoren untergebracht, die für die Aus- und Weiterbildung der Cockpitbesatzungen dienen. Bereits im Jahr 2010 hatte Ryanair am Hahn überdies ein Schulungszentrum für das Kabinenpersonal eröffnet. Hier wird seither ein großer Teil der neuen Kabinenbesatzungen der Fluggesellschaft ausgebildet.

Die Aufwärtsentwicklung der Fluggastzahlen wurde beginnend mit dem Spätjahr 2010 durch die Diskussion um die Luftverkehrssteuer gebremst. Tatsächlich zeigte sich nach Einführung der Steuer im Januar 2011 eine rückläufige Tendenz bei den Passagierzahlen, die in der Jahresbilanz zu einer um 20% reduzierten Passagierzahl für 2011 gegenüber 2010 führte. Prognosen nationaler und internationaler Luftverkehrsexperten hatten u. a. im Auftrag der Landesregierung die möglichen Konsequenzen einer Luftverkehrssteuer im Vorfeld erforscht und waren genau zu den Prognosen gelangt, die sich nun auch

in der Realität bewahrheiteten. Vorausschauend hatte der Flughafenbetreiber Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG) daher ein bereits für das Jahr 2011 geplantes umfangreiches Ausbaupaket, das unter anderem Maßnahmen am Terminal und den Bau neuer Vorfelder vorgesehen hatte, zurückgestellt, um nicht über den mittelfristigen Bedarf hinaus zu bauen. Bereits im Jahr 2010 war mit der Sanierung eines großen Teilstücks der Start- und Landebahn eine umfangreiche bestandserhaltende Maßnahme durchgeführt worden. Für den ersten Teil der Arbeiten hatte eine mehrtägige Betriebsunterbrechung infolge der isländischen Vulkanaschewolke im Frühjahr 2010 genutzt werden können. So wurden die Auswirkungen auf den Flugbetrieb so gering wie möglich gehalten.

Auch mit dem durch die Luftverkehrssteuer zunächst auf 2,8 Mio. Passagiere reduzierten Fluggastaufkommen bleibt der Flughafen Frankfurt-Hahn eines der wichtigsten Eingangsportale für den Tourismus in Rheinland-Pfalz. In Kooperation mit den Fluggesellschaften durchgeführte Marketingkampagnen, die von der Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH (RPT) betreut werden, belegen die Zugkraft des Hahns und der umliegenden Regionen für zahlreiche Urlaubsgäste aus unterschiedlichen europäischen Quellmärkten. Die kurzen Distanzen vom Hahn zu Attraktionen wie Rheinsteig, Rad- und Wanderwegen, Weihnachtsmärkten und Wellnessangeboten, bzw. historischen und kulturellen Sehenswürdigkeiten sorgen für zahlreiche europäische Kurzurlauber. Zugleich erschließen die zahlreichen Destinationen, die insbesondere der Hauptanbieter Ryanair, aber auch WizzAir und Iceland Express ab Hahn ansteuern, attraktive Urlaubsziele für die Fluggäste, die ihre Ferienreise ab dem Hahn beginnen.

### Der Bereich Fracht

Auch das Frachtgeschäft hatte ab der Betriebsaufnahme gute Wachstumsraten aufzuweisen, so dass der Hahn bereits seit Jahren den fünften Rang unter den deutschen Frachtflughäfen einnimmt. Hier kam es im Berichtszeitraum bedingt durch die Neugründung einer Frachtfluggesellschaft am Hahn zu einer wichtigen Ausweitung des Betriebs: Mit der Ansiedlung der Air Cargo Germany (ACG)

nahm im Jahr 2009 eine Frachtfluggesellschaft den Betrieb auf, die zunächst mit zwei Boeing 747-400F und ab dem Jahr 2011 mit vier Flugzeugen dieses Typs im Linien- und Charterbetrieb wichtige globale Frachtziele anfliegt und dadurch zu einer deutlichen Ausweitung des am Hahn umgeschlagenen Frachtvolumens beiträgt. Der Hahn ist im Übrigen nicht nur beim Umschlag von herkömmlichem Frachtgut erfolgreich, sondern wird auch als Standort für Spezialfrachtaufträge mit Großflugzeugen geschätzt.



*Beladung einer Boeing auf dem Flugplatz Hahn*

Insbesondere für den zeitkritischen Frachtumschlag ist die Verkehrsinfrastruktur rund um den Flughafen entscheidend. Hier konnte mit der Fertigstellung der ab der Anschlussstelle der A 61 bei

Rheinböllen bis zum Flughafen vierstreifig ausgebauten B 50 eine Verkürzung der Fahrzeit in die Rhein-Main-Region und zum Flughafen Frankfurt-Main erreicht werden. In wenigen Jahren wird der im Bau befindliche Hochmoselübergang die Anbindung nach Luxemburg und zu den Nordseehäfen verbessern.

Die Entwicklung des Flughafens dient der gesamten Region, entsprechend wird sie auch aus der Region mitgetragen. Gerade der im Jahr 2000 begründete Zweckverband Flughafen Hahn hat in Zusammenarbeit mit den kommunalen Gebietskörperschaften und den zuständigen Ministerien im Rahmen eines städtebaulichen Vertrags zahlreiche Projekte am Standort vorangetrieben. Der städtebauliche Vertrag soll fortgeschrieben werden, um die weitere ganzheitliche Entwicklung des Standorts unter Einbindung unterschiedlicher Akteure zu gewährleisten. Die Abstimmung hierzu wird vorbereitet.

Die Landesregierung sieht den Flughafen Frankfurt-Hahn als integralen Bestandteil der Verkehrsinfrastruktur des Landes, der sich zudem als Job-Motor in einer einst strukturschwachen Region erwiesen und insgesamt zur Entstehung von rund 11.000 Arbeitsplätzen beigetragen hat.



## 6. HERMESKEIL: „HOCHWALDKASERNE“ UND STANDORTÜBUNGSPLATZ

Die Konversion Hermeskeil umfasst den bebauten Teil mit der nahezu 39 ha großen „Hochwaldkaserne“ (Gemeindegebiet Hermeskeil) sowie dem angegliederten ca. 196 ha großen Standortübungsplatz (Gemeindegebiete Hermeskeil, Reinsfeld und Gusenburg), beide Ende 2006 freigegeben. 2007 wurde der kommunale Zweckverband Konversion Hermeskeil gegründet.

Frühzeitig durchgeführte Ermittlungen belegten, dass nicht unerhebliche Teile der vorhandenen Bausubstanz Sanierungsbedarf aufweisen und bei Erhaltung der baulichen Struktur sehr hohe Investitionen erforderlich sein werden. Sehr schnell wurde deutlich, dass die Verwertung der Liegenschaft eine große Herausforderung darstellt. Der Kasernenbereich der Liegenschaft setzt sich zusammen aus dem Mannschaftsbereich mit Verwaltungs- und Unterkunftsgebäuden und dem dahinter gelegenen, technischen Bereich mit Hallen, Schleppdächern und Befestigungsflächen. Wie bei den meisten Kasernenanlagen im ländlichen Raum bestehen Schwierigkeiten, den ehemaligen Mannschaftsbereich zivil zu verwerten, da Wohn- und Büronutzungen nicht in Frage kommen. Die Infrastruktur ist in einem durchweg guten Zustand.

Der frühere Standortübungsplatz konnte als initiiertender Baustein einer denkbaren touristischen Entwicklung und einer gewerblichen sowie einer Nutzung im Sinne der regenerativen Energien zu Beginn der Konversion mit einem Unternehmen aus dem Energiesektor (Herstellung und Lagerung von Holzhackschnitzeln) belegt werden. Starkes Interesse seitens mehrerer Anlagenhersteller bzw. Betreiber besteht hinsichtlich einer Nutzung im Bereich Photovoltaik und Windenergie.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hatte die Kaserne Ende 2009 zum Kauf europaweit ausgeschrieben. Das Projekt „Dorf Hochwald“ mit einer vorgesehenen Nutzung mit Freizeit- und Tourismus-Angeboten wurde an den Zweckverband Konversion Hermeskeil herangetragen. Die Verwirklichung indes scheiterte.

Seit Beginn des Jahres 2011 wurden seitens des Zweckverbands, der BImA und des Landes Alternativen diskutiert und Gespräche mit am Liegenschaftserwerb interessierten Entwicklern geführt. Im März 2011 erwarb die private Viresca GmbH aus Treis-Karden den Kasernenbereich. Wegen des Firmenprofils der neuen Erwerberin könnte der Schwerpunkt der Entwicklung eher im gewerblichen Bereich und in der Nutzung regenerativer Energien liegen. So wurden im Herbst 2011 neben der Idee der Viresca, ein Zentrum für regenerative Energien einzurichten, im März/April 2012 Pläne bekannt, ein Dachdecker Großhandelsunternehmen anzusiedeln.

## 7. KAISERSLAUTERN: PRE-PARK UND PRE-UNI-PARK

Die französische Holzendorff-Kaserne in verkehrsgünstiger Lage am Stadtrand von Kaiserslautern direkt an einer Autobahn mit einer Fläche von ca. 68,2 ha wurde im Jahr 1992 aufgegeben. Auf der Liegenschaft wird ein hochmoderner Technologie- und Dienstleistungspark realisiert, eingebettet in ein Spektrum attraktiver Freizeitmöglichkeiten. Einkaufen, Wohnen, Dienstleistung und Naherholung sind nach dem Campus-Modell Elemente des Konzepts, das „Hightech“ mit Lebensqualität und lebendiger Zukunftsgestaltung verbindet.



Luftbild, PRE-Park

Die Entwicklung der Liegenschaft erfolgt als städtebauliche Sanierungsmaßnahme im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft. Privater Partner ist die Pfälzische Regionalentwicklungsgesellschaft mbH (PRE), die die Liegenschaft vom Bund erworben hat. Im Jahr 1997 wurde die Basis für die Entwicklung durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt, dem Land und der PRE geschaffen.

Auf dieser Grundlage entwickelt und vermarktet die PRE die Flächen. Die PRE hat sich verpflichtet, innerhalb von 15 Jahren Investitionen von 200 Mio. € auszulösen. Im Rahmen der Errichtung des Technologie- und Dienstleistungsparks tragen die Ansiedlungen eines großen Möbeleinkaufszentrums sowie eines Multiplex-Kinos zur angestrebten Nutzungsvielfalt bei. Ein weiterer Baustein ist das Freizeitbad „Monte Mare“. Im Jahre 2011 wurde das Europäische Technologie- und Innovationszentrum des US-amerikanischen Landmaschinenherstellers John Deere errichtet. Ein weiteres Qualitätsmerkmal für den PRE-Park ist die A 63, die am Autobahndreieck Kaiserslautern-Zentrum direkt auf den PRE-Park trifft und für eine schnelle Erreichbarkeit der Rhein-Main-Metropole sorgt.

Der PRE-Park gehört zu den erfolgreichsten Konversionsprojekten des Landes. Mit der Errichtung des



*John Deere Technologie- und Innovationszentrum*

John Deere Technologie- und Innovationszentrums konnten weitere neue Arbeitsplätze geschaffen werden. So sind im PRE-Park mittlerweile über 3.000 Arbeitsplätze entstanden.

### **PRE-Uni-Park**

Im Jahr 2000 erwarb die Stadt Kaiserslautern von der Deutsche Bahn AG die Flächen eines ehemaligen Güter- und Rangierbahnhofes, welche für den Bahnbetrieb entbehrlich geworden waren. Aufgrund der besonderen Standortqualitäten, der günstigen verkehrlichen Anbindung, der prägnanten Lage am südlichen Stadteingang, aber insbesondere der unmittelbaren Nachbarschaft zur Universität konnte ein Konzept entwickelt und umgesetzt werden, in dessen Mittelpunkt Forschung und Lehre stehen. Die Projektstrategie setzt auf Kompetenz, Kooperation und Netzwerk. Der Wirtschaftsraum Kaiserslautern strebt den Strukturwandel von einer durch Militär und stagnierenden bzw. rückläufigen Branchen geprägten Region zu einem der bundesweit führenden Standorte der Informations- und Kommunikationstechnologie an. Grundlegender Baustein hierfür ist, dass die existierende IKT-Kompetenzkette (Hochschule – Institute – Unternehmen – Technologiestandort PRE-Park) sowie die erfolgreiche Umsetzung eines IKT-Park-Konzeptes über die Entwicklung des PRE-Parks hinaus weitergeführt wird.



*PRE-Park bei Nacht*





PRE-Uni-Park

Im Mittelpunkt steht ein Fraunhofer-Zentrum mit den beiden Einrichtungen „IESE“ (Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering) und „ITWM“ (Fraunhofer-Institut für Techno- und Wirtschaftsmathematik). Um diesen „Diamanten“ herum und in unmittelbarer Nähe zum Inkubator Universität, konzipierte die PRE GmbH den PRE-Uni-Park, in dem neben dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) auch das Institut für Oberflächen- und Schichtanalytik (IFOS) seinen Platz gefunden haben. Schwerpunkte setzt die Konzeption im Bereich des Technologie-Transfers. Zielgruppe bilden Forschungs- und Lehrinrichtungen, Uni-Institute sowie junge, innovative Technologie- und Dienstleistungsunternehmen, welche mit der Universität und den Fraunhofer-Einrichtungen kooperieren wollen. Darüber hinaus komplettieren Angebote aus den Bereichen „Facilities“ (Bank, Post, Nahversorgung, Kita), „Support and Consulting“ (Gründerzentrum, Beraterteams „Steuer – Recht – Förderung“) und „Wohnen/Lifestyle“ (attraktives Wohngebiet, Boarding House, Gastronomie) den ganzheitlichen Charakter des PRE-Uni-Parks.

Im PRE-Park und PRE-Uni-Park verdienen insgesamt rund 3.500 Personen ihren Lebensunterhalt.

## 8. KOBLENZ: TECHNOLOGIEZENTRUM KOBLENZ (TZK)

Die TZK GmbH ist eine Einrichtung des Landes, an der die Stadt Koblenz und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft am Mittelrhein mbH (WFG) beteiligt sind. Das TZK hat die Aufgabe, junge, technologieorientierte und innovative Unternehmen mit einer zeitlich befristeten Bereitstellung von Mietflächen, umfassenden Beratungsdienstleistungen und moderner Kommunikationsinfrastruktur zu unterstützen.



Technologiezentrum im Rohbau

Bis zum Berichtszeitraum sind im TechnologieZentrum (TZK) Koblenz über 60 neue Unternehmen gegründet worden. Diese haben allein während ihres Aufenthaltes im Zentrum rund 450 Arbeitsplätze geschaffen. Seit August 2008 ist das TZK auf einer Konversionsfläche der Bundeswehr (Wasserübungsplatz) in Koblenz-Metternich in unmittelbarer Nähe zur Universität mit dem Fachbereich Informatik angesiedelt und bietet demnächst eine vermietbare Fläche von rd. 3100 m<sup>2</sup>. Nachdem der erste Bauabschnitt von 2.100 m<sup>2</sup> aufgrund der großen Nachfrage aus dem Existenzgründerumfeld 2010 voll belegt war, wurden 2011 in einem zweiten Bauabschnitt weitere 1.000 m<sup>2</sup> geschaffen. Das Land hat insgesamt rund 4,1 Mio. € aus Konversionsmitteln bereitgestellt.

Das TZK bündelt als regionales Innovationszentrum in unmittelbarer Nähe zur Universität beispielhaft die regionalen Kompetenzen des Landes und der Informationswirtschaft. Hier werden Netzwerke geschaffen, Synergieeffekte ermöglicht und die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft optimiert.

Durch die Weiterentwicklung zu einem „regionalen Innovationszentrum“ erweitert sich das Aufgaben-

gebiet und beinhaltet zukünftig auch die Vermittlung und Förderung von Kooperationsprojekten sowie die aktive Beteiligung an Kooperations- und Innovationsprojekten.

Weiterer Konversionsbezug besteht unter anderem im in Koblenz ansässigen Bundesamt für Informationsmanagement und Informationstechnik der Bundeswehr. Trotz Truppenreduzierung besteht eine enge Verbundenheit zwischen der Stadt Koblenz als größtem Garnisonsstandort in Deutschland und der Bundeswehr.

## 9. LANDAU: JEANNE D'ARC-KASERNE, QUARTIER VAUBIN UND KASERNE ESTIENNE-FOCH

Die Kaserne Jeanne d'Arc mit einer Fläche von rund 11,5 ha wurde im Jahr 1995 freigegeben. Das ehemalige Kasernengelände liegt am südöstlichen Stadtrand von Landau und wird als gewerblicher Schwerpunkt in Zusammenarbeit mit der Stadt Landau entwickelt. Das Gebiet verfügt über eine Nettobaufläche von rund 6,1 ha, wovon ca. 2 ha als Sondergebiet für einen Messeplatz und ca. 0,6 ha für eine Messehalle ausgewiesen sind.



*Kaserne Jeanne d'Arc, Gewerbepark Am Messegelände*

Die Stadt Landau hat inzwischen auf dem ehemaligen Kasernenareal einen modernen Gewerbepark mit Existenzgründerzentrum entwickelt. Inmitten des Jeanne d'Arc Centrums errichtete die Stadt Landau ein 2 ha großes Messegelände, auf welchem im jährlichen Wechsel die größte Verbraucherschau der Südpfalz, die Landauer Wirtschaftswoche, sowie die Fachmesse für Immobilien, Wohnen und Bauen, aber auch mobile Ausstellungen stattfinden. Südlich des Kasernenareals, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Messegelände (ca. 300 m Entfernung), stehen den Besuchern mit einem eigens für das Messegelände errichteten Messeparkplatz rund 1.000 Parkplätze zur Verfügung. Von den verbleibenden gewerblichen Bauflächen (rund 5,5 ha) wurden bis einschließlich des ersten Quartals des Jahres 2012 knapp 5,0 ha veräußert. Dies entspricht einer Quote von über 90%. Auf dem Kasernenareal sind bisher rund 500 Arbeitsplätze entstanden.

Ausgehend vom Existenzgründer- und Gewerbepark Jeanne d'Arc wurden östlich angrenzend an das Messegelände weitere Flächen einer gewerblichen Entwicklung zugeführt. Der in einem ersten Realisierungsabschluss erschlossene Gewerbepark „Am Messegelände“ umfasst eine Fläche von 62,3 ha, die Nettobaufläche beträgt 33 ha, und ist zugleich Garant für attraktive Arbeitsplätze in der Stadt Landau. Bis zum ersten Quartal des Jahres 2012 wurden einschließlich des ehemaligen Kasernenareals Jeanne d'Arc ca. 17,3 ha vermarktet. Dies entspricht einer Quote von über 52%.

### **Kaserne Mangin (Quartier Vauban)**

Die ca. 15 ha Fläche umfassende Liegenschaft wurde bereits im Jahr 1994 freigegeben. Das Areal wurde 1999 komplett freigelegt. Inzwischen ist das gesamte Gebiet erschlossen, die öffentlichen Flächen sind hergestellt und die Konversion der Kaserne Mangin zum Wohngebiet „Quartier Vauban“ steht kurz vor dem Abschluss.

Mit Hilfe eines städtebaulichen Ideenwettbewerbs wurde eine Baustruktur entwickelt, die sowohl die historisch wertvolle Bausubstanz erhält, als auch moderne Wohnformen unter dem Thema „gartenbezogenes Wohnen“ mit hoher Freiraumqualität ermöglicht.

Um die hohen Qualitätsansprüche des Wettbewerbsergebnisses zu sichern, wurde das „Landauer Architektenforum“ ins Leben gerufen. Architekten und Bauträger entwickelten darin verschiedene qualitätsvolle Haustypen, die bis heute die Grundlage für die Bebauung bilden. Inzwischen sind alle Bauabschnitte entwickelt und die Grundstücke parallel zur Weißenburger Straße stehen kurz vor der Bebauung. Aufgrund veränderter Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt überwiegt inzwischen eine aufgelockerte Bebauung mit Einzel- und Doppelhäusern, die aber unverändert in einer klar ablesbaren, rechtwinkligen städtebaulichen Struktur eingebunden ist. Weitere Attraktivitätssteigerung erlangte das Gebiet zwischenzeitlich durch die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes sowie die Nutzung vorhandener Gebäudesubstanz durch den Waldorf-Kindergarten und die Montessori-Schule, die für eine optimale Infrastrukturausstattung des neuen Wohngebietes sorgen. Als letzter Baustein der Konversion wird parallel zur Weißenburger Straße in Form von drei Baukörpern eine Studierendenwohnanlage errichtet, die voraussichtlich 2013 zum Abschluss gebracht werden kann.

### **Kaserne Estienne-Foch**

Die Konversion der Stadt Landau setzt mit der rund 24 ha großen ehemaligen Kasernenanlage „Estienne-Foch“ den letzten Baustein nach dem Abzug der französischen Streitkräfte. Die Flächen konnten nach zähen Verhandlungen vom Bund erworben werden und werden über einen privaten Entwicklungsträger als Entwicklungsmaßnahme umgesetzt. Die Konversionsflächen der Kaserne, des ehemaligen Kohlelagers, wie auch angrenzender ehemaliger Bahnflächen bieten eine große Chance



*Kaserne Estienne et Foch im Umbau*

der städtischen Entwicklung im Süden der Stadt mit Verzahnung der angrenzenden Landschaftsräume des Naturparks „Ebenberg“, einem Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Gebiet mit dem darin befindlichen Naherholungsbereich und dem Gelände des lokalen Segelflugvereins. Die Stadt Landau handelt nach dem Leitziel der „Innen- vor Außenentwicklung“ und hat über die Einreichung der Konzeption zur Landesgartenschau 2014 eine detaillierte Konzeption zur Umnutzung und Aufwertung des gesamten Stadtbereiches vorgelegt.

Mit der Initialzündung der Landesgartenschau 2014 kann das Gelände in zeitlichem Zusammenhang zu einem hochwertigen Wohnareal entwickelt werden, wobei die angrenzenden geschützten Landschaftsräume mit dem aufgewerteten Geländeareal und dem angrenzenden städtischen Gebiet verzahnt werden. Neben der Modernisierung der vorhandenen denkmalgeschützten Bebauung werden hochwertige Neubauflächen für moderne städtische Wohnformen angeboten. Über die Umnutzung der ehemaligen Militärfelder könnte der Wohnraumbedarf der nächsten 10 – 15 Jahre unter der Berücksichtigung der demografischen und ökologischen Effekte für einen vielfältigen Nutzerkreis gedeckt werden.

Neben der Schaffung eines neuen städtischen Lebensumfeldes mit dem ganzheitlichen Angebot an Funktionsbereichen für Arbeiten, Dienstleistung, Kreativberufe und Forschung soll die soziale städtische Infrastruktur über die Schaffung neuer Kommunikationszonen, städtischer Begegnungsräume und die Ansiedlung von Bildungs- und Instituts-einrichtungen an diesem Standort Schwerpunkte finden. Für zukünftig ca. 3.000 Bewohnerinnen und Bewohner des „Wohnparks Am Ebenberg“, aber auch für die ca. 10.000 Bürgerinnen und Bürger im gesamten südlichen Stadtbereich werden in den angrenzenden Konversionsflächen Erholungsräume, Sport- und Freizeitflächen geschaffen. Zur Umsetzung der Entwicklung der Kaserne als auch zur Verzahnung mit den angrenzenden städtischen Bereichen in Landau-Süd werden direkte Investitionskosten von ca. 37,5 Mio. € erwartet.

Seit dem Erwerb der Fläche und dem Zuschlag zur Landesgartenschau wurde bisher der Abbruch

der Bausubstanz bis auf die denkmalgeschützten und erhaltenswerten Gebäude vorgenommen und mit der Altlastensanierung begonnen. Planungsrechtlich wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, der als Grundlage für die Erschließung des ersten Bauabschnitts diente. Zurzeit laufen die Erschließungsmaßnahmen. In den Jahren 2010/2011 wurde ein Landschaftsarchitektenwettbewerb für die Landesgartenschau durchgeführt und entschieden. Auf dessen Basis erfolgt die freiraumplanerische Umsetzung. Derzeit werden die ersten Bäume gepflanzt. Die Cornichonstraße und die Friedrich-Ebert-Straße werden zurzeit umgestaltet. In der östlichen Südstadt wird 2012 mit der Erschließung begonnen. Im Rahmen der ersten Vermarktungstranche erfolgte eine Ausschreibung, um potenzielle Investoren zu finden. Für weitere drei Gebäude – am Quartiersplatz und am Ende des Quartiersparks – wurden Investoren gezielt angeworben. Ein Gebäude konnte bereits an den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) verkauft und saniert werden.

## 10. MENDIG: GUNTHER-PLÜSCHOW-KASERNE MIT HEERESFLUGPLATZ

Die Heeresflieger der Bundeswehr waren seit 1959 in der Gunther-Plüschow-Kaserne im nördlichen Rheinland-Pfalz stationiert. Zuvor wurde die Fläche bereits von Fliegereinheiten der Reichswehr und nach Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl von amerikanischen als auch französischen Einheiten genutzt. Im Zuge der Bundeswehrstrukturreform 2004 wurde der Standort Mendig mit ca. 730 Dienstposten im Sommer 2008 geschlossen. Durch die Strukturreform 2001 waren bereits weitere 600 Dienstposten weggefallen. Da die Liegenschaft damals nicht freigegeben wurde, waren Kompensationsmaßnahmen zu diesem Zeitpunkt nicht durchführbar. Auf der Konversionsfläche mit einer Gesamtgröße von knapp 190 ha befinden sich neben einer 1,6 km lange Start- und Landebahn auch über 100 Gebäude unterschiedlicher Art und Größe. Die Liegenschaft zeichnet sich insbesondere durch eine hervorragende Anbindung an die vorhandene Verkehrsinfrastruktur (BAB 61 und 48) sowie durch eine strategisch günstig Lage zwischen den Ballungsgebieten Rhein-Ruhr und Rhein-Main aus. Interessierte Unternehmen und Investoren können

so etwa 10 Mio. Menschen in einem Radius von 150 Kilometern erreichen. Der Flugplatz wird mit dem Status als Sonderlandeplatz beibehalten.

Sowohl von kommunaler als auch von Landesseite wurde die hohe Bedeutung einer Entwicklung der Konversionsliegenschaft für die regionale Wirtschaft erkannt. Gemeinsam mit den Standortgemeinden, dem Landkreis und der Landesregierung wurde eine Entwicklungsstrategie erarbeitet, die auf einen Branchenmix aus gewerblicher, industrieller und touristischer (vorhandener Freizeit- und Sportbereich) Nutzung zielt. Zur Findung eines privaten Projektentwicklers, dem als Gesamterwerber und Investor zentral die Entwicklung der Liegenschaft im Rahmen einer städtebaulichen Vereinbarung übertragen werden soll, wurde ein Investorenwettbewerb durchgeführt. Parallel wurde vom Bund, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, ein Bieterverfahren über den Verkauf der Liegenschaft durchgeführt. Nach Abschluss der beiden Verfahren in 2008 wurde im Februar 2009 ein städtebaulicher Vertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz, dem Zweckverband Konversion Flugplatz Mendig und einem privaten Investor abgeschlossen. Vertragsende soll das Jahr 2019 sein.



*Werkshallen*

Durch das gemeinsame Engagement der Vertragsparteien sollen in den nächsten zehn Jahren durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben etwa 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und private Investitionen von bis zu 140 Millionen € ausgelöst werden können. Das Land Rheinland-Pfalz hat sich Rahmen dieses städtebaulichen Vertrages verpflichtet, das Projekt mit insgesamt 15,5 Mio. € Fördermitteln zu unterstützen. Damit wird sichergestellt, dass der Konversionsprozess durch die Liegenschaftsentwicklung und Unternehmensansiedlungen nahtlos weitergehen kann. Der Zweckverband hat angekündigt, mit landesseitiger Unterstützung auch in den Jahren 2012 und 2013 weitere Erschließungsmaßnahmen durchzuführen.



*Flugplatz Mendig*

Potential ist im Hinblick auf weitere Photovoltaikanlagen vorhanden (bisher sind Anlagen mit einer Leistung von etwa 1 MW installiert). Der Eigentümer hat bereits diesbezügliches Interesse bekundet. Gegenwärtig wurden am Standort weitgehend im Rahmen von Mietverhältnissen bereits zahlreiche Unternehmen angesiedelt. Insgesamt sind auf der Konversionsliegenschaft bis heute fast 300 Arbeitsplätze entstanden, wobei die Zahl weiter zunimmt.

## 11. MORBACH: MORBACHER ENERGIELANDSCHAFT

Das ehemalige Munitionsdepot Morbach-Wenigerath war von 1957 bis 1995 das größte Munitionslager der US-Luftwaffe in Europa. Im Jahr 2001 entstand aus der Verwaltung heraus die Idee, das 146 ha große Konversionsgelände für die Gewinnung von Energie aus Wind, Sonne und Biomasse zu nutzen. Das Projekt „Energiewirtschaft Morbach“ war geboren. In der Folge erarbeitete eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung einen durch das Land Rheinland-Pfalz geförderten Masterplan.

Anhand von Gutachten und eigenen Versuchsergebnissen stellten Bürgermeister, Verwaltung und parteienübergreifend der gesamte Gemeinderat den Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Sitzungen und über die Medien die Vorteile eines innovativen Energiekonzeptes vor. Neben technischen Aspekten wurden auch die Möglichkeiten der regionalen Wertschöpfung durch dezentrale Energiegewinnung, die Zukunftsorientierung der Gemeinde sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen diskutiert. Mit der zusätzlichen Erschließung eines Gewerbegebietes sollten Synergieeffekte genutzt und so eine Kreislaufwirtschaft begründet werden.

In den Jahren 2002 und 2003 wurden sodann 14 Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von jeweils 2 Megawatt gebaut. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde die Möglichkeit eröffnet, sich an den Anlagen finanziell zu beteiligen, was auf großen Zuspruch stieß und zur Entstehung eines „Bürgerwindrades“ führte.

Die Photovoltaikanlagen in der Energiewirtschaft Morbach haben eine Leistung von 2,1 Megawatt. Installiert wurde ein riesiges Testfeld (20.000 m<sup>2</sup> Modulflä-



*Morbacher Energielandschaft*

che) mit unterschiedlichen Modulen, Nachführtechniken und Wechselrichtern.

Die Biogasanlage in der Energielandschaft Morbach wird ausschließlich mit nachwachsenden Rohstoffen bestückt und von 15 Landwirten aus der Region beliefert. 10.000 Tonnen Silage sowie 10.000 Tonnen Rindergülle durchlaufen die Anlage jährlich. Die Gärreste finden als begehrter Dünger in der Landwirtschaft Verwendung. Die Abwärme der Biogasanlage und die Wärme eines Holzheizwerkes werden vollständig für die Trocknung von Sägerestholz genutzt, das in einer Holzpelletproduktionsanlage verarbeitet wird.



*Biogasanlage*

Ein weiteres Element der Energielandschaft ist eine Holz-Blockhausfirma, die für den Bau ihrer Häuser den nachwachsenden Rohstoff „Nadelholz“ aus nachhaltigem Anbau verwendet. Die beim Bau entstehenden Holz-Abfälle werden wiederum energetisch genutzt.

Zwei solare Trinkwasseraufbereitungsanlagen zeigen, wie man verschmutztes Wasser allein mit der Kraft der Sonne zu Trinkwasser aufbereiten kann. Diese Anlagen der Energielandschaft gaben bereits Anstoß zu mehreren Benefizveranstaltungen zu Gunsten von Entwicklungshilfeprojekten, so z.B. für den westafrikanischen Staat Mali, in dem zwischenzeitlich mehrere dieser solaren Trinkwasseraufbereitungsanlagen eingesetzt werden.

Seit 2009 werden in der Energielandschaft auch Biomasseöfen angeboten. Büro-, Ausstellungs- und Verkaufsräume befinden sich gemeinsam mit der gemeindlichen Ausstellung im Infozentrum der Energielandschaft, was auch hier Synergien freisetzt. Weiterhin werden hier auch Seminare

angeboten. Das Infozentrum vermittelt energie-wirtschaftliche, umwelttechnische und ökologische Zusammenhänge. In zwei Bunkern werden die Historie des Geländes (Kalter Krieg) und die Gefahren des Klimawandels dargestellt. Lösungen zu beiden Szenarien bietet die Energielandschaft (Unabhängigkeit von begrenzten und begehrten Rohstoffen, Klimaschutz). Die Maßnahmen wurden durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert.

Mit den bislang in Betrieb befindlichen Anlagen in der „Energielandschaft Morbach“ werden pro Jahr etwa 50 Mio. kWh Strom und 10,5 Mio. kWh Wärme produziert und jährlich etwa 32.500 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart. Allein die derzeit jährlich erzeugte Strommenge in der Energielandschaft Morbach reicht für etwa 13.000 Haushalte, was weit über den Eigenbedarf der etwa 4.400 Haushalte der Gemeinde Morbach hinausgeht.

Die Energielandschaft Morbach lockt Touristen aus aller Welt. Insgesamt haben von 2003 bis 2011 über 35.000 Besucher aus 90 Ländern die



*Gewinnung von Solar- und Windenergie*

Energielandschaft besucht oder an den durch die Gemeindeverwaltung angebotenen Führungen teilgenommen.

Die Gemeinde Morbach strebt an, bis zum Jahr 2020 energie-autark auf Basis erneuerbarer Energien zu werden und ihre umweltfreundliche Politik fortzusetzen. Zudem soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in der Gemeinde bis dahin unter 50% (Bezugsjahr 2000) sinken. Es steht jedoch bereits jetzt fest, dass der „Morbacher Weg“ ökologisch und ökonomisch ein Erfolgsmodell ist.

## 12. MÜNCHWEILER: GRÄFENSTEINER PARK

Das US-Hospital am Ortsrand von Münchweiler mit einer Fläche von ca. 45 ha wurde 1993 aufgegeben. Trotz interessanter Entwicklungsansätze und intensiver Bemühungen von allen Seiten brachte die Verwertungsstrategie, das Konversionsprojekt im Rahmen eines PPP-Modells mit einem privaten Investor zu entwickeln, lange Zeit nicht den gewünschten Erfolg. Im Jahre 2004 konnten die Konversionsflächen dann vom Bund an einen privaten Investor, die Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (BHE), Pirmasens, veräußert werden. Die kommunalen Gebietskörperschaften haben sich zu einem Zweckverband zusammengeschlossen, der für die städtebauliche Entwicklung im Rahmen einer Sanierungsmaßnahme verantwortlich ist. Zwischen dem Investor, dem Zweckverband und dem Land wurde 2004 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. In diesem hat sich die BHE verpflichtet, die Flächen entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln und dabei innerhalb von 15 Jahren Investitionen in Höhe von 45 Mio. € auszulösen.

Das Konzept sieht vor, das Konversionsgelände in zwei Teilen zu entwickeln. Direkt angrenzend an die örtliche, bereits bestehende Bebauung wurden Bauflächen zur Deckung des örtlichen und überörtlichen Bedarfs an Wohngrundstücken sowie Flächen für Gewerbebetriebe geschaffen. Dieses Teilgebiet „Wohnen und Gewerbe“ ist mittlerweile komplett erschlossen. Die Nachfrage nach den Baugrundstücken ist dauerhaft hoch. Einige Wohngebäude sind bereits errichtet, mehrere weitere befinden sich in der Planungs- und/oder Bauphase. Das zweite Teilgebiet soll als Sondergebiet „Freizeit und Erholung“ entwickelt werden. Diesbezüglich steht die BHE mit einem qualifizierten Betreiber über die Entwicklung dieses Liegenschaftsteils in Verhandlungen.

## 13. NEUSTADT AN DER WEINSTRASSE: KASERNE EDON

Das Areal wurde von der städtischen Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Neustadt a. d. Weinstraße (W.E.G.) erworben. Die Flächen zwischen den Ortsteilen Speyerdorf und Lachen sowie ein Streifen

entlang der Hasslocher Straße wurden in einen Entwicklungsbereich integriert. Mit den vorbereitenden Untersuchungen zur Entwicklung des ehemaligen französischen Militärgeländes in Stadtrandlage von Neustadt a. d. Weinstraße wurde im Jahr 2000 begonnen. Zur Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und deren Förderung wurde im Jahr 2006 zwischen der Stadt Neustadt, der W.E.G und dem Land Rheinland-Pfalz eine Eckwertvereinbarung abgeschlossen.

Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme ist in die Funktionsbereiche Gewerbe- und Mischgebiet mit Ortsmitte sowie eine Neuordnung des Ortsrandes zur Wohnnutzung aufgeteilt. Das Kernziel der Maßnahme stellt die Verbindung der beiden Ortsteilgemeinden Lachen und Speyerdorf durch die Entwicklung einer neuen Ortsmitte dar. Neben der Schaffung von Reserveflächen für Wohnen und Gewerbe wird ein wesentlicher Schwerpunkt im mittelfristigen Umsetzungszeitraum in der Umstrukturierung der Naherholungs- und Sportbereiche bestehen. Zur Entlastung der alten Ortskerne trägt die Umgehungsstraße „S-Trasse“ bei.

Der städtebauliche Rahmenplan „Entwicklung der ehemaligen Edon-Kaserne“ wird schrittweise umgesetzt. Im Bereich der im Ortsteil Lachen-Speyerdorf in Nachbarschaft zum Flugplatz Lilienthal gelegenen ehemaligen französischen Edon-Kaserne hat die Stadt Neustadt im Jahr 2000 mit der Projektierung eines Gewerbe- und Industrieparks für Solartechnik und regenerative Energien begonnen. Das Vorzeigeprojekt „Solarpark Flugplatz Lilienthal“ umfasst eine Bruttofläche von ca. 15 ha. Bereits im Jahr 2004 ist in Rheinland-Pfalz damit das seinerzeit größte Solarkraftwerk Deutschlands und eines der größten der Welt ans Netz genommen worden. Auf der Fläche von ca. sieben Fußballfeldern werden ca. 2,1 Megawatt Leistung generiert. In der städtebaulichen Gesamtkonzeption sind die Anbindung an den Verkehrslandeplatz Flugplatz Lilienthal und die direkte Autobahnanbindung an die A 65 für Firmen als ein wesentlicher Standortvorteil herausgearbeitet.

Mehrere Ansiedlungen in den Bereichen „Solartechnik und Entwicklung“ sowie „Kraftwerkswartung“ konnten bereits verzeichnet werden und die Vermarktung der Gewerbeflächen schreitet weiter



voran. Die städtische Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft übernimmt dabei neben den Aufgaben der Projektentwicklung die Beratung von Existenzgründern und das Standortmarketing.

Die Stadt Neustadt möchte das Gewerbegebiet im Ortsbezirk Lachen-Speyerdorf mit Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz zu einem städtebaulich anspruchsvollen Standort mit strukturpolitisch nachhaltigen Effekten entwickeln. Dabei sollen die regenerativen Energien weiterhin Leitziel der Gesamtentwicklung im Gewerbebereich sein.

#### 14. NIERSTEIN: ANDERSON BARRACKS & HOUSING

Das Konversionsgelände „Anderson Barracks & Housing Dexheim“ wurde im September 2009 von den US-Streitkräften freigegeben. Die ca. 75 ha große Liegenschaft befindet sich zu 100 % auf der Gemarkungsfläche der Ortsgemeinde Nierstein und liegt im Außenbereich. Die Liegenschaft ist aufgeteilt in Kaserne (45 ha), Missile Facility (17 ha) sowie Wohnsiedlung (13 ha).

Der Teil „Missile Facility“ wird – bis auf Weiteres – von den US-Streitkräften weiter genutzt, so dass zunächst von einer zu entwickelnden Fläche von 58 ha ausgegangen werden kann. Bis August 2005 befanden sich 950 US-Soldaten, 50 US-Zivilbeschäftigte, 61 deutsche und ausländische Zivilbeschäftigte und rund 800 US-Familienangehörige auf dem Standort. Alle Zivilbeschäftigten konnten an Standorten in der näheren Umgebung weiterbeschäftigt werden.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) betont die große Bedeutung des Projektes und ist an einer gemeinsamen Planung und Entwicklung interessiert. Vor diesem Hintergrund wurde eine Konversionsarbeitsgruppe eingerichtet, deren Mitglieder sich aus der Orts- und Verbandsgemeinde, dem Landkreis, dem Land und der BImA rekrutieren. Aufgrund der Größe und Lage der Liegenschaft wird bei den Planungsüberlegungen der Blick auf die Entwicklung der gesamten Region gerichtet.

Um aufzuzeigen, welche Nachnutzungen auf der Liegenschaft selbst denkbar und vor allem auch realisierbar sind, wurde im Jahr 2011 von der kom-



Solar-Infozentrum, Neustadt a. d. Weinstraße

munalen Gemeinschaft, also der Ortsgemeinde Nierstein, der Verbandsgemeinde Nierstein-Oppenheim und dem Landkreis Mainz-Bingen unter finanzieller Beteiligung der BlmA und mit Förderung des Landes eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Erste Zwischenergebnisse liegen bereits vor. Der Abschlussbericht wird im Laufe des Jahres 2012 erwartet. Die Untersuchungsergebnisse sollen als Rahmenkonzept für die städtebauliche Entwicklung der Konversionsliegenschaft dienen.

## 15. PFERDSFELD: FLUGPLATZ

Der frühere NATO-Fliegerhorst Pferdsfeld (320 ha) mit einer Landebahn von rund 2.500 m Länge und einer Vielzahl militärischer Zweckgebäude sowie Infrastrukturen wurde Ende 1997 vollständig freigegeben.

Unter den fünf in Rheinland-Pfalz seit 1991 freigegebenen Militärflugplätzen gehört Pferdsfeld im Jahre 1997 zu den jüngeren Freigaben. Nach Diskussion verschiedener Konversionskonzepte mit den betroffenen Liegenschaftskommunen konnte 2002 die abgestimmte Konversionsstrategie mit einem privaten Partner aufgenommen werden. Der regi-

onale Entwickler übernahm 2003 im Wesentlichen das Flugplatzgelände von der damaligen Bundesvermögensverwaltung. Zur Entwicklung der Konversionsliegenschaft wurde in 2003 ein städtebaulicher Vertrag mit 10-jähriger Laufzeit geschlossen. Vertragspartner sind die Verbandsgemeinde Bad Sobernheim, der Projektentwickler und das Land Rheinland-Pfalz.

Auf dem Teil der Liegenschaft, der die unmittelbare flugbetriebliche Infrastruktur umfasst, richtet die Adam Opel AG schrittweise ein Test- und Eventzentrum ein. Es wurde im Sommer 2005 eröffnet. Auf der Testanlage sind in der Endausbaustufe bis zu 200 Mitarbeiter vorgesehen. Auf den weiteren Teilflächen des Flugplatzes wird ein Gewerbe- und Industriegebiet entwickelt. Das entsprechende Bebauungsplanverfahren erlangte im September 2004 Rechtskraft. Der erste Bauabschnitt des Industriegebiets Pferdsfeld mit einer Bruttofläche von etwa 35 ha wurde in 2006 bis 2008 erschließungstechnisch durchgeführt.

Wesentliche Teilflächen der Großliegenschaft sollen im Zusammenhang mit der Erzeugung regenerativer Energien genutzt werden, die planungsrechtlichen Voraussetzungen liegen vor. Dabei wurde 2011 mit



Opel-Testzentrum

der Erstellung einer Photovoltaikanlage begonnen, deren maximaler Umfang von rund 50 ha 2012 abgeschlossen werden soll. Weitere Planungen laufen im Zusammenhang mit der Windkraft. Das Vorhaben liegt innerhalb eines Vorranggebietes zur Erzeugung von Windenergie und könnte im südlichen Bereich in einen Windpark einbezogen werden.

## 16. PIRMASENS: HUSTERHÖH-KASERNE

Der überwiegend als amerikanische Wohnsiedlung genutzte südliche Teil der Kasernenanlage Husterhöhe mit einer Fläche von 20,5 ha wurde bis 1997 freigegeben. 2001 konnte die Liegenschaft vom Bund an eine Investorengruppe, Projektentwicklung Pirmasens GmbH und Bunkerhill Entwicklungsgesellschaft mbH & Co KG, Pirmasens, veräußert werden. Zwischen der Investorengruppe, der Stadt und dem Land wurde 2001 ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen. Im Vertrag hat sich die Investorengruppe verpflichtet, die Fläche entsprechend dem vereinbarten Konzept zu entwickeln und dabei innerhalb von 15 Jahren Investitionen in Höhe von 60 Mio. € auszulösen. Die Stadt unterstützt die Entwicklung über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme.



*FH-Campus*

Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Fachhochschule Kaiserslautern, Standort Pirmasens, mit dem heutigen Fachbereich Angewandte Logistik- und Polymerwissenschaften. Dieser Fachbereich bietet ein interdisziplinär ausgerichtetes Studienangebot in den Bachelor-Studiengängen „Produkt- und Prozess- Engineering“, „Technische Logistik“ sowie dem standortübergreifenden

Masterstudiengang „Logistik und Produktionsmanagement“. Derzeit sind für diese Studiengänge am Standort Pirmasens insgesamt über 500 Studierende eingeschrieben. Ab dem Wintersemester 2012/2013 wird das Studienangebot des Standortes auf die Bachelor-Studiengänge „Angewandte Pharmazie“ und „Logistics - Diagnostics and Design“ ausgeweitet.

Durch die Konversionsmaßnahmen, für die ca. 17 Mio. € aufgewandt wurden, konnten am Standort Pirmasens der Fachhochschule Kaiserslautern modern ausgestattete Räume und ein attraktives Studienumfeld geschaffen werden. Zudem eröffnen die enge Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft und die Abstimmung des Studienangebots auf den Arbeitsmarkt den Absolventinnen und Absolventen sehr gute Berufschancen und den Arbeitgebern der Region ein enormes Fachkräftepotential.

### Sportpark und Technopole „Bunker Hill“

Der Großteil des nördlichen Areals der amerikanischen Husterhöh-Kaserne mit einer Fläche von ca. 63,5 ha wurde 1997 freigegeben. 1999 wurde zwischen Bund, Land und Stadt ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, der nach dem „Bitburger Modell“ ausgestaltet wurde: Die Vertragsparteien erschließen gemeinsam die Fläche und der Bund vermarktet diese in Absprache mit der Stadt. Grundlage der Entwicklung sind ein städtebaulicher Rahmenplan und darauf aufbauend eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme und Bebauungspläne. Ziel ist ein Nutzungsmix mit dem Schwerpunkt Gewerbe.

Neben zwei Gewerbeparks im Norden und Osten ist im Südwesten an der B 10 eine „Automeile“ entstanden. Der Bereich der Automeile ist weitgehend belegt. Die angesiedelten Betriebe stammen überwiegend aus der Region. Viele haben die Chance wahrgenommen, mit dem Standortwechsel auf die Husterhöhe zu expandieren.

Im Bereich der früheren Wohnsiedlung wurden im Nordwesten ein Wohnpark und im Norden der Sportpark Husterhöhe mit einer Fläche von ca. 90.000 m<sup>2</sup> geschaffen. Zu dem Sportpark gehören Schulsportplätze, das neue städtische Stadion und



*Schuhkompetenzzentrum (ISC)*

die neue MTV-Sportanlage mit einer Sporthalle mit Sportheim und zwei Sportplätzen. Hintergrund für den Ausbau des Sportparks Husterhöhe war die Notwendigkeit, unter anderem für die Firma Profine (Kömmerling) an der Zweibrücker Straße Erweiterungsflächen zu schaffen und den Bau der vierspürigen B 10 sicher zu stellen. Somit dient der Sportpark Husterhöhe auch ganz wesentlich der gewerblichen Entwicklung am Standort Pirmasens.

Der größte Teil der über 50 ha verwertbaren Fläche ist vermarktet. Bisher haben sich über 50 Betriebe mit mehr als 1.660 Beschäftigten niedergelassen. Parallel zur Fachhochschule wurde im Bereich Husterhöhe Süd das Prüf- und Forschungsinstitut Pirmasens e. V. (PFI) angesiedelt. Hinzu kommen ein Baukompetenzzentrum, das mit Fachplanern und Dienstleistern aus dem Baubereich belegt ist, und das Bürozentrum „Am Campus“.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Sicherung des Schuhstandortes Pirmasens und Stärkung der Schuhbranche in Deutschland ist das 2008 errichtete Schuhkompetenzzentrum (ISC). Mit dem Projekt mit internationalem Anspruch können das vorhandene Wissen und die Fertigkeiten zur Verarbeitung von Leder und zur Herstellung von Schuhen in Pirmasens gebündelt, weiter entwickelt und der deutschen, der europäischen und der weltweiten Schuhindustrie zur Verfügung gestellt werden.

Bei den mehr als 40 angesiedelten Firmen und Einrichtungen wurden in den vergangenen Jahren stetig neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass hier mittlerweile über 540 Arbeitsplätze zu verzeichnen sind.

## 17. RHEINBÖLLEN: MUNITIONSDEPOT

Das südlich der Stadt gelegene Munitionsdepot der Bundeswehr umfasst eine Fläche von 130 ha und wurde zum 1. April 2004 vom „Munitionshauptdepot“ zum „Depot/Lager“ herabgestuft. Im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr wurde es Ende 2010 endgültig geschlossen.

Auf der gesamten Liegenschaft befinden sich 78 Munitionsbunker, 9 Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude, 10 Werkshallen, ca. 20 Lagergebäude, ein Gleisanschluss sowie ein ca. 19 km umfassendes befestigtes Wegenetz.

85 ha der Fläche, die früher im Besitz der Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz waren, befinden sich aktuell im Eigentum des Bundes, die übrigen Flächenanteile sind als Eigentum der Ortsgemeinden Rheinböllen und Ellern an den Bund unbefristet verpachtet. Das Depot liegt vollständig im Landschaftsschutzgebiet Soonwald und im „Naturpark Soonwald-Nahe“.

Dem Standort kommt aufgrund der besonderen Lage an den großräumigen Entwicklungsachsen A 61 und B 50 / Flughafen Frankfurt-Hahn eine besondere Bedeutung zu. Der Standort ist aufgrund der verkehrsgeografisch guten Lage für Gewerbe- und Logistik gut geeignet.



*Munitionsdepot, Lagerhalle*

Für die nicht baulich zu entwickelnden Teile der Liegenschaft ist eine Renaturierung vorgesehen. Die Flächen sollen für Freizeit- und Erholungszwecke bzw. als Ausgleichsfläche zur Verfügung gestellt werden. Interessant hierfür ist vor allem der eigentliche Bunkerteil, der ein hohes Entsiegelungspotential aufweist. Zur Rekultivierung sind die Verfüllung und Anböschung der Anlagen vorgesehen sowie die Behebung der Zerschneidung durch Straßen und Wege. Die Wälder im Depot sind als sehr naturnah einzustufen. Dort befinden sich unter anderem bis zu 200 Jahre alte Eichenbestände. Der Bundesforst hat bereits Interesse an den Waldflächen bekundet.

Ziel der Standortentwicklung ist eine für alle Beteiligten nachhaltige Perspektive. Dabei werden die Rahmenbedingungen und Entwicklungsbelange der angrenzenden Gewerbe- und Sondergebiete berücksichtigt. Seit 2011 arbeiten das Konversionsmanagement im zusammen mit den kommunalen Beteiligten und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, um konkrete Entwicklungsmöglichkeiten und Maßnahmen vorzuprüfen.

## **18. SAARBURG: FRANZÖSISCHE KASERNE UND STANDORTÜBUNGSPLATZ**

Der Abzug des französischen 16. Jägerbataillons aus Saarburg zur Jahresmitte 2010 hatte die Schließung dieses Militärstandortes zur Folge. Die Standortschließung, eine Maßnahme zur Einsparung von Personalkosten im Rahmen der „Révision Générale des Politiques Publiques (RGPP)“, bringt weitreichende strukturelle Veränderungen für die Region mit sich. Davon ist die Stadt Saarburg mit ihrer Funktion als Mittelzentrum vermutlich am stärksten betroffen.

Die Standortschließung betrifft innerhalb der Stadt Saarburg eine Fläche von rund 38 ha mit etwa 117 Bestandsgebäuden. Hinzu kommen im Außenbereich Saarburs 209 ha eines Standortübungsplatzes sowie ein Wohnquartier mit 7,5 ha und 34 Bestandsgebäuden in der Stadt Trier (Petrisberg). Darüber hinaus haben ca. 1.190 Soldaten aller Dienstgrade mit etwa 800 Angehörigen die Stadt Saarburg verlassen, insgesamt ist von einem Bevöl-

kerungsverlust in Höhe von etwa 25 % auszugehen. Infolgedessen wird ersten Schätzungen der Kommune zu Folge die regionalwirksame Kaufkraft um 4,6 Mio. € zurückgehen.

Ihre Hauptaufgabe sieht die Stadt Saarburg darin, den Konversionsprozess hin zu einer nachhaltigen zivilen Nutzung zu gestalten und auf die prognostizierte demografische Entwicklung angemessen zu reagieren. Um weiterhin Mittelzentrum zu bleiben, ist die Stadt auf konstante Bevölkerungsgewinne angewiesen, wodurch der Wohnfunktion eine besondere Bedeutung zukommt. Saarburg weist einen engen räumlichen und funktionalen Bezug zur Stadt/Region Trier und zu Luxemburg auf. Dem Grenzraum Trier-Luxemburg und dem Entwicklungsbereich Trier/Luxemburg wird gemäß Landesentwicklungsprogramm (LEP) IV langfristig die Entwicklung zu einer polyzentrischen und grenzüberschreitenden Metropole in der Großregion zugeschrieben. Darüber hinaus ist ein grenzübergreifendes Entwicklungskonzept Trier-Luxemburg geplant, um die Potentiale der deutsch-luxemburgischen Verflechtungsbeziehungen auszuschöpfen.

Die Planungsabsichten der Stadt Saarburg zielen darauf ab, die Konversionsflächen touristisch zu nutzen. Stadt und Land werden im ersten Halbjahr

2012 unter anderem dahingehende Nutzungsszenarien besprechen.

Für den Standortübungsplatz könnte zumindest teilweise eine Nutzung im Sinne des Nationalen Naturerbes in Frage kommen. Als Nationales Naturerbe werden in Deutschland Flächen bezeichnet, die seit dem Jahr 2000 als dauerhafte Naturschutzflächen gesichert werden. Dies geschieht durch entsprechende Übertragungen aus dem Eigentum der Bundesrepublik Deutschland in die Trägerschaft eines Bundeslandes, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) oder von Naturschutzverbänden.

## 19. SEMBACH: NATO-FLUGPLATZ

Der ehemals von den US-Streitkräften genutzte über 400 ha umfassende NATO-Flugplatz Sembach in der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn wurde im Jahre 1995 freigegeben. 1997 wurde in Anlehnung an das Modell Bitburg zwischen Bund, Land und den betroffenen Kommunen ein zwischenzeitlich verlängerter städtebaulicher Vertrag abgeschlossen, der die Erschließung als Gewerbepark in mehreren Schritten sicherstellt. Die Gesamterschließungskosten werden mit rund 23 Mio. € veranschlagt.



*Neue Werkhalle von Heger Ferrit*

Die Umsetzung des Vertrags erfolgt bedarfsorientiert in Abschnitten. 1998 wurde mit den ersten Baumaßnahmen begonnen. In mehreren Bauabschnitten konnten die Wasserversorgung, der Schmutz- und Regenwasserkanalisation, die Stromversorgung und Telekommunikationseinrichtungen des Gebietes hergestellt werden. Ebenso wurde die Verkehrsinfrastruktur unter Einbindung der Vorhandenen so weit entwickelt, dass alle Grundstücke des Gewerbeparks erschlossen sind.

Voraussetzung für die erfolgreiche Errichtung des Gewerbeparks war neben der inneren Erschließung die optimale Anbindung des Geländes an das Fernstraßennetz. Im Rahmen dieser Verkehrsanbindung wurde die auf dem Gelände befindliche Flugplatzstraße parallel zum Flugplatz als Haupteinbindungsstraße saniert. Weiterhin wurde die Anbindung über die B 40 an die A 63 ausgebaut, sowie eine Verbindungsspanne von der damaligen Flugplatzzufahrt südöstlich der Ortslage Sembach bis zur Einmündung der Heuberg-Zufahrt auf die jetzige L 393 geplant. Dadurch ergibt sich eine durchgehende Ortsumgehung von Sembach im Zuge der L 393 mit gleichzeitiger Erschließungsfunktion des überörtlich bedeutsamen Gewerbe- und Industriegebietes auf dem Flugplatz Sembach.

Die komplette Entsiegelung der Landebahn war als landespflegerische Ausgleichsmaßnahme für den Ausbau der A 63 Bestandteil der Planfeststellung. Auf Teilflächen im Randbereich wurde ab 2005 eine großflächige Photovoltaikanlage (6 MW) errichtet. Im östlichen Teilbereich des Flugplatzgeländes sind von insgesamt 226 ha mittlerweile etwa 104 ha für eine gewerbliche Folgenutzung vorbereitet bzw. bereits dieser zum überwiegenden Teil zugeführt. Die Schwerpunkte der angesiedelten Unternehmen liegen in den Bereichen Industrie, Produktion, Logistik und Recycling.

Der Entwicklungsbereich West mit etwa 180 ha steht als attraktiver Eingangsbereich des Gewerbeparks noch zur Entwicklung zur Verfügung. Hier sollen zukünftig bedarfsgerecht Erschließungen im Falle größerer Ansiedlungsvorhaben erfolgen.

## 20. SPEYER: QUARTIER NORMAND

Die Stadt Speyer war bereits in der Vergangenheit auf vielfältige Weise von der Konversion betroffen. Schon Anfang der 90er Jahre wurde das 17 ha große Gelände der ehemaligen Kaserne „Martin“ nach Abzug der französischen Streitkräfte im Jahre 1985 und einer Zwischennutzung durch den Bundesgrenzschutz einer zivilen Nutzung zugeführt. Die dort entstandenen Einrichtungen des Technik-Museums mit IMAX-Kino sowie eines Hotels haben sich zu einem weiteren touristischen Anziehungspunkt für Speyer entwickelt.

Das Gelände „Lyautey“ der ehemaligen französischen Panzerwerkstatt an der Iggelheimer Straße mit knapp 14 ha wurde an die Heberger-Tochter HRC übertragen, die dort einen Baumarkt, ein Fitness-Center und ein Dienstleistungszentrum realisiert hat.

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWO übernahm die französische Wohnsiedlung „Cité de France“ mit 202 Wohneinheiten, von denen ein Teil verkauft, die überwiegende Anzahl saniert wurde. Zum besonderen Vorzeigeprojekt entwickelte sich die ehemalige Kaserne „Normand“, nicht zuletzt wegen der beispielhaften Umsetzung des regenerativen Energiekonzepts.

Die Flächen der ehemaligen französischen „Kaserne Normand“ in Innenstadtlage weisen ein Entwicklungspotenzial von ca. 10 ha auf und wurden bereits 1997 durch die französischen Streitkräfte als ehemaligem Nutzer freigegeben. Die Stadt Speyer hat die Kaserne 1998 vom Bund erworben und entwickelt sie auf der planungsrechtlichen Grundlage einer städtebaulichen Sanierungsmaßnahme.

Neben der unterstützenden Funktion der städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Planungs- und Umsetzungsfragen konnten bereits frühzeitig Investoren für die Modernisierung der denkmalgeschützten Gebäude und für die Entwicklung der ehemaligen Exerzierflächen zu Wohn- und Gewerbeflächen gefunden werden. Entwicklungsziel ist eine Mischnutzung mit den Bereichen Wohnen, Gemeinbedarfseinrichtungen, Gewerbe, Dienstleistung und Handel.

Im Zusammenhang mit den städtebaulichen Planungen wurde auch ein regeneratives Energiekonzept erarbeitet, das mit EU-Mitteln gefördert wurde. Grundlage ist die Nutzung der Nahwärme auf Basis von Biomasse (Holzhackschnitzelheizung) und solarer Energie (Thermie), die Einhaltung des Niedrigstenergiestandards bei Neubauten sowie die energetische Sanierung der Altbauten.

Das ehemalige Kasernenareal ist geprägt durch eine denkmalgeschützte Anlage mit Gebäuden aus dem Jahre 1888, die den äußeren Rahmen der Bebauung bildet. Die vorliegende Planung sieht für diesen historischen Kernbereich einen modernen Stadtviellentyp in einer parkähnlichen Landschaft vor. Der ehemalige Exerzierplatz soll zu einem grünen Quartiersplatz umgestaltet werden. Zur Sicherung der städtebaulichen Qualität wurde für den Neubaubereich ein städtebaulicher Wettbewerb „Wohnen im Quartier Normand Speyer“ durchgeführt. Die vier bestehenden denkmalwürdigen Kasernengebäude, mit einer Gesamtfläche von ca. 8.500 m<sup>2</sup> sind durch die Firma Osika GmbH umfassend energetisch und unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten saniert und bereits größtenteils neuen Nutzungen für Wohnen, Gesundheitsdienstleistungen und Arztpraxen zugeführt. Diese sanierten Bestandsgebäude wurden bereits in vorbildlicher Weise als „Best-Practice-Projekte“ der Energieagentur Speyer-Neustadt/Südpfalz saniert. Unter anderem konnte dieser Beitrag hochwertiger energetischer Bauweise im Bestand durch den Investor anlässlich der europäischen Konferenz in Warschau für nachhaltiges Bauen SB04 vorgestellt werden und wurde vom Komitee der Regionalkonferenz für Zentral- u. Osteuropa sowie dem Komitee der Weltkonferenz SB05 mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Neben der Wohnnutzung stehen Flächenangebote der sozialen Infrastruktur zur Verfügung.

Ein Alten- und Pflegeheim der Evangelischen Diakonissenanstalt, das Haus der Vereine und das Haus der Jugendförderung als städtische Gemeinbedarfseinrichtungen wurden in bestehenden Gebäudebereichen saniert und modernisiert. Ein Neubau der Lebenshilfe in hochwertiger energiesparender Bauweise beherbergt nunmehr 10 Wohngruppen behinderter Menschen und dient als Tagesförderstätte mit 1.300 m<sup>2</sup> Nutzfläche für ca. 30 Seniorinnen und Senioren sowie Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

Zur Versorgung des neuen städtischen Wohngebietes konnte ein Lebensmittelmarkt im Bereich der Zufahrt der B 39 angesiedelt werden. Dieser deckt nicht nur den Bedarf des Gebietes, sondern trägt auch darüber hinaus indirekt dazu bei, die Verzahnung des ehemals abgeschlossenen Kasernenbereiches in das städtische Gefüge zu verstärken. Bisher konnten im Quartier direkt ca. 140 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aufgrund der anstehenden Bundeswehrstrukturreform wird das Thema Konversion für die Stadt Speyer auch in Zukunft eine große stadtentwicklungspolitische Herausforderung darstellen. Voraussichtlich werden in den nächsten Jahren durch die Bundeswehr vier Einzelstandorte mit einer Fläche von insgesamt 101 ha freigegeben.

## **21. TRABEN-TRARBACH: AMT FÜR GEO-INFORMATIONSWESEN DER BUNDESWEHR**

Nach der Entscheidung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) vom 10. April 2004 soll das Amt für Geoinformationswesen der Bundeswehr (AGeoBw) in Traben-Trarbach geschlossen werden. Personal und Einrichtungsgegenstände werden aus militärisch-funktionalen und betriebswirtschaftlichen Gründen mit der Dienststelle in Euskirchen zusammengeführt. Dadurch fallen 373 überwiegend hochqualifizierte Dienstposten sowie 20 Stellen des Küchen- und Wachpersonals weg. Bereits seit 2001 wird das Personal sukzessive nach Euskirchen versetzt. Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Beschäftigten – ggf. mit Familie – den Wohnsitz nach Euskirchen verlagert. Durch die Standortschließung werden schätzungsweise die regionalwirksame Nachfrage um 2,5 Mio. € zurückgehen und 20 indirekte Arbeitsplätze wegfallen. Die endgültige Schließung des Amtes wird voraussichtlich zum Jahresende 2012 erfolgen.

Die Hauptliegenschaft des AGeoBw in Traben-Trarbach befindet sich oberhalb der Stadt auf dem sogenannten Mont Royal. Sie umfasst rund 15,2 ha und grenzt an ein bestehendes Gewerbegebiet. Auf dem Konversionsgelände befinden sich acht einzelne Gebäude mit rund 14.500 m<sup>2</sup> Nutzfläche. Eine besondere Immobilie bildet ein autarker Schutzbau mit fünf Stockwerken.



Eine zweite Bundeswehrliegenschaft ist die Wildsteinkaserne im Stadtteil Bad Wildstein mit insgesamt 5,3 ha Fläche. Davon wurden im Rahmen der Zusammenlegung des AGeoBw bereits 1997 4,3 ha aufgegeben, die sich seit März 2002 in Privatbesitz befinden. Das restliche Areal wurde 2006 aufgegeben und ist seit 2008 in Privatbesitz.

Gemeinsam mit der örtlichen Projektgruppe der Verbandsgemeinde Traben-Trarbach (VG) haben die Vertreter der Konversionsressorts der Landesregierung konversionsrelevante Handlungsansätze für das Gebiet der VG erarbeitet. Sie beziehen sich schwerpunktmäßig auf die Raumkonversion, um frühzeitig, d. h. noch vor der eigentlichen Schließung, reagieren zu können. Die – empfohlenen – konversionsrelevanten Handlungsansätze sind:

- Positionierung als hochwertiger Wohnort für Beschäftigte des Flughafens Frankfurt-Hahn inkl. Umfeld,
- Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die bestehenden Gewerbegebiete,
- Verbesserung des touristischen Angebots und langfristige Qualitätssicherung,
- Prüfung geeigneter Optionen für die zukünftige Nutzung der beiden Liegenschaften und
- Sicherung der Kohärenz potenzieller Maßnahmen.

Darüber hinaus hat die örtliche Projektgruppe folgende weitere Maßnahmen vorgeschlagen:

- Stärkung des Dienstleistungsgewerbes,
- Nutzung der vorhandenen Thermalquellen im Bereich der Geothermie sowie des vorhandenen Potenzials im Bereich Wasserkraft sowie
- Stärkung und Sicherung der Funktionsfähigkeit von Traben-Trarbach als Mittelzentrum.

Zur Sicherung der Kohärenz der Empfehlungen wurden zwischen Land und Kommune folgende erste Maßnahmen vereinbart:

1. Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzepts für Traben-Trarbach und
2. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für die VG Traben-Trarbach.

Diese beiden Konzepte sind zwischenzeitlich ausgearbeitet und können bei der Verbandsgemeindeverwaltung Traben-Trarbach in elektronischer Form angefordert werden.

## 22. TRIER: PETRISBERG

Den Truppenabzug der französischen Garnison Anfang der 90er Jahre und dessen wirtschaftliche Folgen hat die Stadt Trier gut verkraftet. Der Zuzug an Wohnraum und freien Flächen war für die städtische Entwicklung durchaus positiv.

Nach der Freigabe im Jahr 1999 wird seit 2002 auf einem ehemaligen Kasernengelände ein neues Stadtquartier mit Wissenschaftspark, Freizeiteinrichtungen und Wohngebieten geschaffen. Als Impulsgeber für die Entwicklung diente in der Anfangsphase die auf dem Gelände durchgeführte Landesgartenschau 2004. Die Gesamtfläche des Areals auf dem Petrisberg in exponierter Lage oberhalb der Stadt Trier umfasst ca. 70 ha.

Eine von privaten Gesellschaftern und der Stadt Trier gegründete Entwicklungsgesellschaft (EGP GmbH – Gesellschaft für urbane Projektentwicklung) ist für die Umsetzung verantwortlich. Kernpunkt des Wissenschaftsparks sind die hochwertig und anspruchsvoll modernisierten Unterkünfte der ehemaligen Kaserne Belvédère. Auf 30.000 m<sup>2</sup> Büro-, Labor- und Klinikflächen, die von der EGP erstellt wurden, sind 175 Unternehmen aus den Branchen IT und Telekommunikation, Ingenieurdienstleistungen, Medien & Design, unternehmensnahe Dienstleistungen und Gesundheitswirtschaft ansässig.

Bislang konnten im Wissenschaftspark über 1.200 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Wohnbauflächen sind weitgehend vermarktet und größtenteils bebaut. Die durch einen Gestaltungsbeirat begleiteten Bauvorhaben haben aufgrund ihrer hohen qualitativen Standards überregional Anerkennung erfahren. Innovative Wohnkonzepte der EGP wurden von den privaten Nachfragern positiv aufgenommen und haben daher auch im Wohnbereich die schnelle Entwicklungsdynamik dieses Konversionsgeländes untermauert. Zudem entwickelte sich der Standort Petrisberg aufgrund der infrastrukturellen Investitionen in die Schaffung eines vielfältigen und anspruchsvoll gestalteten Landschaftsraums mit integrierten Spiel- und Sporteinrichtungen zu einem sehr beliebten Ausflugsziel.

Somit konnten die Konversionsziele in relativ kurzer Zeit bereits weitestgehend erreicht werden. Die weiterhin positive Entwicklung lässt sich insbesondere an den neu angesiedelten Unternehmen und dem Zuwachs an Arbeitsplätzen messen.

### **23. WESTERBURG: WÄLLER-KASERNE UND STANDORTÜBUNGSPLATZ**

Der Standort Westerburg mit der „Wäller-Kaserne“ (39,4 ha) und dem Standortübungsplatz (232 ha) wurde Ende 2006 von der Bundeswehr geräumt, am 31.12.2007 wurde die Kaserne endgültig geschlossen. Betroffen waren insgesamt etwa 670 Dienstposten. Damit sind damit rund. 10 Mio. € Bruttowertschöpfung pro Jahr sowie etwa 330 Vollzeit Arbeitsplätze entfallen.

Die in Auftrag gegebene Masterplanung wurde am 30. März 2010 in Westerburg offiziell vorgestellt und brachte als zentrales Ergebnis die Entwicklung eines Gewerbebereichs und eines Ausbildungs- und Dienstleistungsbereichs unter weitgehender Verwendung der bestehenden Gebäude und Infrastruktur. Im Herbst 2010 erfolgte die grundsätzliche Abstimmung zwischen der Stadt Westerburg, der Privatentwicklerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und dem Land wegen Bereitschaft der Liegenschaftsentwicklung der „Wäller-Kaserne“ im Privatinvestorenmodell. Bei der Privatentwicklerin handelt es sich um eine Interessengemeinschaft, bestehend aus der Trierer Wohnungs- und Gewerbebau GmbH (Trier) und der Forschungs- und Informationsgesellschaft für Fach- und Rechtsfragen der Raum- und Umweltplanung mbH - FIRU (Kaiserslautern). Diese stellte ihr Rohkonzept im Februar 2011 dem Stadtrat vor und erhielt seine Zustimmung. Noch im ersten Halbjahr 2011 hat die zeitgleich gegründete Gesellschaft für Städtebau und Konversion mbH - GSK (Trier) den Kaufvertrag mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) notariell beurkundet.

Der inzwischen vorliegende Bebauungsplanentwurf „Wäller-Park“ sieht einen Nutzungsmix mit den Bereichen Gewerbegebiet, Mischgebiet, Sondergebiet

zur evtl. Nutzung im Sinne erneuerbarer Energien sowie einem allgemeinen Wohngebiet vor.

Westerburg wird täglich von rund 5.000 Schülern und Auszubildenden frequentiert und gilt damit als wichtiger Schul- bzw. Berufsbildungsstandort im Westerwald. Vor diesem Hintergrund planen die Kommunen, das Land Rheinland-Pfalz und die Eigentümer für die Konversion der „Wäller-Kaserne“ vor allem einen bildungsbezogenen Gewerbe- und Dienstleistungspark. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnten bereits einige Mietverträge abgeschlossen werden. So hat sich auch die Freie Montessori Schule Westerwald für die ehemals militärisch genutzte Liegenschaft entschieden. Der Bildungsträger einer Grundschule und einer Realschule Plus hat einen langjährigen Mietvertrag für eine etwa sieben ha große Liegenschaft mit entsprechenden Gebäuden unterzeichnet. Die Verwaltung hat den Betrieb bereits im Jahr 2011 auf der Konversionsliegenschaft aufgenommen, der Start des Schulbetriebes mit ca. 120 Schülerinnen und Schülern ist im Januar 2012 erfolgt.

Die GSK mbH hat einen Teilbereich von zirka 16 ha aus der früher als Standortübungsplatz genutzten Fläche angrenzend an die Kaserne erworben. Das Gesamtnutzungskonzept sieht hier ein Sondergebiet zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Photovoltaik und Windenergienutzung) vor.

Auf die bisherigen Verhandlungen aufbauend wird derzeit ein Fördermodell abgestimmt, das es erlaubt, umgehend in die grundlegende Liegenschaftsentwicklung einzusteigen, auf Teilflächen Unternehmensansiedlungen vorzunehmen und Bildungseinrichtungen zu etablieren. Der städtebauliche Vertrag zwischen der Stadt Westerburg, dem Land Rheinland-Pfalz sowie der GSK mbH soll im ersten Halbjahr 2012 abgeschlossen werden.

## 24. WORMS: PRINZ-CARL-ANLAGE, LIEBENAUER FELD UND DE-LA-POLICE-KASERNE

Die amerikanische Taukkunen-Kaserne nördlich des Stadtzentrums mit einer Fläche von ca. 7,2 ha wurde 1996 aufgegeben. Rund 3 ha der Bundesliegenschaft wurden von einem privaten Investor, ca. 2,4 ha von der Stadt Worms erworben, um neben der Anlage einer öffentlichen Grünfläche und der öffentlichen Erschließung zu gegebener Zeit eine städtische oder weitere private Nutzung zu verwirklichen. Angestrebt wurde eine Mischnutzung mit den Bereichen Kultur, Bildung, Technologie, Dienstleistung, Wohnen und soziale Einrichtungen. Die Entwicklung erfolgte über eine städtebauliche Sanierungsmaßnahme. Auf der Grundlage eines städtebaulichen Vertrags ist die Umnutzung zu einem Gewerbe- und Dienstleistungspark inzwischen vollzogen. Die historischen Gebäude wurden durchgreifend modernisiert und individuell für die künftige Nutzung hergerichtet. Alle Gebäude sind vermarktet und werden ausgesprochen vielseitig und unterschiedlich genutzt. Beispielhaft hierfür sind das Parkhotel Prinz-Carl, Bildungseinrichtungen wie das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e. V. (CJD) oder die IBLA Germany GmbH (International Business And Language Academy), das Reha-Zentrum Worms, das Kunsthaus mit 18 Künstlerateliers, der Internationale Bund (IB) sowie ein Ingenieurbüro (Hydroplan Ingenieur-Gesellschaft mbH). Insgesamt sind etwa 40 verschiedene Mieter in die Gebäude eingezogen und über 310 Arbeitsplätze geschaffen worden.

Gerade die Vielfalt der Nutzung macht den besonderen Reiz der Prinz-Carl-Anlage und den Erfolg der Konversionsmaßnahme aus. Die innere Verkehrserschließung ist erfolgt. Die noch ungenutzte städtische Freifläche soll zur Stärkung der privaten Investitionen beitragen.

### Liebenauer Feld

Die amerikanische Wohnsiedlung Thomas-Jefferson-Village mit einer Fläche von 14 ha wurde 1999 freigegeben. Die Anlage soll für öffentliche und für Wohnzwecke genutzt werden. Die Entwicklung erfolgt als städtebauliche Sanierungsmaßnahme.

Die Stadt Worms hat das Schulgelände im Zentrum der Liegenschaft gekauft, die Gebäude wurden 2000 mit Förderung aus dem Investitionsstock renoviert und die Westend-Grundschule dorthin verlagert. Das familienfreundliche Konzept rundet eine Kindertagesstätte mit 115 Plätzen ab, die nach 1,5 jähriger Bauzeit im Januar 2011 eröffnet wurde.

2002 hat die Liebenauer Feld GmbH, bestehend aus einem Osthofener Bauunternehmen und der Wohnungsbau GmbH Worms, das restliche Areal mit rund 330 Wohnungen vom Bund erworben. Diese Verbindung von privaten Investoren und Stadt sowie Land, die so genannte Private-Public-Partnership (PPP-Modell), machte es möglich, dass die Sanierung und Entwicklung des Gebietes rasch vorangebracht werden konnte. Vorgesehen ist die Schaffung eines allgemeinen Wohngebiets mit einem vielfältigen Wohnungsangebot von Mehrgeschosswohnungsbau in modernisierten Gebäuden und Neubauten über so genannte Stadthäuser bis hin zu Reihen- und Doppelhäusern. Im Bereich der Liebenauer Straße ist eine stärkere Mischung mit Gewerbe und Einzelhandel etc. geplant.

2005 wurde mit dem Bau der Lebenszyklushäuser und 2010 mit dem Bau der Energiesparhäuser „KfW-Effizienzhaus 70“ in Reihen- und Doppelhausform begonnen, die ein attraktives Angebot für verschiedene Wohnformen und Nutzergruppen bieten. Insgesamt wurden 26 Reihen- und Doppelhäuser gebaut und überwiegend bereits bezogen. Zudem konnte ein erheblicher Teil der bestehenden Wohngebäude erhalten werden. Etwa 190 ehemalige Militärwohnungen sind im Laufe der Jahre an selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer für Wohnzwecke veräußert worden. Bis 2011 wurden zwölf Gebäude mit insgesamt 164 Wohnungen mit einer Wohnfläche von rund 15.000 m<sup>2</sup> modernisiert. Davon wurden bereits 154 Wohnungen an Interessenten veräußert. Das seit 2005 bestehende Studierendenheim rundet das Wohnangebot ab.

In der Von-Steuben-Straße wurde 2006 ein Blockheizkraftwerk mit regenerativen Energieformen errichtet, welches 80 bis 90 Prozent des Energiebedarfs für ca. 2.000 Haushalte sowie für 8.000 m<sup>2</sup> Büro- und Ladenfläche der nächsten Umgebung deckt.

2011 wurde in der Liebenauer Straße ein Pflege- und Geschäftszentrum fertig gestellt. Das hier neu eröffnete Seniorenpflegeheim bietet rund 160 Plätze für alle Pflegestufen. Die attraktiven Außenanlagen und begrünten Dachterrassen als auch die Apotheke, der Supermarkt mit Bäckerei und die Sparkasse, die sich im selben Gebäude befinden, sind nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner des Heimes, sondern auch für die anderen Anwohner des Wohngebiets eine Bereicherung. Darüber hinaus saniert die Wohnungsbau GmbH Worms in einem ehemaligen Bestandsgebäude 16 Wohnungen, um ein generationsübergreifendes Wohnmodell zu realisieren. In einem anderen Bestandsgebäude wird 2012 von einem Privatinvestor mit dem Bau von Studierendenwohnungen begonnen.

Das Erschließungskonzept des Liebenauer Feldes baut auf dem vorhandenen Straßennetz auf, das aus vollständig erneuerungsbedürftigen Erschließungsanlagen bestand. Neben der in 2005 beendeten Neugestaltung der Von-Steuben-Straße sollen weitere neue Straßen und Wege das vorhandene Netz ergänzen. Der innere Bereich der Anlage soll zusätzlich durch großzügige Grünflächen ansprechend gestaltet werden. Dementsprechend wurde 2011/2012 die Bebelstraße verbreitert und durch Baumpflanzungen vervollständigt.

### **Fachhochschule Worms, De-La-Police-Kaserne**

Das Land hat zur Erweiterung der Fachhochschule Worms das Gelände und die Gebäude der ehemaligen De-La-Police-Kaserne im Jahre 1997 zu einem Preis von 1.076.000 € erworben. Im Zuge der Umbaumaßnahmen wurden das alte Verwaltungsgebäude und das ehemalige Lazarett so hergerichtet, dass in den beiden Altgebäuden eine Hauptnutzfläche von insgesamt 657 m<sup>2</sup> entstand. Auf dem gleichen Gelände entstand im März 2005 unter weitgehender Schonung des wertvollen Baubestandes der Neubau N mit 3.396 m<sup>2</sup> Labor-, Seminar- und Hörsaalflächen. Das Gebäude O mit 1.164 m<sup>2</sup> Forschungsflächen folgte in 2006 und konnte bis zum Ende des Jahres 2007 fertig gestellt werden.

Die Baumaßnahmen auf dem Konversionsgelände sind abgeschlossen. Nun folgt die Sanierung des vor-

handenen Baubestandes der Fachhochschule Worms auf dem Stammgelände. Die dortigen Gebäude A, B, C und D werden schrittweise saniert. Die errichteten Neubaufächen auf dem Konversionsgelände dienen insoweit zunächst als Ausweichflächen für Hochschuleinrichtungen. Die Gesamtkosten der Maßnahmen betragen einschließlich Ersteinrichtungskosten ca. 40 Mio. €. Durch die Fertigstellung der Bauvorhaben werden sich die Arbeitsbedingungen für die Studierenden und die Beschäftigten der Fachhochschule Worms weiter verbessern. Damit wird für die Zukunftssicherung dieses Standortes dessen Konkurrenzfähigkeit im zukünftigen Wettbewerb der Fachhochschulen gestärkt.

## **25. ZWEIBRÜCKEN: FLUGHAFEN UND VIER-SÄULEN-KONZEPT**

Der US-Luftwaffen-Stützpunkt Zweibrücken war das erste Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz. Hier begann der Abzug der amerikanischen Truppen 1990. Ende 1991 verließen die letzten Amerikaner und Zivilbeschäftigten den Flugplatz.

Zwischenzeitlich hat sich der Flughafen Zweibrücken nicht nur zu einer tragenden Säule, sondern zu einem Motor für die Wirtschaft der Region entwickelt. Während das Militär ehemals rund 350 zivile Arbeitskräfte beschäftigte, ist die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Flughafen Zweibrücken im Jahr 2011 auf über 2.700 gestiegen. Damit verdienen auf dem Flughafen heute fast achtmal so viele Menschen ihren Lebensunterhalt, wie dies in Zeiten der militärischen Nutzung der Fall war. Dies ist gerade in einer Region, in der die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im Dezember 2011 mit 6,9% deutlich über dem Landesdurchschnitt (Dez. 2011: 5,0%) liegt, von besonderer strukturpolitischer Bedeutung und besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass die Arbeitslosenzahl in der Stadt Zweibrücken nach dem Abzug der Amerikaner Anfang der 90iger Jahre auf über 20% angestiegen war.

Berücksichtigt man die mittelbaren Beschäftigungseffekte, so beträgt die Gesamtzahl der am Flughafen und in der Region entstandenen Arbeitsplätze rund 5.000. Dadurch ergeben sich jährlich rund 25



Mio. € allein an Steuerzuflüssen und ersparten Sozialkosten. Die jährliche Bruttowertschöpfung liegt bei über 300 Mio. €.

### Vier-Säulen-Konzept

In Zweibrücken ist das Vier-Säulen-Konzept aus Flugbetrieb, Style Outlet, Multimedia-Internet-Park und dem Freizeit- bzw. Tourismussektor aufgegangen und gilt zwischenzeitlich als Modellbeispiel für Konversion, bei dem ein ehemaliges Militärgelände über den zivilen Flugbetrieb hinaus in einer strukturschwachen Wirtschaftsregion als Gewerbestandort entwickelt wurde.

In der Säule Flugbetrieb verzeichnete der Flughafen 2011 rund 225.000 Passagiere. Der Flughafen Zweibrücken bietet – verstärkt in den Sommermonaten – Verbindungen in die Urlaubsziele rund um das Mittelmeer und seit Sommer 2011 zweimal wöchentlich nach Istanbul an. Seit dem 1. Mai 2011 wirbt ein TUI-Flugzeug mit dem Namen „Rheinland-Pfalz“ im gesamten Streckennetz der TUI für unser Land. Gleichzeitig hat TUI in Zweibrücken dauerhaft eine Boeing 737 stationiert. Dies sind Signale für die Bindung an den Standort und die positive Entwicklung im Charterbereich insgesamt,

die sich auch durch das erstmalige Engagement des Reiseveranstalters Thomas Cook/Neckermann in 2011 verstetigt haben.

Der Flughafen bietet eine flugbetriebliche Infrastruktur mit modernen und wettbewerbsfähigen Standards. Die Start- und Landebahn hat eine physische Länge von 3.250 m und eine Betriebsgenehmigung mit Nachtflugmöglichkeit. Sie ist mit Instrumentenanflug in beiden Richtungen ausgestattet und besitzt umfangreiche Vorfeld- und Abfertigungsflächen für den Passagier- und Frachtverkehr. Das Terminal ist 2007/2008 umgebaut worden und verfügt über eine jährliche Kapazität von rund 500.000 Passagieren. Um eine schnelle und sichere Betriebsabwicklung nachhaltig zu gewährleisten, wurde 2009 die Start- und Landebahn umfassend saniert und eine Mittellinienbefehuerung sowie eine neue Anflugbefehuerung eingebaut, um auch bei schlechtem Wetter Präzisionsanflüge zu ermöglichen.

Mit Datum vom 22. Januar 2010 wurde Flughafen Zweibrücken von der Luftfahrtbehörde zum Verkehrsflughafen heraufgestuft. Dieser Schritt war eine konsequente Anpassung an den zwischenzeitlich erreichten Status im Flugbetrieb.

## Flughafenkooperation Zweibrücken-Saarbrücken

Zwischenzeitlich haben Rheinland-Pfalz und das Saarland Verhandlungen über eine Kooperation der beiden Flughäfen Zweibrücken und Saarbrücken aufgenommen, um die Attraktivität der Gesamtregion zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit durch einen starken Verbund bei der Akquise von Fluggesellschaften zu stärken und zugleich Betriebs- und Investitionskosten einzusparen.

## Multimedia Internet Park

Neben dem Flugbetrieb ist auch der M.I.P. (Multimedia Internet Park) ein Bestandteil des Vier-Säulen-Konversionskonzepts, für das die ehemals von den amerikanischen Streitkräften genutzte Schule und die Sporthalle mit den vorhandenen Verbindungsbauten umgebaut wurden. Ziel des Projektes ist die Ansiedlung von Existenzgründerinnen und -gründern sowie jungen Unternehmen aus dem Multimedia- und Internetbereich, die durch besondere Förder-, Marketing- und Dienstleistungskonzepte beim Aufbau und bei der Entwicklung ihres Geschäfts aktiv begleitet werden. Die ersten Firmen hatten sich bereits Anfang 1998 angesiedelt. Im M.I.P. waren Ende 2011 über 500 Menschen beschäftigt.

## Designer Outlet

Die dritte Säule, das Designer Outlet „The Style Outlets“ am Eingang des Flughafens, ist zu einem enormen Wirtschaftsfaktor in der Südwestpfalz geworden. Seit der Eröffnung des vierten Bauabschnitts 2011 sind in dem mit 130 Geschäften größten und einzigen deutschen Outletcenter mit Flughafenanschluss annähernd 1.000 Arbeitsplätze entstanden.

Das Outlet hat sich aber nicht nur zu einem Beschäftigungs-, sondern auch zu einem Tourismusmagneten entwickelt und bringt Kaufkraft in die Region. Der neue Eigentümer, die spanische NEINVER-Gruppe konnte die Besucherzahlen auf nunmehr rund 3,3 Mio. (plus 25 %) steigern. Seit der Eröffnung im Jahr 2001 zog das Outlet über 19 Mio. Besucherinnen und Besucher in die Region. Nach Untersuchungen kommen 60 % der Kundinnen und Kunden nicht aus Rheinland-Pfalz, zwei von drei reisen aus mehr als 50 km Entfernung an. Um dieses Besucherpotential auch für die Region noch stärker zu nutzen, wird über die eigens eingerichtete Tourist-Info im Zentrum des Outlets für die Region und die Zweibrücker Innenstadt geworben.



Flugzeugtaufe



*Terminal Zweibrücken*

### **„World of fun“**

Auch die eng mit dem Outlet verbundene Säule Freizeit/Tourismus entwickelt sich zunehmend. Mit der Eröffnung des Familien-Freizeit-Parks „World of fun“ Mitte 2010 mit einem Investitionsvolumen von rund 6 Mio. €, der die vorhandene Eissporthalle um eine Bowlingbahn, einen großen Kinderspielpark, eine Blacklight-Indoor-Minigolfanlage sowie eine neue Erlebnisgastronomie ergänzt, wurde auch der Bereich Freizeit/Tourismus deutlich aufgewertet.

### **Erschließung neuer Industrie- und Gewerbeflächen**

Der Zweckverband Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken (ZEF) hat zwischenzeitlich auf dem „Areal Steitzhof und Umfeld“ in unmittelbarer Nähe zum Flugplatz Zweibrücken größere zusammenhängende Industrie- und Gewerbeflächen ausgewiesen. 2010 siedelte sich mit der Verope AG das erste Unternehmen an und errichtete ein Service-, Entwicklungs- und Logistikzentrum zur Konfektionierung von Krankomponenten. Im Umfeld des Outlets wird u.a. die Firma Viessmann, einer der führenden Hersteller von Heizungsanlagen in Deutschland, ein Zentrum für Schulung, Verkauf und ein Schnell-Ersatzteillager ansiedeln. Zudem ist nördlich der Anschlussstelle Contwig an der A 8 mit der „Trupacher Höhe“ ein neues Gewerbegebiet mit einem Autohof in Planung.

## AUSBLICK: NEUAUSRICHTUNG DER BUNDESWEHR – DIE KONVERSIONSAUFGABE DER KOMMENDEN JAHRE

Der Konversionsbericht 2010/2011 macht deutlich, dass die Nachnutzung ehemaliger militärischer Liegenschaften und die Bewältigung der abzugsbedingten Folgen in Rheinland-Pfalz wichtige Themen der Regional- und Kommunalentwicklung bleiben werden. In den zurückliegenden Jahren konnten positive Entwicklungen an zahlreichen Orten angestoßen oder verstetigt werden. Die Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform 2011 wird unser Land in den nächsten Jahren vor neue Herausforderungen in der Konversion stellen.

Aufgrund der Standortentscheidungen des Bundesverteidigungsministeriums im Zuge der Neuausrichtung der Bundeswehr vom 26. Oktober 2011 werden in Rheinland-Pfalz die Standorte Bad Neuenahr-Ahrweiler, Birkenfeld, Daaden/Emmerzhausen, Kusel und Speyer geschlossen. Darüber hinaus wird die Personalstärke an den Standorten Diez, Lahnstein, Mainz, Rennerod und Zweibrücken massiv reduziert. Außerdem steht die schon im Jahr 2004 beschlossene Schließung der Standorte Peterswald-Löffelscheid und Traben-Trarbach noch bevor. Die Umsetzung dieser Reform wird über einen Zeitraum von mehreren Jahren erfolgen.

Zwar wird Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich nicht unverhältnismäßig schwer von der Strukturreform betroffen sein, dennoch ist der Verlust von insgesamt rund 8.000 Dienstposten für das Land gravierend. Für die von den Schließungen sowie von signifikanten Reduzierungen betroffenen Standortgemeinden sind damit tiefgreifende Einschnitte in ökonomischer und sozialer Hinsicht verbunden.

Auch wenn die eigentlichen Flächenfreigaben erst in den kommenden Jahren erfolgen werden, zeigen die Erfahrungen der zurückliegenden Jahre, dass für einen erfolgreichen Konversionsverlauf eine frühzeitige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten wichtig ist. So hat die Landesregierung bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe erster Details der Bundeswehrstrukturreform interessierte Kommunen zu einem ersten Informations- und Erfahrungsaustausch eingeladen.

Zudem bietet das Land über die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz ein kostenloses Angebot zur Erstberatung für die Kommunen an, die von der Bundeswehrstrukturreform betroffen sind. Hierbei sollen notwendige Planungsgrundlagen erarbeitet und erste Entwicklungsperspektiven diskutiert werden. Ziel ist es, frühzeitig wirtschaftlich tragfähige Nutzungsüberlegungen zu entwickeln, auf die weitere Maßnahmen aufbauen können.

Auslöser der Konversionsproblematik ist die Schließung von Einrichtungen des Bundes. Deshalb sollte sich auch der Bund an dieser *Gemeinschaftsaufgabe* Konversion beteiligen, um eine positive Entwicklung an den von Schließungen betroffenen Standorten anzustoßen. Die Landesregierung hat dies bereits nachdrücklich eingefordert.

Insgesamt wird der Fokus der Konversion nicht nur auf militärische Liegenschaften beschränkt sein. Die Nachnutzung von Bahnhöfen und Bahntrassen, Einrichtungen der Post, Telekom und von weiteren Liegenschaften, die aus ökonomischer Erwägungen verlagert, aufgegeben oder geschlossen werden, ist ebenfalls eine solche Konversionsaufgabe anzusehen. Gleich welche Einrichtung und damit Immobilie oder Fläche ihre bisherige Nutzung verliert, stehen die Verantwortlichen vor Ort in Partnerschaft mit dem Land vor der Herausforderung, eine sozial sinnvolle, ökonomisch tragfähige und ökologisch verantwortbare Nachnutzung zu organisieren.

Gemeinsam können Kommunen, Land und Bund auch in den kommenden Jahren die Herausforderungen der Konversion konzentriert und engagiert angehen. Neue gesellschaftliche Entwicklungen, wie die Auswirkungen des demografischen Wandels, aber auch die finanziellen Restriktionen der öffentlichen Hand müssen hierbei stärkere Beachtung finden. Neben kreativen Lösungen etwa im Bereich Wohnen und Gewerbe sind auch neue Themen, wie beispielsweise die Nutzung von Freiflächen für die Gewinnung erneuerbarer Energien (siehe Punkt IV.3.) von großem Interesse.



# II. BESCHÄFTIGUNGS- KONVERSION



Die Beschäftigungskonversion im Rahmen der Konversionspolitik des Landes Rheinland-Pfalz stellt seit mittlerweile mehr als 20 Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Seit 1990 verloren in Rheinland-Pfalz knapp 35.000 Zivilbeschäftigte bei den Streitkräften ihre Arbeitsplätze und nahmen das Angebot einer individuellen Beratung und Unterstützung in Anspruch. Die Chancen eines Beschäftigtentransfers vom militärischen Sektor auf den zivilen Arbeitsmarkt werden durch diese besonderen Hilfsprogramme deutlich verbessert. Daher erfahren die vielfältigen Angebote seitens der Betroffenen eine große Wertschätzung.

Vor dem Hintergrund sich kontinuierlich ändernder nationaler und internationaler Rahmenbedingungen und der unter anderem daraus resultierenden Neuausrichtung der Bundeswehr und der Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa war die Beschäftigungskonversion auch im Berichtszeitraum 2010/2011 von besonderer Bedeutung. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass die aktuell angestoßenen Umstrukturierungen und Veränderungsprozesse innerhalb des Militärs voraussichtlich bis 2017 abgeschlossen sein werden.

### **Neuausrichtung der Bundeswehr**

Im Berichtszeitraum 2010/2011 hat die Reform der Bundeswehr weiter an Kontur gewonnen. Mit dem neuen Stationierungskonzept von Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière vom Oktober 2011 wurden die Eckdaten für die nächsten Jahre festgelegt.

Von großer Tragweite war auch die Aussetzung der Wehrpflicht nach 55 Jahren zum 1. Juli 2011, die durch einen freiwilligen Wehrdienst ersetzt wurde. Dies hatte insbesondere Auswirkungen auf die Arbeit der Kreiswehersatzämter bzw. Musterungszentren, bei denen somit ein Großteil der Aufgaben wegfiel. Die betroffenen Beschäftigten wurden vorübergehend mit anderen Aufgaben betraut oder umgesetzt. Es steht aber schon jetzt fest, dass die Ergebnisse der Feinausplanung zu einer Reduzierung von Dienstposten in diesem Bereich führen werden. Besonders wichtig und wertvoll für die Beschäftigten der Bundeswehr war und ist die Verlängerung des Tarifvertrages über sozialverträgliche Begleit-

maßnahmen im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Bundeswehr (TV UmBw) bis zum 31. Dezember 2017. Hierbei ist insbesondere die Tatsache wesentlich, dass betriebsbedingte Kündigungen weiterhin ausgeschlossen sind.

Generell bleibt die Situation bei der Bundeswehr von großer Unsicherheit geprägt. Die berufliche Perspektive vieler Beschäftigter ist noch offen, weil erst mit dem Ergebnis der Feinausplanung klar sein wird, welcher Dienstposten mit welcher Aufgabe erhalten bleibt und wo dieser angesiedelt sein wird.

### **Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa**

Neben den einschneidenden Reformprozessen der Bundeswehr rückte im Berichtszeitraum 2010/2011 auch die Neuordnung der US-Streitkräfte in Europa auf die Agenda. Neben militärisch begründeten Veränderungen, den sogenannten „Reduction in Force“-Maßnahmen, spielen haushaltspolitische Gründe eine immer größere Rolle. So hat die US-Regierung zu Beginn des Jahres 2011 beschlossen, dass beim Militärhaushalt bis 2015 etwa 500 Milliarden Dollar eingespart werden müssen. Vor diesem Hintergrund ist mit deutlichen Veränderungen und absehbar massiven Einschnitten – auch in Rheinland-Pfalz – in den nächsten Jahren zu rechnen.

Bereits seit dem Jahr 2008 hat sich die Zahl der zivilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften bundesweit um rund 1.500 verringert. Auch wenn Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den Bundesländern Bayern, Hessen und Baden-Württemberg noch recht „glimpflich davongekommen“ ist, sind auch hier die Auswirkungen deutlich zu spüren.

Allerdings gelten die US-Standorte Kaiserslautern, Landstuhl und Ramstein grundsätzlich als langfristig gesichert, und es werden sogar Einheiten bzw. Funktionen aus anderen Ländern in die Westpfalz verlegt. So wurde im Berichtszeitraum beispielsweise die Personaldirektion der US Army in Europa von Mannheim nach Kaiserslautern verlegt. Auch wurde der Neubau des US-Hospitals Landstuhl in der Nähe der Air Base Ramstein beschlossen. Wie sich die Sparvorgaben für den Personaletat

konkret auswirken und ob und wann Aufgabenbereiche verkleinert oder in die USA verlegt werden, ist noch nicht endgültig absehbar.

Deutlich ist, dass es bei der US Army am Standort Baumholder durch den Abzug der 170. Infanteriebri-gade im Oktober 2012 zu Veränderungen kommen wird. Der Standort soll jedoch erhalten bleiben, und Logistikeinheiten von anderen Standorten dort stationiert werden.

Das Theater Logistic Support Center – Europe (TLSC-E - Instandsetzungseinheit) in Kaiserslautern hat durch einen starken innermilitärischen Auf-tragsrückgang mit Kürzungen zu kämpfen. Bereits 2011 wurde eine Reihe von Verträgen mit befristet Beschäftigten nicht wie gewohnt verlängert. Wei-tere 90 Befristungen laufen im Herbst 2012 aus. Darüber hinaus werden die zum TLSC-E gehörenden Wartungseinheiten in Mannheim (MAM) und Pirmasens (MAP) 2012/2013 aufgelöst. Betroffen hiervon sind ca. 250 Zivilbeschäftigte.

Die Schließung der US-Standorte Mannheim und Heidelberg ging im Berichtszeitraum bereits in die Umsetzungsphase. Die ersten 200 Kündigungen wurden ausgesprochen und weitere werden folgen. Dies wird insgesamt über 1.700 Zivilbeschäftigte betreffen. Etwa ein Viertel der Betroffenen kommt aus Rheinland-Pfalz und wohnt dort auch nach wie vor.

Um den beschriebenen Herausforderungen zu be-gegen und eine professionelle Unterstützung und Beratung der vom Abbau bedrohten oder betroffe-nen Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr und den amerikanischen Streitkräften anzubieten, setzte die Landesregierung auf das bewährte Maßnahmen-paket der Beschäftigungskonversion. Dabei blieb die Zielsetzung des Dienstleistungspaketes in der Beschäftigungskonversion im Berichtszeitraum ein-schließlich aller begleitenden und organisatorischen Aufgaben mit direkt wie indirekt beteiligten Institu-tionen, Organisationen und Gremien unverändert:

- Sicherung bestehender ziviler Arbeitsplätze im militärischen Bereich,
- Eröffnung neuer beruflicher Perspektiven für die zivilen Beschäftigten der Streitkräfte,
- Ausbau und Nutzbarmachung der Kenntnisse

und Fähigkeiten der Zivilbeschäftigten für Tätig-keiten im nicht-militärischen Sektor,

- Schaffung neuer vom Militär unabhängiger Arbeitsplätze.

Die Unterstützungsleistungen wurden durch ein von der Landesregierung beauftragtes Beratungs-unternehmen in vier Regionalbüros mit Sitz in Ober-Hilbersheim (RLP Nord), Baumholder (RLP West), Kaiserslautern (RLP Süd-West) und Mann-heim (RLP Mitte-Süd) erbracht. Mit dieser Struktur kann gewährleistet werden, dass landesweit alle militärischen Liegenschaften im regionalen Kontext zugeordnet werden können und es für Ratsuchende feste, akzeptierte und wichtige Anlaufpunkte im Konversionsprozess in Rheinland-Pfalz gibt. Zudem wurden weitere Bausteine des Maßnahmenpakets durch Projektträger u.a. an den Standorten Mainz, Koblenz, Kaiserslautern und Spangdahlem erbracht.

Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Maß-nahmen sind in folgende Aufgabenfelder gegliedert:

- Fortführung des bewährten Maßnahmenpake-tes für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbeschäftigte,
- Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt und der Effektivität der Arbeits-plätze,
- Wirtschaftsnahe, zielgerichtete Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Konversionsregionen.

### **1. Fortführung des bewährten Maßnahmen-paketes für von Kündigung betroffene oder bedrohte Zivilbeschäftigte**

Die zentrale Aufgabe der Beschäftigungskonversion besteht darin, die Chancen der unmittelbar und mittelbar vom Truppenabbau betroffenen Arbeit-nehmerinnen und Arbeitnehmer der US-Streitkräfte und der Bundeswehr zur Eingliederung in den zivilen Arbeitsmarkt zu verbessern. Auch in den beiden Jahren 2010 und 2011 wurden die ganz speziell für diesen Personenkreis entwickelten Konzepte erfolg-reich und bewährt umgesetzt.

Im Berichtszeitraum 2010/2011 nahmen 429 Beschäftigte das Beratungsangebot erstmals in

Anspruch. Mehreren Tausend Beschäftigten wurde das Angebot auf Personal- und Informationsveranstaltungen vorgestellt. Des Weiteren fanden vier Gruppenschulungen mit durchschnittlich 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu zielgruppenspezifischen Themen statt. Landesweit wurden insgesamt über 8.000 Beratungen durchgeführt. Setzt man diese Zahlen in Relation zum zur Verfügung stehenden Beratungsvolumen, so bedeutet das eine Steigerung der Nachfrage um knapp 10 % im Vergleich zu den Jahren 2008/2009. Durch aktive Arbeitsvermittlung und probeweise Beschäftigung konnte etwa 100 Beschäftigten eine neue berufliche Perspektive innerhalb des militärischen Arbeitgebers, auf dem regionalen privaten Arbeitsmarkt oder im öffentlichen Dienst vermittelt werden.

Als wesentlicher Baustein des Maßnahmenpaketes sind abermals die landesgeförderten Qualifizierungsprogramme zu nennen. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen ganz gezielt auf berufliche Weiterbildung und eine Aktualisierung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten. So werden unterschiedlichste Maßnahmen absolviert, um sich sowohl auf bestehende als auch auf absehbare zukünftige Veränderungen innerhalb und außerhalb der Strukturen vorzubereiten.

## **2. Qualifizierungsprogramme für Zivilbeschäftigte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit am Arbeitsmarkt und der Effektivität der Arbeitsplätze**

Im Konversionszusammenhang wirkt die zielgerichtete Qualifizierung von Zivilbeschäftigten in mehrere Richtungen:

- Die möglichen Beschäftigungsfelder der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der US-Streitkräfte werden erweitert. Die Arbeitsplatzsicherheit wird durch die Flexibilisierung der Einsatzmöglichkeiten besonders bei den laufenden Umstrukturierungsprozessen gestärkt.
- Art und Umfang der zukünftigen Stationierung von US-Streitkräften lassen sich mittel- und langfristig kaum absehen, und eine weitere Reduzierung der zivilen Belegschaften ist durchaus möglich. Durch die Qualifizierung von Zivilbeschäftigten werden deren berufliche

Kenntnisse und Fertigkeiten den Anforderungen des deutschen Systems angeglichen. Auf diese Weise wird die Wettbewerbsfähigkeit von Zivilbeschäftigten am Arbeitsmarkt gesteigert.

- Die Arbeitsqualität und -effektivität innerhalb der jeweiligen Aufgabenbereiche werden erhöht. Dies stellt wiederum ein wichtiges Entscheidungskriterium dar, wenn es darum geht, ob durch eine Privatisierung von Arbeitsbereichen die jeweiligen Dienstleistungen nicht günstiger eingekauft werden können. Hierdurch wären dann Teile der zivilen Belegschaft am Standort gefährdet. Durch eine Steigerung der Arbeitsqualität und -effektivität in Folge besserer Qualifizierung wird es wahrscheinlicher, dass die Entscheidungen letztlich zu Gunsten der internen Lösungen getroffen werden und die bestehenden Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Bereits seit 1997 wurde das Bildungsmanagement zur Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen mit Hilfe des Beratungsunternehmens eingerichtet, um so der besonderen Bedeutung beruflicher Qualifikation im Rahmen der Beschäftigungskonversion Rechnung zu tragen. Ziele sind hierbei die mittelfristige Arbeitsplatzsicherung und die Verbesserung der Vermittlungschancen am deutschen Arbeitsmarkt. Der Aufgabenbereich des Bildungsmanagements umfasst die Analyse des aktuellen Qualifikationsniveaus, die Planung und Initiierung passgenauer Qualifizierungen, die Suche geeigneter Bildungsmaßnahmen und Bildungsträger sowie das Finanzierungsmanagement.

Im Berichtszeitraum 2010/2011 wurde so 306 Beschäftigten der Erwerb von Zusatzqualifikationen und Berufsabschlüssen ermöglicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nahmen hierfür an über 367 - teilweise eigens für diesen Personenkreis initiierten - Qualifizierungsmaßnahmen teil (einzelne Personen absolvierten hierbei teilweise mehrere modulare Maßnahmen). Die Qualifizierungsmaßnahmen wurden durch den jeweiligen militärischen Arbeitgeber und/oder die Betroffenen selbst sowie durch die Bezuschussung aus Landesmitteln finanziert. Zu den vom Land Rheinland-Pfalz geförderten Unterstützungsleistungen der Beschäftigungs-

konversion gehörten natürlich auch in den Jahren 2010/2011 Qualifizierungsangebote nach dem Bildungsfreistellungsgesetz, die von einem Projektträger koordiniert und durchgeführt werden. In diesen Projekten geht es vorrangig darum, die generelle Weiterbildungsbereitschaft zu erhöhen, Orientierungswissen bezogen auf Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und Grundkenntnisse in wichtigen Bereichen (wie zum Beispiel in Bezug auf Informationstechnologien) zu vermitteln, um auf diese Weise die Arbeitsmarktchancen zu steigern und die Beschäftigungsfähigkeit der Personen zu verbessern. Darüber hinaus werden insbesondere auch Personalräte und Betriebsvertretungen professionell unterstützt, beraten und qualifiziert, um sie zu befähigen, die massiven Veränderungsprozesse kompetent zu begleiten.

2010 und 2011 stellten EDV-Seminare, Sprachkurse sowie Schulungen im gewerblich-technischen Bereich (unter anderem Berufskraftfahrerausbildungen und Führerscheine) die inhaltlichen Schwerpunkte der Kurse dar. Einer großen Zahl von Zivilbeschäftigten konnten auf diese Weise wichtige arbeitsmarktrelevante Grundkenntnisse vermittelt werden. Besonders die angebotenen EDV-Kurse haben positive Effekte auf die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmenden, da moderne Arbeitsplätze - sowohl bei Bundeswehr und US-Streitkräften als auch in der freien Wirtschaft - inzwischen nicht mehr ohne den Einsatz von Informationstechnologie vorstellbar sind. Die durchgeführten Fachqualifizierungen steigern also die Chancen darauf, den eigenen Arbeitsplatz beim bisherigen Arbeitgeber zu erhalten bzw. einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Im Berichtszeitraum ist die Nachfrage an Qualifizierungen im Vergleich zu den beiden Vorjahren leicht gesunken. So wurden 2010/2011 insgesamt 141 Qualifizierungsseminare mit 1.783 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei 4.443 Unterrichtsstunden umgesetzt. Im Vergleich zum Vorberichtszeitraum reduzierten sich die Seminare damit um 12% (vorher: 161 Seminare), bei gleichzeitigem Rückgang der Teilnehmenden um 13% (vorher 2.044) sowie der Unterrichtsstunden um 6% (vorher 4.736). Die strikte Orientierung an den Bedarfen der jeweiligen Zielgruppe, die arbeitsplatznahe Organisation

der Veranstaltungen und die Anpassung der Unterrichtszeiten an die Bedürfnisse der Teilnehmenden waren wiederum erfolgreiche Strategien. Auch das Ziel, bildungsungewohnte Personen anzusprechen und für die vorhandenen Angebote zu interessieren, wurde erreicht.

Außerdem nahmen im Berichtszeitraum erneut Zivilbeschäftigte an einer aus Landesmitteln bezuschussten Ausbildung zum Werkfeuerwehrmann bzw. -frau teil. In zwei Maßnahmen wurden insgesamt 22 Beschäftigte nach den Richtlinien des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz geschult. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeiten bei der Feuerwehr der US-Streitkräfte, konnten aber bisher keine entsprechende Ausbildung vorweisen.

Beim Theater Logistic Support Center – Europe (TLSC-E) wurden auch im Berichtszeitraum die Programme zur Förderung von zusätzlichen Plätzen für die berufliche Erstausbildung fortgesetzt. Das TLSC-E ist eine Dienststelle der US Army in Kaiserslautern mit etwa 1.500 Zivilbeschäftigten. So wurden in den Jahren 2010/2011 wieder 18 Ausbildungsplätze aus Mitteln des Landes gefördert. Die Ausbildung erfolgte im Bereich der Kfz-Mechatronik. Sie wurde nach den Richtlinien der Handwerkskammer der Pfalz durchgeführt und inhaltlich am Ausbildungsplan der Ausbildungsordnung orientiert. Durch den so erreichten qualifizierten Berufsabschluss werden die Vermittlungschancen der Auszubildenden auf den freien Arbeitsmarkt deutlich verbessert.

Im Berichtszeitraum nahmen somit insgesamt über 2.100 Beschäftigte an durch das Land Rheinland-Pfalz geförderten Qualifizierungsmaßnahmen im Konversionszusammenhang teil. Dies ist erneut ein deutlicher Beleg für die große Bedeutung von passgenauen Qualifizierungsmaßnahmen. Die Landesregierung schließt mit der Förderung und Finanzierung solcher Maßnahmen eine wichtige Lücke zwischen dem Qualifikationsprofil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den vorhandenen Ansprüchen von Arbeitgebern mit Personalbedarf. Insbesondere in strukturschwachen Regionen wird durch eine derart aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes ganz wesentlich zur Förderung von Beschäftigung beigetragen.

### 3. Wirtschaftsnahe, zielgerichtete Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Konversionsregionen

Auch 2010/2011 war eine wirtschaftsnahe Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wichtig. Eine möglichst passgenaue und zeitnahe Qualifizierung von Beschäftigten auf die jeweiligen Bedingungen der einzelnen Teilarbeitsmärkte und speziell ausgerichtet auf die entsprechenden Betriebe war aufgrund der stetig kürzer werdenden Verwertbarkeit von beruflichem Fachwissen auch weiterhin unerlässlich.

Zugleich wurden die Neuansiedlungen auf Konversionsliegenschaften auch bei den Aktivitäten in der Beschäftigungskonversion in den Fokus genommen. So wurden Zeitpunkt und Art der Anschlussnutzung von Konversionsliegenschaften intensiv beobachtet, um möglichst zeitnah die potentiellen Personalbedarfe der sich dort ansiedelnden Firmen in Erfahrung zu bringen. Die Anforderungen der potentiellen neuen Arbeitgeber wurden dann mit den Tätigkeitsprofilen und Suchkorridoren der Ratsuchenden abgeglichen und ggf. ein Kontakt hergestellt. Für den Fall, dass ein Qualifizierungsdefizit als Vermittlungshemmnis vorlag, wurde dieses durch eine landesgeförderte Anpassungsqualifizierung beseitigt.

Darüber hinaus hat das Land im Berichtszeitraum vor dem Hintergrund der wirtschaftsnahen Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Beschäftigtentransferprojekt für die von der Insolvenz betroffenen Beschäftigten von Karstadt in Kaiserslautern gefördert.

Von der Schließung des Karstadt-Warenhauses in Kaiserslautern zum 31.03.2010 waren ca. 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betroffen. Durch die Unterstützung des Landes konnte eine Transfergesellschaft ins Leben gerufen werden, in die zum 1. April 2010 insgesamt 140 Betroffene eintraten. Die Laufzeit betrug 8 Monate.

Die Struktur der Beschäftigten in der Transfergesellschaft war, wie für ein Warenhaus dieser Art zu erwarten, von einem hohen Frauen- und Teilzeitanteil geprägt. Über 80 % der Betroffenen waren Frauen,

57 % von ihnen waren in Teilzeit beschäftigt. 44 % der Beschäftigten waren älter als 50 Jahre.

Das Qualifizierungsprogramm, das während der Laufzeit der Transfergesellschaft umgesetzt wurde, ist außergewöhnlich gut genutzt worden. 80 % der Beschäftigten nahmen mindestens an einer Qualifizierungsmaßnahme teil. Einige Teilnehmende absolvierten sogar mehrfach Weiterbildungen. Der Qualifizierungsschwerpunkt lag mit 60 % aller Maßnahmen eindeutig im EDV-Bereich. Darüber hinaus wurden eine Reihe von Sprachkursen und Verkaufsschulungen durchgeführt.

Innerhalb der Laufzeit der Transfergesellschaft konnten 56 ehemalige Karstadt-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Arbeit vermittelt werden. Dies entspricht einer Vermittlungsquote von 40 %. Bei weiteren 33 Personen waren die bereits begonnenen Bewerbungsprozesse zum Ende der Transfergesellschaft noch nicht abgeschlossen, sie hatten jedoch sehr gute Aussichten eine Arbeitsplatzzusage zu erhalten. Bei den restlichen 51 Personen führten die Beratungsleistungen aufgrund von Alter, Krankheit oder bevorstehender Verrentung nicht zu einer Arbeitsaufnahme.

# III. BESONDERE KONVERSIONSBEREICHE



## 1. ALTLASTEN

Die Klärung der Altlastenfrage stellt im Zusammenhang mit der zügigen zivilen Anschlussnutzung von ehemaligen Militärliegenschaften, insbesondere bezogen auf die Anforderungen aus dem Baugesetzbuch, einen zentralen Aspekt dar. Die Landesregierung hat daher vorausschauend die erforderlichen Erfassungsarbeiten frühzeitig geplant und in der zweiten Jahreshälfte 1992 die flächendeckende Erhebung der Altlastverdachtsflächen auf ehemals militärisch genutzten Arealen auf den Weg gebracht. Das Landesamt für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht (LfUG) und später das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) erfassten und erfassen weiterhin Nutzungen, Schadensfälle und kontaminationsverdächtige Flächen auf den freigewordenen bzw. freiwerdenden Liegenschaften. Die Erkenntnisse wurden von den Bezirksregierungen und wurden bzw. werden nach deren Auflösung von den Struktur- und Genehmigungsdirektionen (SGD) bewertet und mögliche Maßnahmen in der Konversions-Altlastengruppe (KoAG) mit Fachbehörden, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIma), Gemeinde, Investoren etc. abgestimmt. Alle Informationen werden im elektronisch geführten Bodenschutzkataster, einem Fachmodul im Bodeninformationssystem Rheinland-Pfalz, abgelegt und stehen damit jederzeit allen betroffenen Dienststellen im Land zur Verfügung. Diese Leistungen der Bodenschutzbehörden in Verbindung mit dem erstellten Leitfaden „Altlasten auf Konversionsliegenschaften“ waren und sind bis heute eine wesentliche Voraussetzung für die zügige Umsetzung des Konversionsprogramms und eine erhebliche Hilfestellung für die Träger der Bauleitplanung, die Baugenehmigungsbehörden sowie für die Städtebau- und Wirtschaftsförderung. Die Erfassungsmaßnahmen wurden bisher mit einem Finanzvolumen von 12,08 Mio. €, davon in den Jahren 2010 und 2011 rund 483.700 €, von einem Ingenieurkonsortium im Auftrag des Landesamts für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht durchgeführt. Von den bisher insgesamt 642 beauftragten Liegenschaften wurden bis Ende 2011 638 erfasst.

Mit der Bundeswehrstrukturreform 2011 wurde ein neuer Freigabeprozess eingeleitet, der für Rheinland-Pfalz die Schließung von fünf Standorten und

die signifikante Reduzierung von mindestens sechs weiteren Standorten vorsieht. Zusätzlich wird an zahlreichen weiteren Dienststellen die Dienstpostenanzahl teilweise deutlich reduziert, so dass mit weiteren Teilfreigaben von Standorten zu rechnen ist. Um diese militärischen Liegenschaften, die wahrscheinlich durch Truppenreduzierungen der amerikanischen Streitkräfte in ihrer Anzahl noch steigen werden, qualifiziert auf kontaminationsverdächtige Bereiche zu untersuchen, sind weitere erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen erforderlich. Nur so wird gewährleistet, dass durch die unverzichtbare Vorleistung der Erfassung zeitnah weitergehende Gefahrerforschungsmaßnahmen zur Ermittlung der Altlasten und teilweise Sanierungsmaßnahmen durch die Landesregierung aber auch durch den Bund vorbereitet und durchgeführt werden können. Die Landesregierung ist bestrebt, das bisherige gute Zusammenspiel aller beteiligten Stellen mit dem Ziel, die von der Aufgabe der militärischen Nutzung betroffenen oft großen Flächen zügig einer zivilen Folgenutzung zuzuführen, weiterhin intensiv zu fördern und zu unterstützen.

## 2. WOHNRAUMKONVERSION

Das Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ als ein wichtiger Beitrag zur Minderung und Beseitigung der vielfältigen Folgen des Truppenabbaus und der Standortschließungen ist seit vielen Jahren ein zentrales Instrument der rheinland-pfälzischen Wohnungspolitik. Insbesondere vielen jungen Familien im Lande konnte so zu erschwinglichen Preisen zu einer Miet- bzw. Eigentumswohnung verholfen werden. Darüber hinaus konnte ein wichtiger Beitrag zur sozialen Stabilisierung betroffener Wohnquartiere geleistet werden.

Die Landesregierung stellt im Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ in den folgenden Teilprogrammen Fördermittel zur Verfügung:

### Landeskonversionsprogramm „Miete“

Mit dieser Verwaltungsvorschrift hat die Landesregierung ein Programm zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialmietwohnungen auf-



gelegt. Das Programm sieht bei der Umwandlung in Mietwohnungen Landeszuschüsse in Höhe von 154 € oder 256 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche vor, je nach Einkommen des künftigen Mieters. Darüber hinaus werden auch Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes auf den ehemals militärisch genutzten Wohnanlagen gefördert.

### Landeskonversionsprogramm „Eigentum“

Im Rahmen ihrer Konversionspolitik hat die Landesregierung mit der Verwaltungsvorschrift „Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Eigentumswohnungen“ ein weiteres Konversionsprogramm aufgelegt, mit dem vor allem Familien mit geringem Einkommen der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden soll. Das Programm sieht bei der Umwandlung in selbstgenutzte Eigentumswohnungen einkommensabhängige Landeszuschüsse in Höhe von 103 € oder 256 € pro m<sup>2</sup> Wohnfläche vor.

Die Fördermittel aus diesen beiden Programmen kamen bisher überwiegend jungen Haushalten mit Kindern aus unteren und mittleren Einkommensgruppen

zugute. Damit leistet die Konversionspolitik einen wichtigen sozial- und familienpolitischen Beitrag. Mit den rund 85,7 Mio. €, die seit 1992 geflossen sind, wurden insgesamt 3.968 Wohnungen sowie 49 Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der ehemaligen Militärsiedlungen gefördert (Investitionsvolumen 384,8 Mio. €). Im Einzelnen entfallen auf das Programm:

Miete	=	58,3 Mio. € für 2.657 Wohnungen mit 207.353 m <sup>2</sup> Wohnfläche
	davon:	
	2010	= 1,89 Mio. € für 360 Wohnungen mit 27.343 m <sup>2</sup> Wohnfläche
	2011	= 0,35 Mio. € für 6 Wohnungen mit 488 m <sup>2</sup> Wohnfläche
Eigentum	=	27,4 Mio. € für 1.311 Wohnungen mit 122.708 m <sup>2</sup> Wohnfläche
	davon:	
	2010	= 0,39 Mio. € für 17 Wohnungen mit 1.662 m <sup>2</sup> Wohnfläche
	2011	= 0,22 Mio. € für 11 Wohnungen mit 1.073 m <sup>2</sup> Wohnfläche



Rheingaublick

Besonders zu erwähnen ist die Umwandlung einer ehemaligen amerikanischen Wohnsiedlung im Zentrum von Zweibrücken. Hier hat die Landesregierung im Jahr 2010 für die Umwandlung von 340 ehemaligen Militärwohnungen der amerikanischen Streitkräfte in Sozialmietwohnungen einen Zuschuss in Höhe von 1.428.000 € bewilligt. Das dadurch angestoßene Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 3,4 Mio. €.

Die „Canada-Siedlung“ befindet sich im Herzen der Stadt Zweibrücken und diente den amerikanischen Streitkräften als Wohngebiet. Nach deren Abzug und längerer Zeit des Leerstands erwarb die GeWoBau GmbH Zweibrücken im Dezember 2010 das gesamte Areal mit seinen rund 420 Wohnungen mit ca. 32.000 m<sup>2</sup> Wohnfläche sowie zahlreichen Stellplätzen und Garagen. Die GeWoBau beabsichtigt, insgesamt 340 Militärwohnungen mit einer Gesamtwohnfläche von rund 25.400 m<sup>2</sup>, die bisher von Angehörigen der Streitkräfte genutzt wurden, in familien-gerechte Sozialwohnungen umzuwandeln. Die restlichen Wohnungen sollen abgebrochen werden. Die Gebäude befinden sich in einem dem Baualter entsprechenden baulichen und insbesondere energetisch schlechten Zustand (50er Jahre Bestand). Aufgrund des jahrzehntelangen Instandhaltungs- und Modernisierungsstaus entsprechen die Wohnungen nicht mehr den heutigen Standards und genügen nicht mehr den Anforderungen an heutige Mietwohnungen. Zur langfristigen Erhaltung der Wohnungen ist deshalb eine (Teil-)Sanierung und Modernisierung über einen Zeitraum 8 bis 10 Jahren erforderlich.

Entscheidend für den bisherigen Erfolg der Wohnungskonversion war die Schaffung eines unbürokratischen, flexiblen Förderprogramms, mit dem sich die Wohnungspolitik der Landesregierung gezielt an den örtlichen Bedürfnissen orientiert.

Mit den gestaffelten Pauschalbeträgen konnten die Zielgruppen effektiv erreicht werden. Auch in Zukunft wird die Landesregierung den Prozess der Konversion in Rheinland-Pfalz weiterhin aktiv unterstützen.

### 3. REGENERATIVE ENERGIEN

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat sich im Koalitionsvertrag 2011 bis 2016 beim Ausbau der regenerativen Energien und im Zusammenhang mit der Energiewende anspruchsvolle Ziele gesetzt. Rheinland-Pfalz verfügt mit seinen zahlreichen Konversionsliegenschaften über große, erschließbare Flächen. In diesem Zusammenhang könnten konversionsbetroffene Gebietskörperschaften die Chancen der Energiewende nutzen, um ihre wirtschaftlichen Grundlagen und Strukturen zu verbessern und die Wertschöpfungsverluste im Zuge des Truppenabbaus teilweise auszugleichen.

#### Ziele

Es gilt, die Chancen der Energiewende rasch zu nutzen, um in konversionsbetroffenen Regionen die Umsetzung geeigneter Projekte von Landesseite zu unterstützen. Damit könnten in geeigneten Projekten zunächst wirtschaftliche Grundlagen geschaffen werden, die die anschließende Entwicklung einer Konversionsliegenschaft befördert bzw. angesichts eingeschränkter öffentlicher Mittel erst möglich macht.

#### Gebietskulisse

Rasch nutzbare Flächen zur Erstellung von Anlagen bestehen auf vielen Liegenschaften in allen Landesteilen. Profitieren könnten Gebietskörperschaften mit:

##### Militärischer Konversion:

- Die Großkonversionen der „ersten Generation“ haben zum Teil noch größere, geeignete Freiflächen, die durch Photovoltaikanlagen wirtschaftlich (zwischen)genutzt werden könnten.
- Viele mittelgroße Konversionsliegenschaften mit eingeschränkten Entwicklungsperspektiven verfügen über große geeignete Flächenreserven.
- Freigaben aus der Bundeswehr-Strukturreform 2004 (Mendig, Hermeskeil, Westerbürg, Rheinböllen) sind noch im Wesentlichen abzuarbeiten.
- Liegenschaften aus der Freigabewelle der Bundeswehr-Strukturreform 2011 könnten in Teilen früh profitieren, indem geeignete Teilflächen durch besondere Übergangsgestaltung zwischen den Beteiligten genutzt werden.

### Ziviler Konversion:

- Teilflächen könnten bei absehbar langen Reaktivierungszeiten (keine gewerbliche Nachfrage, hohe Erschließungsaufwendungen) durch Photovoltaikanlagen wirtschaftlich zwischengenutzt werden.

Einbezogen werden können hier neben Gemeinden mit Konversionsstandorten (Liegenschaftskonversion) auch weitere Gemeinden in den konversionsbetroffenen Regionen von Rheinland-Pfalz, indem ein übergeordneter Gebietsbezug für die Kompensation gewählt wird (sog. Raumkonversion).

In mehreren Gemeinden, Verbandsgemeinden und auf Landkreisebene in den am meisten von der Konversion betroffenen Regionen wurden in jüngster Vergangenheit Studien oder Konzepte erstellt, mit Hilfe derer die Chancen im Rahmen der Energiewende genutzt werden sollen. Es existieren bereits mehrere innovative Projektvorschläge hinsichtlich Demonstrations- und Informationsvorhaben, intelligenter Energienetze, Stromspeicher und Energielandschaften.

### Initiative der Landesregierung

Die Landesregierung führt im Rahmen des Landeskonversionsprogramms im Zeitraum 2012 und 2013 eine Initiative durch, die die Nutzung von Konversionsliegenschaften mit regenerativen Energien beschleunigen soll. Gegenstand ist die Beratung und Begleitung von konversionsbetroffenen Gemeinden, Gemeindewerken, Public Private Partnership-Projektträgern, Bürgerzusammenschlüssen etc. in der Projektentwicklung und -durchführung für die Errichtung von Anlagen und Energieparks mit Modellcharakter. Darüber hinaus können Gebietskörperschaften in innovativen Projekten im Rahmen der Energiewende begleitet werden.

Die Begleitung kann, je nach Ausrichtung des Projekts, im Einzelnen umfassen:

- Koordinierungs- und Managementleistungen bei der Anbahnung, Entwicklung und ggf. Umsetzung von Projekten mit Modellcharakter,
- Flächensondierung und überschlägige Machbarkeitanalyse für ein Projekt,

- Beratung bei der Flächenverfügbarmachung (Verhandlung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben etc.),
- Grundlegende technische Beratung,
- Grundlegende rechtliche Beratung (Vertragsgestaltung in Public Private Partnership-Modellen, Bürgerkraftwerken und weiteren Formen).

Die Initiative wird in den Jahren 2012 und 2013 durchgeführt. Sie besteht aus verschiedenen einzelnen Bausteinen, unter anderem der Projektberatung und dem Projektcoaching. Partner der Initiative sind der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Der Gemeinde- und Städtebund ist als Ansprechpartner der Kommunen einzubeziehen und ist gleichfalls stark bestrebt, die Chancen der Energiewende für die Kommunen zu nutzen. Vor diesem Hintergrund hat er im November 2011 „Leitlinien zur Energiewende“ verabschiedet.

Die Mehrzahl der - insbesondere jüngeren - Konversionsliegenschaften befindet sich in der Verfügungsgewalt der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. In vielen Fällen wird daher das enge Zusammenwirken mit ihr für die beschleunigte Projektumsetzung und die Entwicklung neuer Beteiligungsmodelle für den Projekterfolg maßgeblich sein.

### ZUSAMMENFASSUNG

Das Land Rheinland-Pfalz verfügt in der Konversion über erhebliche Flächen, die im Rahmen der Energiewende und zur Erreichung der energie- und klimapolitischen Ziele der Landesregierung zeitnah genutzt werden könnten.

Weiter haben mehrere Gebietskörperschaften in den am meisten von der Konversion betroffenen Regionen in jüngster Vergangenheit Studien oder Konzepte erstellt, die die Chancen der Energiewende mittels innovativer Vorhaben nutzen wollen.

Die Initiative der Landesregierung Rheinland-Pfalz „Regenerative Energien und Konversion“ soll in den Jahren 2012 und 2013 zunächst in Form eines landesweiten Projektaufrufes innovative Projekte identifizieren und ausgewählte Vorhabenträger bei der beschleunigten Umsetzung unterstützen. Der Projektaufruf startete am 01. April 2012.

# IV. STATISTIK



## **BERICHT DER LANDESREGIERUNG ÜBER DIE UMSETZUNG DES KONVERSIONSPROGRAMMS ZUR BEWÄLTIGUNG DER FOLGEN DES TRUPPENABZUGS IN DEN JAHREN 2010 UND 2011 (STATISTIKTEIL)**

### **VORBEMERKUNG**

Im Berichtszeitraum erfolgte nach der Landtagswahl am 27. März 2011 ein Neuzuschnitt verschiedener Ressorts. Hiervon waren auch Ministerien betroffen, die mit Konversionsaufgaben betraut sind. Dies führte zu einer veränderten Zuordnung einzelner Konversionsprojekte sowie der damit verbundenen Haushaltsmittel und hat für das Jahr 2011 die Erstellung der ressortscharfen Statistik erschwert. Zur Abbildung einer übersichtlichen Jahresdarstellung wurde daher in den relevanten Statistiken für dieses Jahr die Projekt- und Mittelverteilung der neuen Regierung zum 18. Mai 2011 als Basis für die Sachdarstellung für das Jahr 2011 gewählt. Durch die Umressortierung bedingte Mittelverschiebungen sind im Jahresvergleich 2010/2011 zu erkennen.

Des Weiteren wurde der Bereich der „Hochschulkonversion“ im Jahr 2010 mit einem eigenen Bericht abgeschlossen und ist aus diesem Grund im vorliegenden Bericht nicht aufgeführt (siehe separater Beitrag). Durch den Wegfall der bisher durch das Bildungsministerium aufgeführten Daten reduziert sich das in der Statistik abbildbare Gesamtfördervolumen dementsprechend.

Gleichzeitig zeigt sich im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte, dass sich die Aufgaben der Konversion zum Teil als themenübergreifende Herausforderungen einer räumlichen Entwicklung darstellen. Aus diesem Grund wird im Statistikeil neben den im Landeshaushalt originär für die Bewältigung von Konversionsmaßnahmen vorgesehenen Titeln auch auf die Förderleistungen aus Titeln mit anderer Zweckbestimmung verwiesen, sofern diese zur Bewältigung von Konversionsaufgaben eingesetzt wurden.

### **GESAMTVOLUMEN**

Im Jahr 2010 wurden im Rahmen von 61 Projekten für Konversionsmaßnahmen Landesmittel in Höhe von rund 28 Mio. € verwendet. Das mit den Bewilligungen geförderte Investitionsvolumen betrug rund 49,8 Mio. €. Im Jahr 2011 wurden 69 Projekte mit 38,1 Mio. € gefördert. Das gesamte Investitionsvolumen der Projekte lag bei knapp 53 Mio. €.

Auf der Grundlage der von den Ressorts übermittelten Angaben geben die beigefügten Anlagen 1/2010 und 1/2011 einen zusammenfassenden Überblick über die Maßnahmenschwerpunkte, die Haushaltsansätze, die Bewilligungen und das damit geförderte Investitionsvolumen bzw. die Gesamtkosten jeweils für die Jahre 2010 und 2011. Die Übersicht – geordnet nach Regionen und Kreisen – ergibt sich aus den Anlagen 2/2010 und 2/2011 sowie – sortiert nach der Rangfolge der Bewilligungen – aus den Anlagen 3/2010 und 3/2011. Eine Aufteilung nach Regionen und Ressorts wird in den Anlagen 4/2010 und 4/2011 dargestellt.

Legt man das Jahr 1992 als Beginn der Konversion zu Grunde, wurden seitdem knapp 1,72 Mrd. € für Konversionsprojekte bewilligt. Die genaue Entwicklung ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Zeitraum		Bewilligungen (in Tsd. €)	Zeitraum		Bewilligungen (in Tsd. €)
1992/1993		166.681	2003		82.955
1994/1995		273.998	2004		51.950
1996		130.834	2005		49.820
1997		116.166	2006		56.900
1998		96.160	2007		54.400
1999		132.372	2008		59.750
2000		101.693	2009		72.940
2001		104.680	2010		28.043
2002		99.641	2011		38.123
			<b>Insgesamt</b>		<b>1.717.106</b>

Zählt man weitere Mittel aus anderen Programmen hinzu, die in früheren Jahren zusätzlich in von Konversion betroffene Standorte geflossen sind, wurden im Gesamtzeitraum sogar mehr als 2,0 Mrd. € bewilligt. Zu den bundesweit von der Konversion besonders betroffenen Gebieten mit der höchsten Konzentration militärischer Einrichtungen gehören die Westpfalz, der Landkreis Birkenfeld, der Rhein-Hunsrück-Kreis sowie die Region Trier. Die folgenden Tabellen zeigen die jährliche Verteilung der Fördermittel des Konversionsprogramms auf diese Gebiete:

#### Verteilung der Bewilligungen und des Investitionsvolumens nach Regionen für 2010

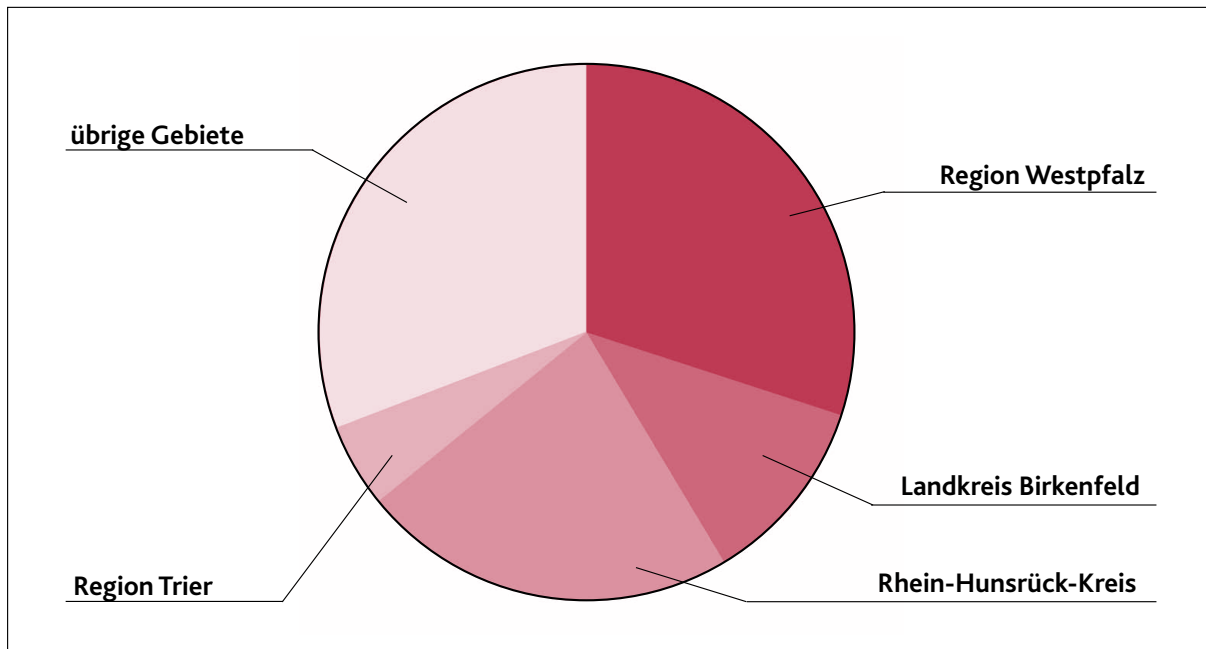
Konversionsgebiete	Bewilligungen		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	
	in Tsd. €	in Prozent	in Tsd. €	in Prozent
<b>Region Westpfalz</b>	8.418	30,02	12.671	25,44
<b>Landkreis Birkenfeld</b>	3.232	11,53	13.809	27,72
<b>Rhein-Hunsrück-Kreis</b>	6.362	22,69	8.933	17,93
<b>Region Trier</b>	1.388	4,95	2.474	4,97
<b>übrige Gebiete</b>	8.643	30,81	11.922	23,94
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>28.043</b>	<b>100,00</b>	<b>49.809</b>	<b>100,00</b>

#### Verteilung der Bewilligungen und des Investitionsvolumens nach Regionen für 2011

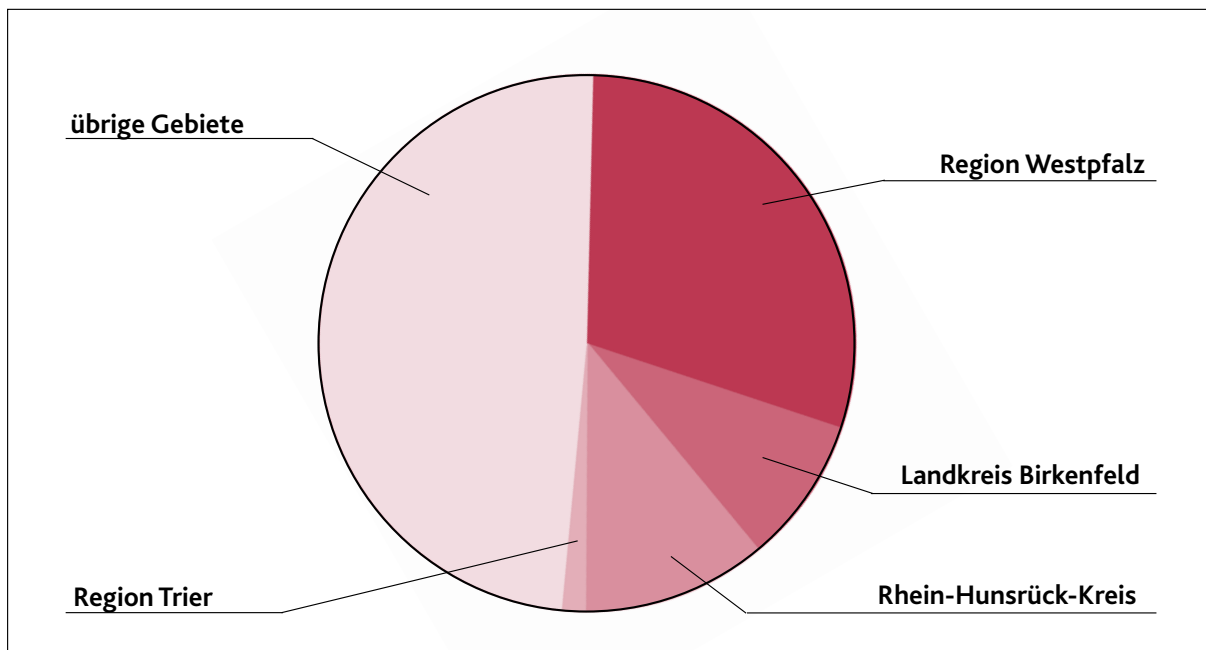
Konversionsgebiete	Bewilligungen		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten	
	in Tsd. €	in Prozent	in Tsd. €	in Prozent
<b>Region Westpfalz</b>	11.372	29,83	15.197	28,70
<b>Landkreis Birkenfeld</b>	3.394	8,90	4.623	8,73
<b>Rhein-Hunsrück-Kreis</b>	4.197	11,01	4.727	8,93
<b>Region Trier</b>	529	1,39	882	1,67
<b>übrige Gebiete</b>	18.631	48,87	27.531	51,97
<b>Gesamtsumme:</b>	<b>38.123</b>	<b>100,00</b>	<b>52.960</b>	<b>100,00</b>

Von den insgesamt bewilligten Mitteln sind im Jahr 2010 rund 70% und im Jahr 2011 rund 50% in die am stärksten betroffenen Konversionsgebiete geflossen. Die Region Westpfalz (insbesondere Zweibrücken) und der Landkreis Birkenfeld liegen dabei auf den vorderen Rängen (siehe Anlagen 3/2010 und 3/2011).

### Bewilligungen in Prozent nach Gebieten 2010



### Bewilligungen in Prozent nach Gebieten 2011



Mit dem Konversionsprogramm hat die rheinland-pfälzische Landesregierung frühzeitig eine weitreichende Kompensation des Truppenabbaus eingeleitet und die Struktur- und Arbeitsmarktpolitik tiefgreifend umgestaltet. Nicht selten konnten über Konversionsprojekte mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als während der früheren militärischen Nutzung an diesen Standorten existierten. Aus den Projektbeiträgen des Berichts

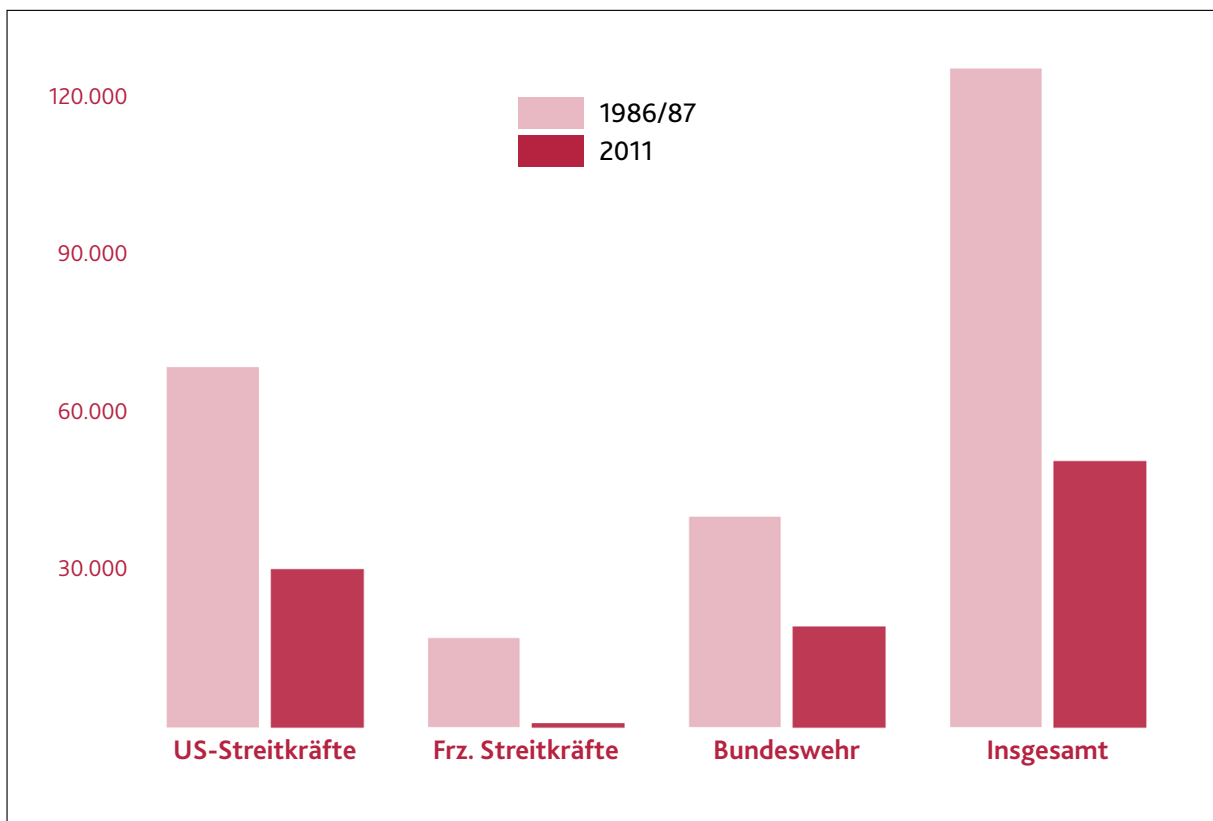
ist eine positive Entwicklung der Beschäftigungszahlen ersichtlich. Insbesondere an den strukturpolitisch bedeutsamen Großprojekten konnte die geschaffene Anzahl der Arbeitsplätze auf hohem Niveau stabilisiert, teilweise sogar weiter erhöht werden.

Die aktuellen Zahlen über den Stellenabbau bei den Soldatinnen und Soldaten und den Zivilbeschäftigten ergeben sich aus den folgenden Tabellen und Diagrammen, wobei als Vergleichsgrundlage die Zahlen von 1986/87 herangezogen werden, dem Zeitraum der größten Truppenpräsenz in Rheinland-Pfalz:

#### a) Soldaten

Soldaten	Stand 1986/87	Stand 2010	Stand 2011	Abbau gesamt (bezogen auf 2011)	Abbau in Prozent (bezogen auf 2011)
<b>US-Streitkräfte</b>	69.000	30.538	30.379	38.621	55,97
<b>Frz. Streitkräfte</b>	17.300	1.080	0	17.300	100,00
<b>Bundeswehr</b>	40.500	19.681	19.434	21.066	52,01
<b>Insgesamt:</b>	126.800	51.299	51.299	76.987	60,71

#### Soldaten in Rheinland-Pfalz: Truppenabbau

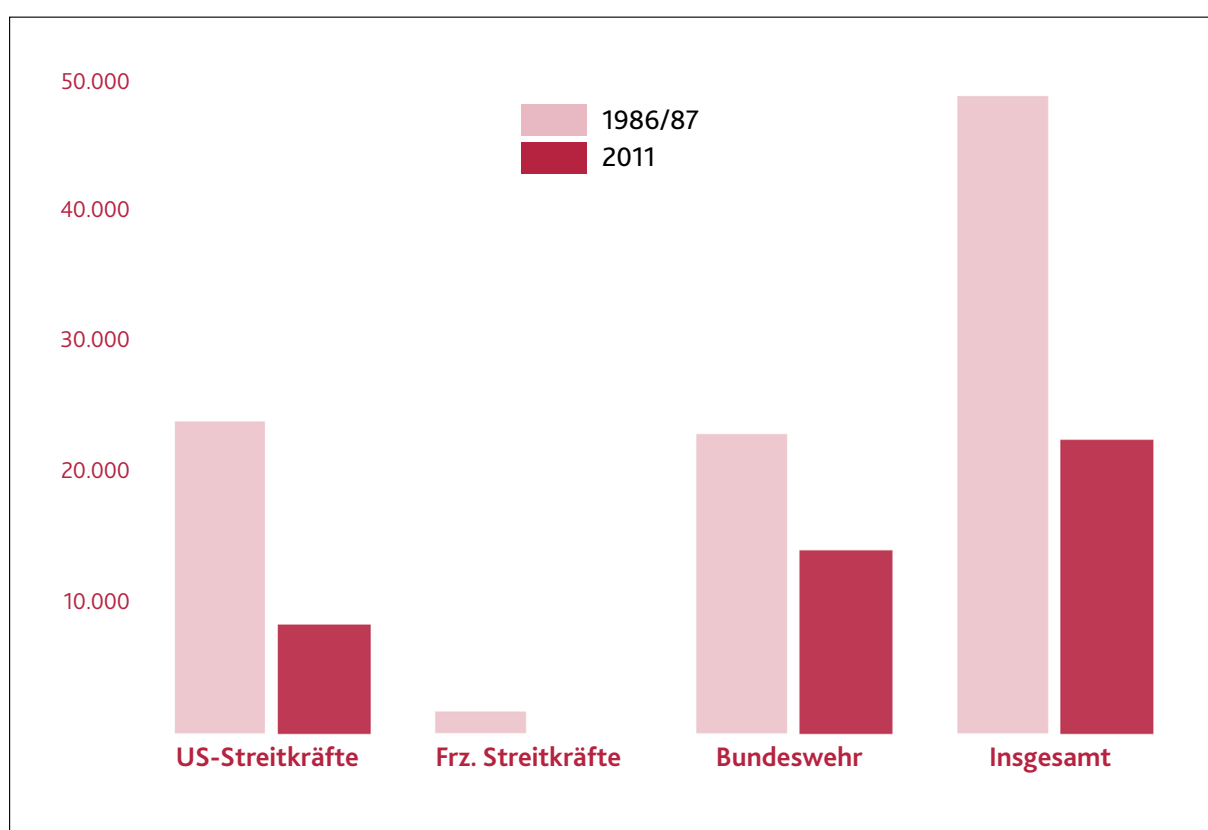




## b) Zivilbeschäftigte

Zivilbeschäftigte	Stand 1986/87	Stand 2010	Stand 2011	Abbau gesamt (bezogen auf 2011)	Abbau in Prozent (bezogen auf 2011)
<b>US-Streitkräfte</b>	24.000	8.396	8.397	15.603	65,01
<b>Frz. Streitkräfte</b>	1.800	34	0	1.800	100,00
<b>Bundeswehr</b>	23.000	14.064	9.266	13.734	59,71
<b>Insgesamt:</b>	<b>48.800</b>	<b>22.494</b>	<b>17.663</b>	<b>31.137</b>	<b>63,80</b>

### Zivilbeschäftigte bei den Streitkräften



Seit 1986/87 wurden demnach bis Ende 2011

- 76.987 militärische Dienstposten sowie
- 31.137 zivile Arbeitsplätze bei den Streitkräften abgebaut.

Insgesamt hat Rheinland-Pfalz durch den Truppenabbau einen unmittelbaren Verlust von mehr als 108.000 militärischen und zivilen Stellen zu verkraften. Hinzu kommen noch mindestens 50.000 mittelbar betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus anderen Wirtschaftsbereichen. Die Entwicklung des Truppen- und Stellenabbaus über die einzelnen Jahre ergibt sich aus der Anlage 5.

Bis Ende 2011 wurden in Rheinland-Pfalz 659 militärische Liegenschaften mit insgesamt 13.189 ha von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften zur Freigabe angekündigt bzw. freigegeben. Die Freigabeentwicklung im Einzelnen ergibt sich aus der Anlage 6.

Die Anlage 7 gibt einen Überblick über die regionale Gliederung der Konversionsflächen in Rheinland-Pfalz.

## ANLAGE 1/2010: LANDESPROGRAMM KONVERSION 2010

### Auswertung nach Einzelplänen

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2010 (in Tsd. €)	bewilligt 2010 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau</b>	875	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	445	365	365	3
	875	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	1.486	2.554	5.108	2
	875	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	1.603	2.511	3.139	7
	875	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	1.946	2.997	3.746	4
	877	883 72	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände	6.100	1.940	2.425	4
			<b>Summe:</b>	<b>11.580</b>	<b>10.367</b>	<b>14.783</b>	<b>20</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2010 (in Tsd. €)	bewilligt 2010 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium der Finanzen</b>	1275	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	1.000	2.282	7.001	5
			<b>Summe:</b>	<b>1.000</b>	<b>2.282</b>	<b>7.001</b>	<b>5</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2010 (in Tsd. €)	bewilligt 2010 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz</b>	1475	541 01	Kosten für Naturschutzmaßnahmen	45	23	23	9
	1475	883 51	Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.400	2.558	12.394	2
			<b>Summe:</b>	<b>2.445</b>	<b>2.581</b>	<b>12.417</b>	<b>11</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2010 (in Tsd. €)	bewilligt 2010 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium des Innern und für Sport</b>	20 75	883 15	Städtebauförderung	9.598	10.516	13.112	15
	0375	547 16	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	350	314	314	2
			<b>Summe:</b>	<b>9.948</b>	<b>10.830</b>	<b>13.426</b>	<b>17</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2010 (in Tsd. €)	bewilligt 2010 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen</b>	0675	684 22	Ausbildung von Zivilbeschäftigten zu Hauptberuflichen Werkfeuerwehrlern gemäß der Werkfeuerwehrverordnung des Landes Rheinland- Pfalz (7/09-12/10), GBI - Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH	75	75	75	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK (2. LJ 08/09); Theater Logistics Support Center - Europe	63	63	90	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK (1. LJ 09/10), Theater Logistics Support Center - Europe	97	97	138	1
	0675	684 22	Konversionsprojekt zur Qualifizierung von Zivilbeschäftigten 2010, Arbeit & Leben gGmbH Gesellschaft für Beratung und Bildung	311	311	351	1
	0675	684 22	Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz, pebb GmbH	234	234	290	1
	0675	684 22	Unterstützungsleistungen in der Beschäftigungskonversion in RLP mit den Instrumenten Outplacement-Beratung, Bildungsmanagement, Placement und arbeitsmarktpolitische Stellungnahmen pebb GmbH	1.094	1.094	1.094	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (1.LJ 10/11) Theater Logistics Support Center - Europe	71	71	89	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (3.LJ 08/09) Theater Logistics Support Center - Europe	38	38	55	1
				<b>Summe:</b>	<b>1.983</b>	<b>1.983</b>	<b>2.182</b>

<b>Gesamtsumme</b>	<b>26.956</b>	<b>28.043</b>	<b>49.809</b>	<b>61</b>
--------------------	---------------	---------------	---------------	-----------

## ANLAGE 1/2011: LANDESPROGRAMM KONVERSION 2011

### Auswertung nach Einzelplänen

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2011 (in Tsd. €)	bewilligt 2011 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung</b>	875	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	2	2	2	2
	875	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	67	67	134	1
	875	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	85	85	106	2
	875	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	1.946	1.946	3.479	3
	875	682 71	Zuschüsse für laufende Zwecke an das Mittel- und Osteuropazentrum Rheinland-Pfalz GmbH	900	900	910	1
	877	883 72	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände, Zweckverbände	566	566	918	1
			<b>Summe:</b>	<b>3.566</b>	<b>3.566</b>	<b>5.549</b>	<b>10</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2011 (in Tsd. €)	bewilligt 2011 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium der Finanzen</b>	1275	893 01	Zuschüsse zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialwohnungen und selbstgenutzte Eigentumswohnungen sowie für Wohnumfeldverbesserungen	1.000	570	2.676	5
			<b>Summe:</b>	<b>1.000</b>	<b>570</b>	<b>2.676</b>	<b>5</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2011 (in Tsd. €)	bewilligt 2011 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten</b>	1475	541 01	Kosten für Naturschutzmaßnahmen	45	20	20	9
	1475	883 51	Zuweisungen zur Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.400	1.341	1.676	2
			<b>Summe:</b>	<b>2.445</b>	<b>1.361</b>	<b>1.696</b>	<b>11</b>

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2011 (in Tsd. €)	bewilligt 2011 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur</b>	20 06	883 15	Städtebauförderung	15.476*	15.476	20.324	18
	0375	54716	Sachaufwand für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der Konversion	350	261	261	2
	2006	68415	Zuweisungen des Landes an Institutionen	671	671	671	2
	2006	883 08	Investitionsstock**	6.600***	6.600	11.000	1
	875	526 02	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	533	389	389	3
	875	683 01	Defizitausgleich für Gesellschaften unter Beteiligung des Landes	2.169	3.360	3.360	2
	875	686 31	Zuwendungen zur Förderung organisatorischer Maßnahmen	2.303	2.832	3.540	4
	875	892 02	Zuschüsse zur Umwandlung militärischer Liegenschaften	2.825	1.249	1.561	3
			<b>Summe:</b>	<b>30.927</b>	<b>30.838</b>	<b>41.106</b>	<b>35</b>

\* Anteil für Konversionsmaßnahmen

\*\* Die aus dem Investitionsstock geförderte Maßnahme wurde einbezogen, da sie Teil der Gesamtkonzeption zur Entwicklung der im selben Sanierungsgebiet liegenden Konversionsfläche ist.

\*\*\* Es wird der für das relevante Projekt veranschlagte Ansatz als Teilsumme des Investitionsstocks angegeben.

Ressort	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ansatz 2011 (in Tsd. €)	bewilligt 2011 (in Tsd. €)	damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)	Anzahl der Projekte
<b>Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie</b>	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (1.LJ 10/11) Theater Logistics Support Center - Europe	123	123	154	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (3.LJ 08/09) Theater Logistics Support Center - Europe	68	68	97	1
	0675	684 22	Konversionsprojekt zur Qualifizierung von Zivilbeschäftigten 2011, Arbeit & Leben gGmbH Gesellschaft für Beratung und Bildung	336	336	367	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (4.LJ 08/09) Theater Logistics Support Center - Europe	51	51	73	1
	0675	684 22	Ausbildungsprogramm Maintenance Activity Kaiserslautern MAK, TLSC-E (1.LJ 11/12) Theater Logistics Support Center - Europe	82	82	102	1
	0675	684 22	Ausbildung von Zivilbeschäftigten zu Hauptberuflichen Werkfeuerwehrlern gemäß der Werkfeuerwehrverordnung des Landes Rheinland- Pfalz (8/11-01/13), GBI - Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH	12	12	24	1
	0675	684 22	Koordination von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Beschäftigungskonversion in Rheinland-Pfalz, pebb GmbH	300	300	300	1
	0675	684 22	Unterstützungsleistungen in der Beschäftigungskonversion in RLP mit den Instrumenten Outplacement-Beratung, Bildungsmanagement, Placement und arbeitsmarktpolitische Stellungnahmen pebb GmbH	816	816	816	1
			<b>Summe:</b>	<b>1.788</b>	<b>1.788</b>	<b>1.933</b>	<b>8</b>

<b>Gesamtsumme</b>	<b>39.726</b>	<b>38.123</b>	<b>52.960</b>	<b>69</b>
--------------------	---------------	---------------	---------------	-----------

## ANLAGE 2/2010: AUSWERTUNGEN NACH REGIONEN/KREISEN 2010

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2010 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
<b><i>Region Mittelrhein-Westerw.</i></b>					
Stadt Koblenz	1.940	6,92	2.467	4,95	2
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	311	1,11	351	0,70	1
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Mayen Koblenz	5	0,02	6	0,01	1
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Hunsrück-Kreis	6.362	22,69	8.933	17,93	6
Rhein-Lahn-Kreis	158	0,56	394	0,79	1
Westerwaldkreis	27	0,10	34	0,07	1
<b>Zwischensumme:</b>	<b>8.803</b>	<b>31,39</b>	<b>12.185</b>	<b>24,46</b>	<b>12</b>
<b><i>Region Trier</i></b>					
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Berncastel-Wittlich	0	0,00	0	0,00	0
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	488	1,74	1.233	2,47	2
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
LK Trier-Saarburg	900	3,21	1.241	2,49	2
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1.388</b>	<b>4,95</b>	<b>2.474</b>	<b>4,97</b>	<b>4</b>
<b><i>Region Rheinhessen-Nahe</i></b>					
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Worms	648	2,31	1.064	2,14	2
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Kreuznach	2.652	9,46	4.522	9,08	2
LK Birkenfeld	3.232	11,53	13.809	27,72	5
LK Mainz-Bingen	17	0,06	17	0,03	5
<b>Zwischensumme:</b>	<b>6.549</b>	<b>23,35</b>	<b>19.412</b>	<b>38,97</b>	<b>14</b>
<b><i>Region Rheinpfalz</i></b>					
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Landau	500	1,78	625	1,25	1
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
<b>Zwischensumme:</b>	<b>500</b>	<b>1,78</b>	<b>625</b>	<b>1,25</b>	<b>1</b>
<b><i>Region Westpfalz</i></b>					
Stadt Kaiserslautern	160	0,57	227	0,46	2
Stadt Pirmasens	600	2,14	667	1,34	1
Stadt Zweibrücken	7.084	25,26	11.092	22,27	8
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kaiserslautern	156	0,56	207	0,42	7
LK Kusel	1	0,00	1	0,00	1
LK Südwestpfalz	417	1,49	477	0,96	3
<b>Zwischensumme:</b>	<b>8.418</b>	<b>30,02</b>	<b>12.671</b>	<b>25,44</b>	<b>22</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2.385	8,50	2.442	4,90	8
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>28.043</b>	<b>100,00</b>	<b>49.809</b>	<b>100,00</b>	<b>61</b>

## ANLAGE 3/2010: AUSWERTUNGEN NACH KREISEN 2010

(Rangfolge nach Bewilligungen)

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2010 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Stadt Zweibrücken	7.084	25,26	11.092	22,27	8
Rhein-Hunsrück-Kreis	6.362	22,69	8.933	17,93	6
LK Birkenfeld	3.232	11,53	13.809	27,72	5
LK Bad Kreuznach	2.652	9,46	4.522	9,08	2
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2.385	8,50	2.442	4,90	8
Stadt Koblenz	1.940	6,92	2.467	4,95	2
LK Trier-Saarburg	900	3,21	1.241	2,49	2
Stadt Worms	648	2,31	1.064	2,14	2
Stadt Pirmasens	600	2,14	667	1,34	1
Stadt Landau	500	1,78	625	1,25	1
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	488	1,74	1.233	2,47	2
LK Südwestpfalz	417	1,49	477	0,96	3
LK Altenkirchen	311	1,11	351	0,70	1
Stadt Kaiserslautern	160	0,57	227	0,46	2
Rhein-Lahn-Kreis	158	0,56	394	0,79	1
LK Kaiserslautern	156	0,56	207	0,42	7
Westerwaldkreis	27	0,10	34	0,07	1
LK Mainz-Bingen	17	0,06	17	0,03	5
LK Mayen Koblenz	5	0,02	6	0,01	1
LK Kusel	1	0,00	1	0,00	1
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Bernkastel-Wittlich	0	0,00	0	0,00	0
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>28.043</b>	<b>100,00</b>	<b>49.809</b>	<b>100,00</b>	<b>61</b>

## ANLAGE 4/2010 a: AUSWERTUNGEN DER RESSORTS 2010

Bewilligungen 2010 (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	FM	MUFV	ISM	MASGFF	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westerw.</b>						
Stadt Koblenz	1.440			500		1.940
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					311	311
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	5					5
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	3.837			2.525		6.362
Rhein-Lahn-Kreis			158			158
Westerwaldkreis	27					27
<b>Zwischensumme:</b>	<b>5.309</b>		<b>158</b>	<b>3.025</b>	<b>311</b>	<b>8.803</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Berncastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	63	425				488
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				900		900
<b>Zwischensumme:</b>	<b>63</b>	<b>425</b>		<b>900</b>		<b>1.388</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		48		600		648
LK Alzey-Worms						
LK Bad Kreuznach		152		2.500		2.652
LK Birkenfeld	95	229	2.400	508		3.232
LK Mainz-Bingen			17			17
<b>Zwischensumme:</b>	<b>95</b>	<b>429</b>	<b>2.417</b>	<b>3.608</b>		<b>6.549</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				500		500
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>500</b>		<b>500</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern					160	160
Stadt Pirmasens				600		600
Stadt Zweibrücken	4.506	1.428		1.075	75	7.084
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	12		5	30	109	156
LK Kusel			1			1
LK Südwestpfalz	17			400		417
<b>Zwischensumme:</b>	<b>4.535</b>	<b>1.428</b>	<b>6</b>	<b>2.105</b>	<b>344</b>	<b>8.418</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	365			692	1.328	2.385
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>10.367</b>	<b>2.282</b>	<b>2.581</b>	<b>10.830</b>	<b>1.983</b>	<b>28.043</b>

## ANLAGE 4/2010 b: AUSWERTUNGEN DER RESSORTS 2010

damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWVLW	FM	MUFV	ISM	MASGFF	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westerw.</b>						
Stadt Koblenz	1.800			667		2.467
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					351	351
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	6					6
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	6.395			2.538		8.933
Rhein-Lahn-Kreis			394			394
Westerwaldkreis	34					34
<b>Zwischensumme:</b>	<b>8.235</b>		<b>394</b>	<b>3.205</b>	<b>351</b>	<b>12.185</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Berncastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	79	1.154				1.233
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				1.241		1.241
<b>Zwischensumme:</b>	<b>79</b>	<b>1.154</b>		<b>1.241</b>		<b>2.474</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		314		750		1.064
LK Alzey-Worms						
LK Bad Kreuznach		1.189		3.333		4.522
LK Birkenfeld	190	984	12.000	635		13.809
LK Mainz-Bingen			17			17
<b>Zwischensumme:</b>	<b>190</b>	<b>2.487</b>	<b>12.017</b>	<b>4.718</b>		<b>19.412</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				625		625
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>625</b>		<b>625</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern					227	227
Stadt Pirmasens				667		667
Stadt Zweibrücken	5.866	3.360		1.791	75	11.092
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	15		5	43	144	207
LK Kusel			1			1
LK Südwestpfalz	33			444		477
<b>Zwischensumme:</b>	<b>5.914</b>	<b>3.360</b>	<b>6</b>	<b>2.945</b>	<b>446</b>	<b>12.671</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	365			692	1.385	2.442
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>14.783</b>	<b>7.001</b>	<b>12.417</b>	<b>13.426</b>	<b>2.182</b>	<b>49.809</b>



## ANLAGE 4/2010 C: AUSWERTUNGEN NACH KREISEN 2010

### Anzahl der Projekte

Regionen/Kreise	MWVLW	FM	MUFV	ISM	MASGFF	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westerw.</b>						
Stadt Koblenz	1			1		2
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					1	1
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	1					1
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	4			2		6
Rhein-Lahn-Kreis			1			1
Westerwaldkreis	1					1
<b>Zwischensumme:</b>	<b>7</b>		<b>1</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>12</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Berncastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	1	1				2
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				2		2
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1</b>	<b>1</b>		<b>2</b>		<b>4</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		1		1		2
LK Alzey-Worms						
LK Bad Kreuznach		1		1		2
LK Birkenfeld	1	1	1	2		5
LK Mainz-Bingen			5			5
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>6</b>	<b>4</b>		<b>14</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				1		1
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>1</b>		<b>1</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern					2	2
Stadt Pirmasens				1		1
Stadt Zweibrücken	5	1		1	1	8
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	1		3	1	2	7
LK Kusel			1			1
LK Südwestpfalz	2			1		3
<b>Zwischensumme:</b>	<b>8</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>22</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	3			3	2	8
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>20</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>17</b>	<b>8</b>	<b>61</b>

## ANLAGE 2/2011: AUSWERTUNGEN NACH REGIONEN/KREISEN 2011

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2011 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
<b><i>Region Mittelrhein-Westerw.</i></b>					
Stadt Koblenz	8.560	22,45	13.890	26,23	3
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Altenkirchen	336	0,88	367	0,69	1
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Mayen Koblenz	354	0,93	470	0,89	2
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Hunsrück-Kreis	4.197	11,01	4.727	8,93	9
Rhein-Lahn-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
Westerwaldkreis	0	0,00	0	0,00	0
<b>Zwischensumme:</b>	<b>13.447</b>	<b>35,27</b>	<b>19.454</b>	<b>36,73</b>	<b>15</b>
<b><i>Region Trier</i></b>					
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Berncastel-Wittlich	0	0,00	0	0,00	0
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	129	0,34	382	0,72	3
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
LK Trier-Saarburg	400	1,05	500	0,94	1
<b>Zwischensumme:</b>	<b>529</b>	<b>1,39</b>	<b>882</b>	<b>1,67</b>	<b>4</b>
<b><i>Region Rheinhessen-Nahe</i></b>					
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Worms	610	1,60	931	1,76	2
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Kreuznach	2.465	6,47	4.766	9,00	2
LK Birkenfeld	3.394	8,90	4.623	8,73	9
LK Mainz-Bingen	38	0,10	45	0,08	6
<b>Zwischensumme:</b>	<b>6.507</b>	<b>17,07</b>	<b>10.365</b>	<b>19,57</b>	<b>19</b>
<b><i>Region Rheinpfalz</i></b>					
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Landau	4.500	11,80	5.294	10,00	1
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
<b>Zwischensumme:</b>	<b>4.500</b>	<b>11,80</b>	<b>5.294</b>	<b>10,00</b>	<b>1</b>
<b><i>Region Westpfalz</i></b>					
Stadt Kaiserslautern	300	0,79	375	0,71	1
Stadt Pirmasens	800	2,10	889	1,68	1
Stadt Zweibrücken	8.034	21,07	10.189	19,24	7
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kaiserslautern	1.916	5,03	3.384	6,39	8
LK Kusel	0	0,00	0	0,00	0
LK Südwestpfalz	322	0,84	360	0,68	4
<b>Zwischensumme:</b>	<b>11.372</b>	<b>29,83</b>	<b>15.197</b>	<b>28,70</b>	<b>21</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	1.768	4,64	1.768	3,34	9
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>38.123</b>	<b>100,00</b>	<b>52.960</b>	<b>100,00</b>	<b>69</b>

## ANLAGE 3/2011: AUSWERTUNGEN NACH KREISEN 2011

(Rangfolge nach Bewilligungen)

Regionen/Kreise	Bewilligungen 2011 (in Tsd. €)		damit gefördertes Investitionsvolumen/ Gesamtkosten (in Tsd. €)		Anzahl der Projekte
	(in Tsd. €)	(in %)	(in Tsd. €)	(in %)	
Stadt Koblenz	8.560	22,45	13.890	26,23	3
Stadt Zweibrücken	8.034	21,07	10.189	19,24	7
Stadt Landau	4.500	11,80	5.294	10,00	1
Rhein-Hunsrück-Kreis	4.197	11,01	4.727	8,93	9
LK Birkenfeld	3.394	8,90	4.623	8,73	9
LK Bad Kreuznach	2.465	6,47	4.766	9,00	2
LK Kaiserslautern	1.916	5,03	3.384	6,39	8
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	1.768	4,64	1.768	3,34	9
Stadt Pirmasens	800	2,10	889	1,68	1
Stadt Worms	610	1,60	931	1,76	2
LK Trier-Saarburg	400	1,05	500	0,94	1
LK Mayen Koblenz	354	0,93	470	0,89	2
LK Altkirchen	336	0,88	367	0,69	1
LK Südwestpfalz	322	0,84	360	0,68	4
Stadt Kaiserslautern	300	0,79	375	0,71	1
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	129	0,34	382	0,72	3
LK Mainz-Bingen	38	0,10	45	0,08	6
LK Ahrweiler	0	0,00	0	0,00	0
LK Cochem-Zell	0	0,00	0	0,00	0
LK Neuwied	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Lahn-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
Westerwaldkreis	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Trier	0	0,00	0	0,00	0
LK Bernkastel-Wittlich	0	0,00	0	0,00	0
LK Vulkaneifel	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Mainz	0	0,00	0	0,00	0
LK Alzey-Worms	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Frankenthal	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Ludwigshafen	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Neustadt	0	0,00	0	0,00	0
Stadt Speyer	0	0,00	0	0,00	0
LK Bad Dürkheim	0	0,00	0	0,00	0
LK Germersheim	0	0,00	0	0,00	0
Rhein-Pfalz-Kreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Südliche Weinstraße	0	0,00	0	0,00	0
Donnersbergkreis	0	0,00	0	0,00	0
LK Kusel	0	0,00	0	0,00	0
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>38.123</b>	<b>100,00</b>	<b>52.960</b>	<b>100,00</b>	<b>69</b>

## ANLAGE 4/2011 a: AUSWERTUNG DER RESSORTS 2011

Bewilligungen 2011 (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEFW	ISIM	MSAGD	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westerw.</b>						
Stadt Koblenz	960			7.600		8.560
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					336	336
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	29			325		354
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	900			3.297		4.197
Rhein-Lahn-Kreis						
Westerwaldkreis						
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1.889</b>			<b>11.222</b>	<b>336</b>	<b>13.447</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Bernkastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	92	37				129
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				400		400
<b>Zwischensumme:</b>	<b>92</b>	<b>37</b>		<b>400</b>		<b>529</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		10		600		610
LK Alzey-Worms						
LK Bad Kreuznach		265		2.200		2.465
LK Birkenfeld	67	86	1.341	1.900		3.394
LK Mainz-Bingen			18	20		38
<b>Zwischensumme:</b>	<b>67</b>	<b>361</b>	<b>1.359</b>	<b>4.720</b>		<b>6.507</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				4.500		4.500
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>4.500</b>		<b>4.500</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern				300		300
Stadt Pirmasens				800		800
Stadt Zweibrücken		172		7.850	12	8.034
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	1.495		1	96	324	1.916
LK Kusel						
LK Südwestpfalz	21		1	300		322
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1.516</b>	<b>172</b>	<b>2</b>	<b>9.346</b>	<b>336</b>	<b>11.372</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2			650	1.116	1.768
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>3.566</b>	<b>570</b>	<b>1.361</b>	<b>30.838</b>	<b>1.788</b>	<b>38.123</b>

## ANLAGE 4/2011 b: AUSWERTUNG DER RESSORTS 2011

damit gefördertes Investitionsvolumen/Gesamtkosten (in Tsd. €)

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEFW	ISIM	MSAGD	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westerw.</b>						
Stadt Koblenz	1.557			12.333		13.890
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					367	367
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	36			434		470
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	910			3.817		4.727
Rhein-Lahn-Kreis						
Westerwaldkreis						
<b>Zwischensumme:</b>	<b>2.503</b>			<b>16.584</b>	<b>367</b>	<b>19.454</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Berncastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	115	267				382
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				500		500
<b>Zwischensumme:</b>	<b>115</b>	<b>267</b>		<b>500</b>		<b>882</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		181		750		931
LK Alzey-Worms						0
LK Bad Kreuznach		1.833		2.933		4.766
LK Birkenfeld	84	395	1.676	2.468		4.623
LK Mainz-Bingen			18	27		45
<b>Zwischensumme:</b>	<b>84</b>	<b>2.409</b>	<b>1.694</b>	<b>6.178</b>		<b>10.365</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				5.294		5.294
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>5.294</b>		<b>5.294</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern				375		375
Stadt Pirmasens				889		889
Stadt Zweibrücken				10.165	24	10.189
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	2.819		1	138	426	3.384
LK Kusel						
LK Südwestpfalz	26		1	333		360
<b>Zwischensumme:</b>	<b>2.845</b>		<b>2</b>	<b>11.900</b>	<b>450</b>	<b>15.197</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2			650	1.116	1.768
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>5.549</b>	<b>2.676</b>	<b>1.696</b>	<b>41.106</b>	<b>1.933</b>	<b>52.960</b>

## ANLAGE 4/2011 c: AUSWERTUNG RESSORTS 2011

### Anzahl der Projekte

Regionen/Kreise	MWKEL	FM	MULEFW	ISIM	MSAGD	GESAMT
<b>Region Mittelrhein-Westew.</b>						
Stadt Koblenz	1			2		3
LK Ahrweiler						
LK Altenkirchen					1	1
LK Cochem-Zell						
LK Mayen Koblenz	1			1		2
LK Neuwied						
Rhein-Hunsrück-Kreis	1			8		9
Rhein-Lahn-Kreis						
Westerwaldkreis						
<b>Zwischensumme:</b>	<b>3</b>			<b>11</b>	<b>1</b>	<b>15</b>
<b>Region Trier</b>						
Stadt Trier						
LK Bernkastel-Wittlich						
LK Eifelkreis Bitburg-Prüm	2	1				3
LK Vulkaneifel						
LK Trier-Saarburg				1		1
<b>Zwischensumme:</b>	<b>2</b>	<b>1</b>		<b>1</b>		<b>4</b>
<b>Region Rheinhessen-Nahe</b>						
Stadt Mainz						
Stadt Worms		1		1		2
LK Alzey-Worms						
LK Bad Kreuznach		1		1		2
LK Birkenfeld	1	1	2	5		9
LK Mainz-Bingen			5	1		6
<b>Zwischensumme:</b>	<b>1</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>8</b>		<b>19</b>
<b>Region Rheinpfalz</b>						
Stadt Frankenthal						
Stadt Landau				1		1
Stadt Ludwigshafen						
Stadt Neustadt						
Stadt Speyer						
LK Bad Dürkheim						
LK Germersheim						
Rhein-Pfalz-Kreis						
LK Südliche Weinstraße						
<b>Zwischensumme:</b>				<b>1</b>		<b>1</b>
<b>Region Westpfalz</b>						
Stadt Kaiserslautern				1		1
Stadt Pirmasens				1		1
Stadt Zweibrücken		1		5	1	7
Donnersbergkreis						
LK Kaiserslautern	1		2	1	4	8
LK Kusel						
LK Südwestpfalz	1		2	1		4
<b>Zwischensumme:</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>4</b>	<b>9</b>	<b>5</b>	<b>21</b>
sonstige, regional nicht zuzuordnende Ausgaben	2			5	2	9
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>10</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>35</b>	<b>8</b>	<b>69</b>

## ANLAGE 5: TRUPPEN- UND STELLENABBAU

in Rheinland-Pfalz

### Truppenabbau

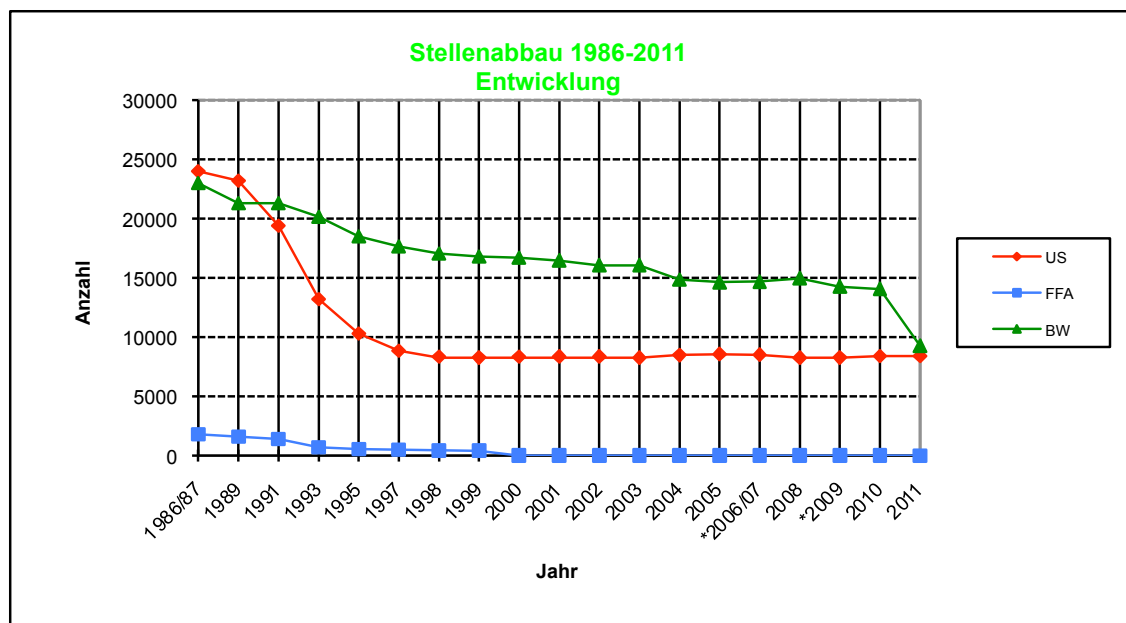
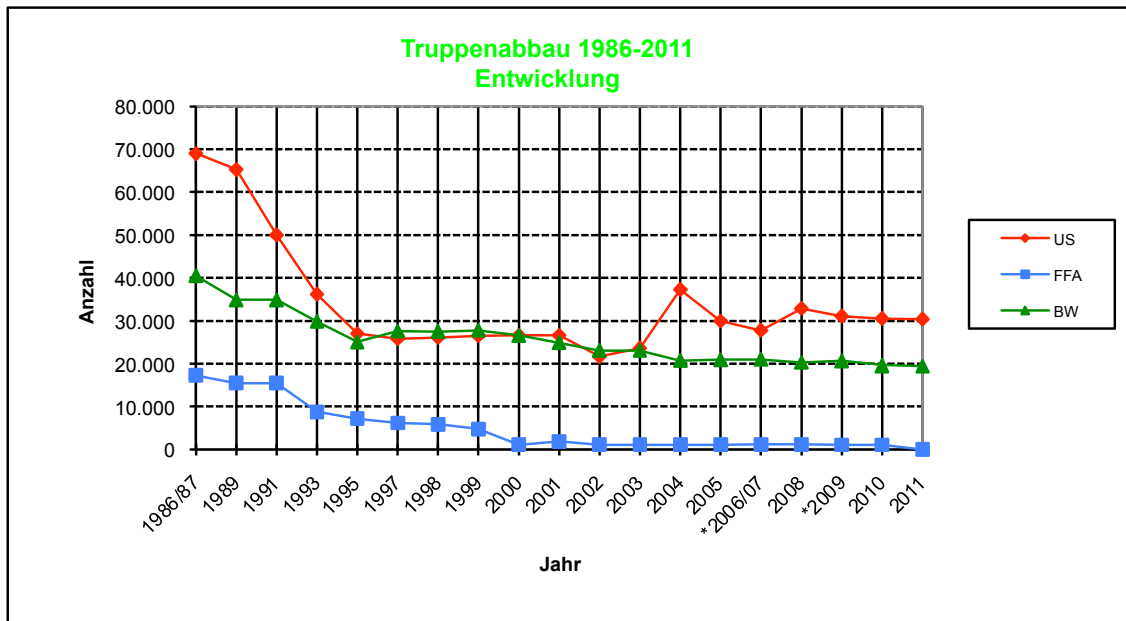
Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
<b>1986/87</b>	<b>69.000</b>	<b>17.300</b>	<b>40.500</b>	<b>126.800</b>
1989	65.250	15.500	34.900	115.650
1991	50.000	15.500	34.900	100.400
1993	36.200	8.800	29.850	74.850
1995	27.000	7.200	25.100	59.300
1997	25.800	6.200	27.600	59.600
1998	26.100	5.900	27.500	59.500
1999	26.500	4.800	27.800	59.100
2000	26.580	1.150	26.600	54.330
2001	26.580	1.890	24.880	53.350
2002	21.710	1.120	23.070	45.900
2003	23.660	1.120	23.070	47.850
2004	37.290	1.140	20.760	59.190
2005	29.941	1.140	20.925	52.006
*2006/07	27.808	1.161	21.023	49.992
2008	32.887	1.190	20.288	54.365
*2009	31.077	1.080	20.658	52.815
2010	30.538	1.080	19.681	51.299
<b>2011</b>	<b>30.379</b>	<b>0</b>	<b>19.434</b>	<b>49.813</b>
Abbau seit 1986	<b>-38.621</b>	<b>-17.300</b>	<b>-21.066</b>	<b>-76.987</b>
Abbau seit 1991	<b>-19.621</b>	<b>-15.500</b>	<b>-15.466</b>	<b>-50.587</b>

### Stellenabbau

Jahr	US	FFA	BW	Gesamt
<b>1986/87</b>	<b>24000</b>	<b>1800</b>	<b>23000</b>	<b>48800</b>
1989	23.200	1.600	21.300	46.100
1991	19.400	1.400	21.300	42.100
1993	13.200	700	20.150	34.050
1995	10.300	550	18.500	29.350
1997	8.850	500	17.650	27.000
1998	8.350	440	17.050	25.840
1999	8.300	410	16.800	25.510
2000	8.350	30	16.700	25.080
2001	8.370	40	16.460	24.870
2002	8.370	40	16.070	24.480
2003	8.260	50	16.070	24.380
2004	8.490	50	14.850	23.390
2005	8.561	41	14.645	23.247
*2006/07	8.505	42	14.685	23.232
2008	8.263	45	14.958	23.266
*2009	8.303	34	14.267	22.604
2010	8.396	34	14.064	22.494
<b>2011</b>	<b>8.397</b>	<b>0</b>	<b>9.266</b>	<b>17.663</b>
Abbau seit 1986	<b>-15.603</b>	<b>-1.800</b>	<b>-13.734</b>	<b>-31.137</b>
Abbau seit 1991	<b>-11.003</b>	<b>-1.400</b>	<b>-12.034</b>	<b>-24.437</b>

\* Die Zahlen für das Jahr 2007/08 lagen dem ISM bei Berichtserstellung noch nicht vor.

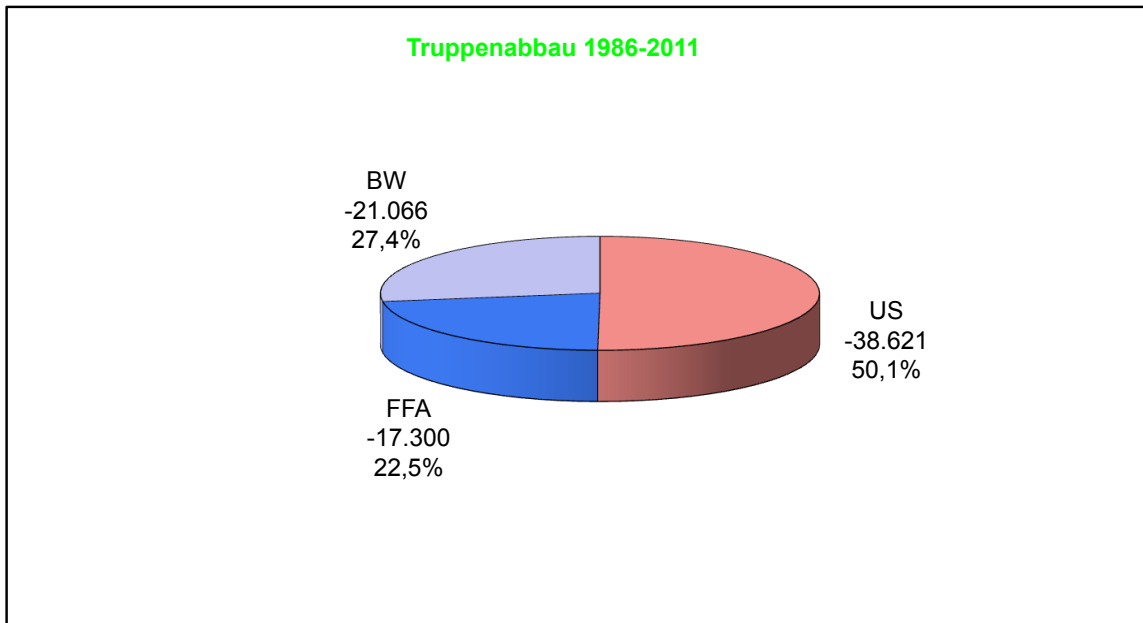
\* Daten BW/US Stand 05/09



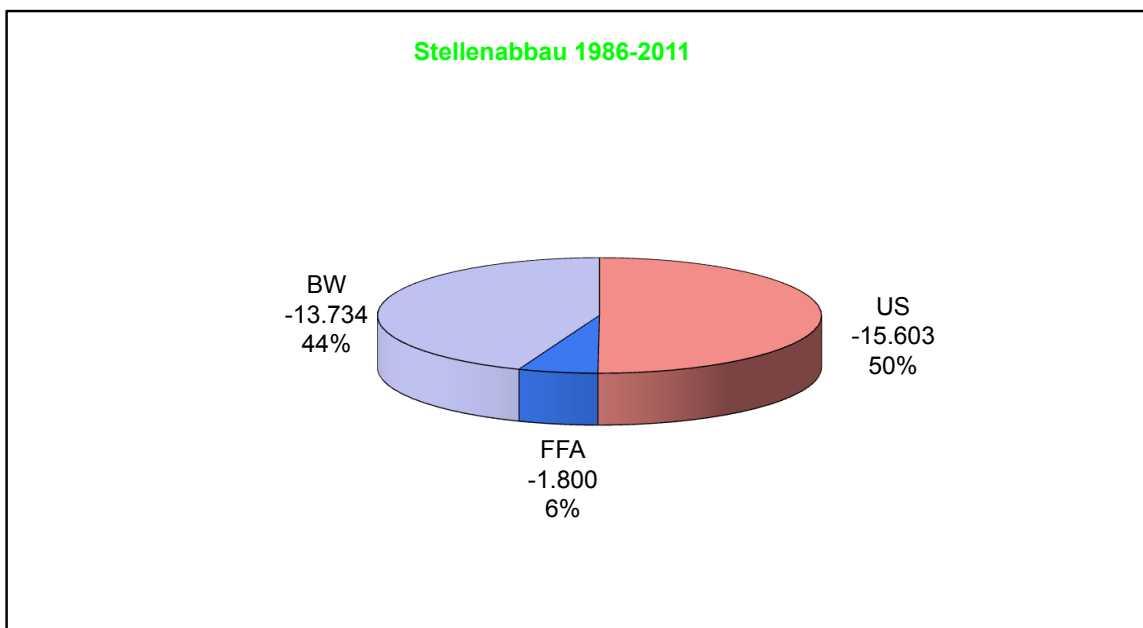
\* Die Zahlen für das Jahr 2007/08 lagen dem ISM bei Berichtserstellung noch nicht vor.  
 \* Daten BW/US Stand 05/09



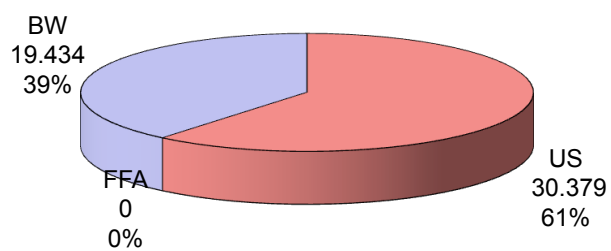
Grafik 1: bezogen auf die Liegenschaften



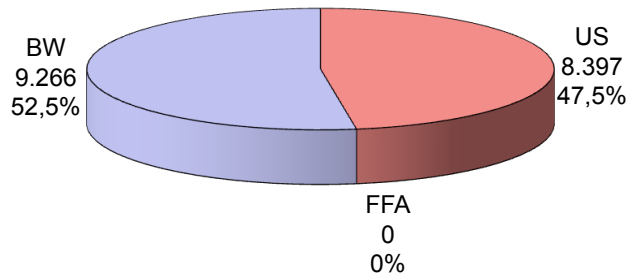
Grafik 2: bezogen auf die Flächengrößen



### Truppenstärke 2011



### Zivilstellen 2011



## ANLAGE 6: KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN

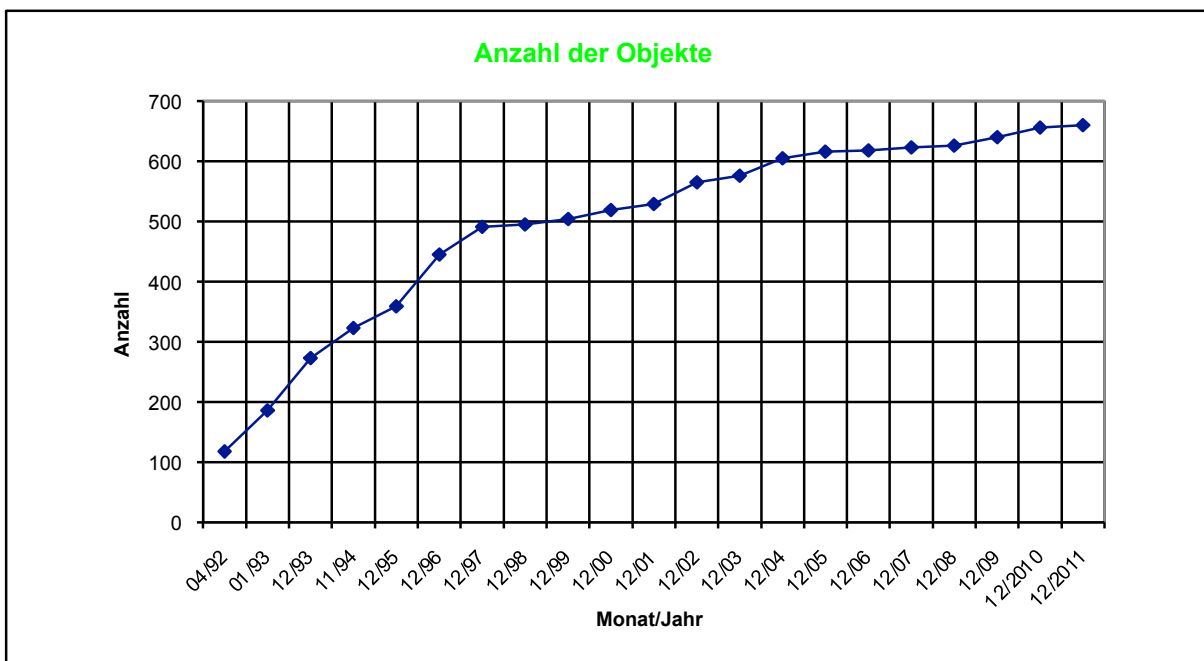
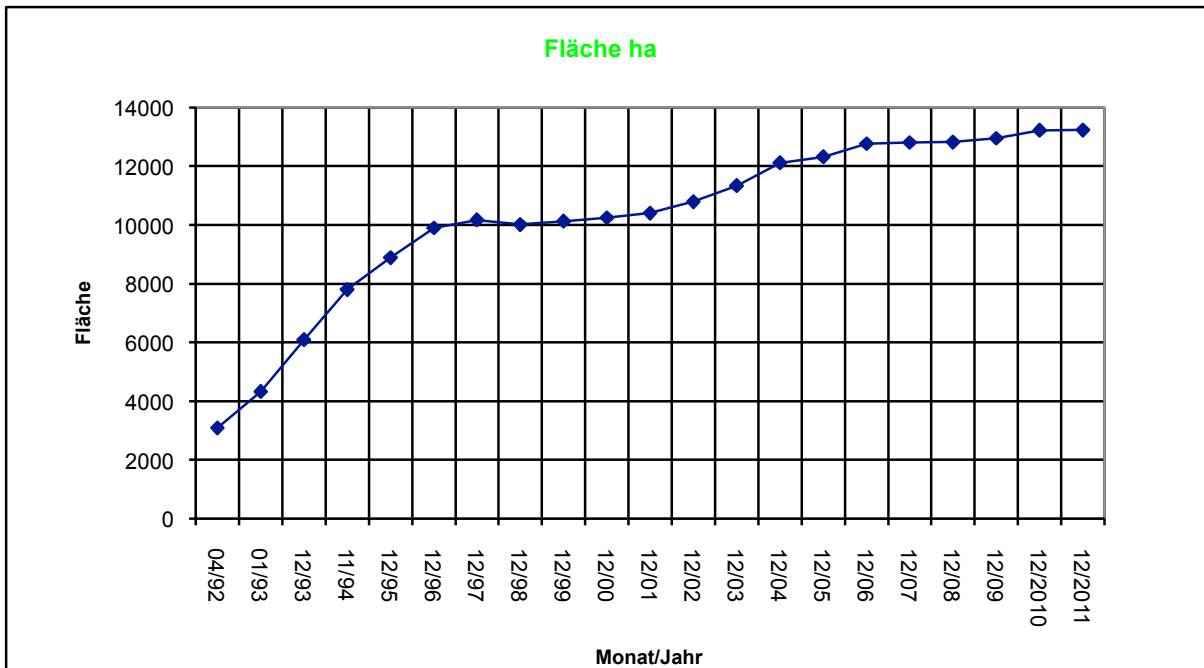
Freigabeentwicklung

Monat/Jahr	Anzahl	Anstieg Anzahl	Fläche ha	Anstieg Fläche ha	Anstieg %
*)					
04/92	118		3.088		
01/93	186	68	4.330	1.242	40,2%
12/93	273	87	6.090	1.760	40,6%
11/94	323	50	7.800	1.710	28,1%
12/95	359	36	8.883	1.083	13,9%
12/96	445	86	9.894	1.011	11,4%
12/97	491	46	10.168	274	2,8%
12/98	495	4	10.012		
12/99	504	9	10.126		
12/00	519	15	10.244	76	0,7%
12/01	529	10	10.406	162	1,6%
12/02	565	36	10.795	389	3,7%
12/03	576	11	11.334	539	5,0%
12/04	605	29	12.115	781	6,9%
12/05	616	11	12.317	202	1,7%
12/06	618	2	12.765	448	3,6%
12/07	623	5	12.805	40	0,3%
12/08	626	3	12.816	11	0,1%
12/09	640	14	12.947	131	1,0%
12/2010	656	15	13.181	234	1,8%
12/2011	659	4	13.189	8	0,1%

\*) Bis 2009 ist der Zeitraum der Ankündigung, die militärische Nutzung der Liegenschaft aufzugeben, dargestellt. Ab 2010 wird aufgrund geänderter Datenerhebung der Zeitpunkt der Freigabe abgebildet.

## ANLAGE 6: KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN

Freigabeentwicklung

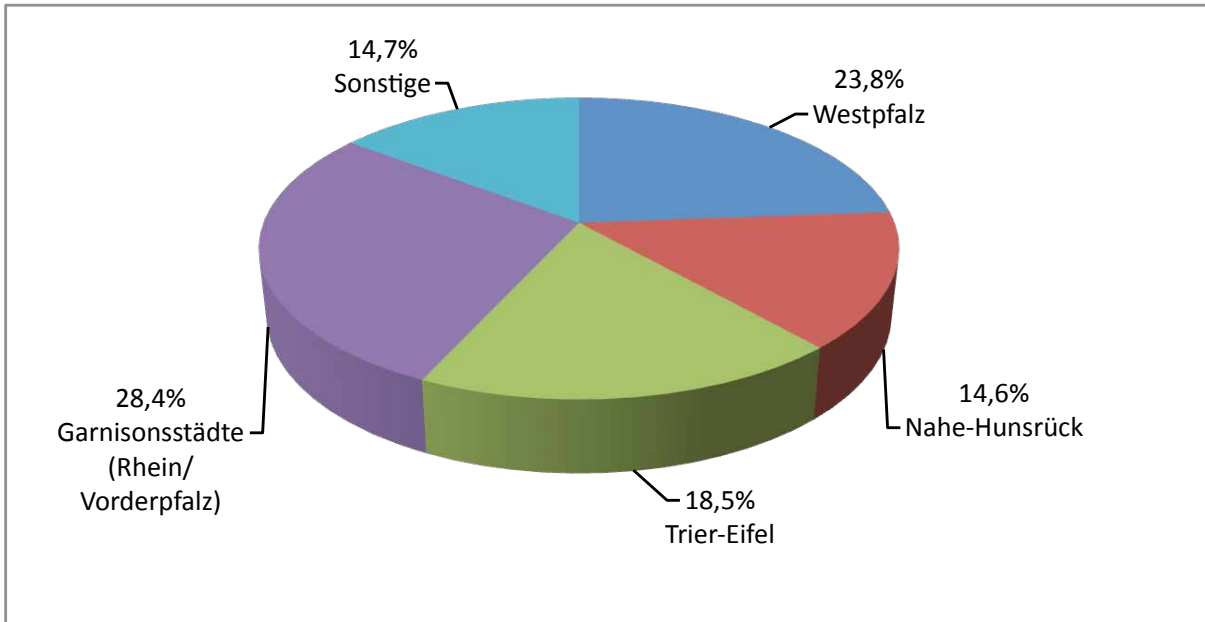


## ANLAGE 7: KONVERSIONSLIEGENSCHAFTEN

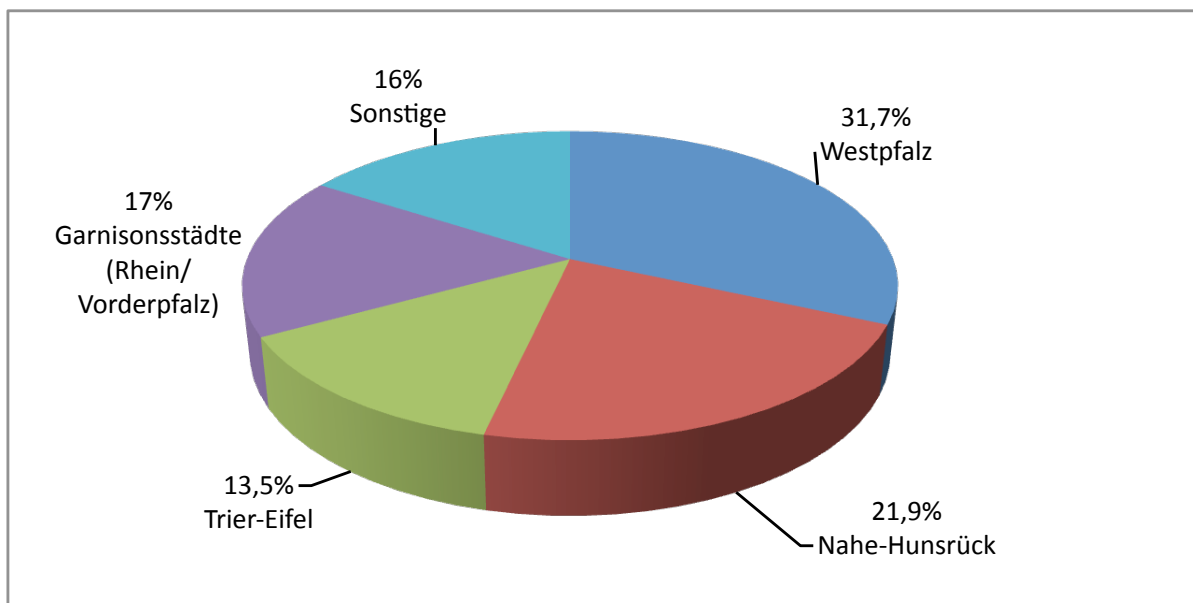
regionale Gliederung - Konversionsregionen

Konversionsregionen	Anzahl	Anteil %	Fläche ha	Anteil %
Westpfalz	157	23,8%	4.191	31,7%
Nahe-Hunsrück	96	14,6%	2.896	21,9%
Trier-Eifel	122	18,5%	1.784	13,5%
Garnisonsstädte (Rhein/ Vorderpfalz)	187	28,4%	2.248	17,0%
Sonstige	97	14,7%	2.112	16,0%
<b>Gesamt</b>	<b>659</b>	<b>100,0%</b>	<b>13.231</b>	<b>100,0%</b>

## Regionale Aufteilung der Konversionsflächen



## Anteil der Konversionsflächen in den Regionen





Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

**Herausgeber:**

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

**In Zusammenarbeit mit:**

- Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Rheinland-Pfalz
- Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

Mainz, im Juni 2012

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfer im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.